

---

Die Dialektik von Entspannung  
und individuellen wie  
kollektiven Menschenrechten  
in der zweiten Phase  
der Entspannungspolitik

---

Dokumentation des internationalen  
Seminars  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

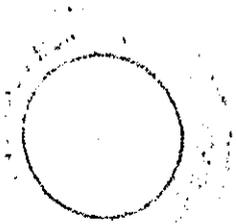
vom 11. – 13. März 1988 in Bonn

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT	Seite I
<b>Karsten D. Voigt</b> Sozialdemokratische Menschenrechtspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 8/83)	Seite III - XVIII

---

<b>I. Der Konflikt: Entspannung "von oben" oder "von unten"</b>	
<b>Horst Ehmke:</b> Feindbilder und politische Stabilität (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 12/87)	Seite 1
<b>Ton Veerkamp:</b> Blockfreies Europe - eine Perspektive? (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 14
<b>Mient Jan Faber:</b> Entspannung und Menschenrechte (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 24
<b>Horst Ehmke:</b> Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 11/85)	Seite 40
..... : Entspannungspolitik - in einer anderen Sicht (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 6/86)	Seite 62
<b>Jiri Hajek:</b> Dialektik von Entspannung und Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik (aus <i>Neue Gesellschaft</i> 4/88)	Seite 76



A89-2052

© Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
5300 Bonn 2

1988

Herausgeber: Peter Thelen  
Redaktion: Gerd Greune



## VI. Entmilitarisierung des Ost-West Konfliktes

Mary Kaldor

We need to talk about troops  
withdrawal

Seite 254

Karsten Voigt

Es geht um die Entmilitarisierung  
des Konflikts

Seite 258

Diskussionsbeiträge von

Mike Gapes

Seite 264

Horst Ehmke

Seite 267

Laurens Hogebrink

Seite 270

Mient Jan Faber

Seite 274

Mary Kaldor

Seite 277

Peter Hardy

Seite 280

Miklos Haraszty

Seite 284

Christoph Royen

Seite 288

Horst Ehmke

Seite 290

Teilnehmerliste

Seite 292

## Vorwort

Nachdem es seit 1985 zwischen Gruppen der Friedensbewegung und der SPD eine Diskussion über das Verhältnis von Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik gegeben hatte, erschien die Weiterführung dieser Diskussion zu Beginn der 2. Phase der Entspannungspolitik allen Beteiligten sinnvoll, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer beschleunigten Reformbewegung in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern. Die Friedrich-Ebert-Stiftung lud deshalb zu einem Seminar über die "Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik" ein. Dieses Seminar fand vom 11.-13. März 1988 in Bonn statt.

Die Friedensbewegung, die sich in Ost und West als Opposition zur Sicherheitspolitik ihrer Regierungen versteht, hat in den vergangenen Jahren unterschiedliche Erfahrungen machen müssen. Die offizielle Anerkennung einer außerparlamentarischen Bewegung, die eigenständig für eine grundsätzliche Reform- und Friedenspolitik eintritt, blieb ihr versagt. Dennoch konnte sie vor allem über die Diskussion in den Kirchen den Dialog mit Regierungen und Parlamenten beginnen. - In einigen Ländern Osteuropas traf unabhängige Friedensgruppen unterschiedlich heftig der Bannstrahl des Establishments. Es kam wiederholt zu Verhaftungen, zu Abschiebungen und zu anderen Formen der Repression.

Die SPD wiederum hat anknüpfend an ihre Erfolge in der 1. Phase der Entspannungspolitik den Dialog mit den regierenden Parteien Osteuropas intensiviert. Sie verfolgt dabei das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, das auch in der Rüstungspolitik die Phase der Konfrontation und Abschreckung überwinden will.

Zu dem Seminar wurden Vertreter von Parteien und offiziellen Institutionen Ost- und Westeuropas sowie Vertreter unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen eingeladen. Leider war es nicht gelungen, eine Beteiligung aus allen europäischen Ländern zu verwirklichen. Eine Reihe von Teilnehmern erhielt kein Ausreisevisum. Dennoch hat sich eine Zusammensetzung ergeben, die eine spannenden Diskussion ermöglichte, die wir im nachfolgenden dokumentieren.

*(Bei den mit einem (\*) versehenen Beiträgen handelt es sich um redaktionell überarbeitete Abschriften des Tonbandprotokolls, die von den Autoren nicht mehr rechtzeitig korrigiert werden konnten)*

Es ist ganz selbstverständlich, daß dies keine abgeschlossene Diskussion sein konnte. Diese Form des kritischen Dialogs wird deshalb fortgeführt. Der Vollständigkeit halber haben wir einige Aufsätze in die Dokumentation aufgenommen, die in den vergangenen Jahren in der Monatszeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" abgedruckt waren und die den Grundkonflikt, der dieser Diskussion zugrunde lag, verständlicher machen.

**Peter Thelen**

Friedrich-Ebert-Stiftung

Leiter des Referats Industrieländer

#### Redaktionelle Anmerkung

*Die Beiträge dieser Dokumentation sind nach Themen und nicht chronologisch geordnet. Die Einführung in das Hauptthema erfolgt durch einen Beitrag von Karsten D. Voigt aus dem Jahre 1983 zur sozialdemokratischen Menschenrechtspolitik, der in der "Neuen Gesellschaft" veröffentlicht wurde. Im ersten Themenblock werden die kontroversen Beiträge aus dem Jahre 1985 zusammengefaßt zwischen Ton Veerkamp und Horst Ehmke auf der einen und Mient Jan Faber und einem Vertreter der Solidanoors auf der anderen Seite. Der Beitrag von Jiri Hajek aus dem April-Heft der Neuen Gesellschaft war ursprünglich für das Seminar vorgesehen gewesen. Joachim Gurstecki wiederum stellte seinen Beitrag zum SPD/SED Papier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" zur Verfügung nachdem er ebenfalls keine Genehmigung zur Teilnahme am Seminar erhalten hat.*

*Im zweiten Teil gibt Horst Ehmke einen Überblick über den Diskussionsstand und führt damit in das Seminar ein.*

*Der dritte Teil befaßt sich mit einem besonderen Aspekt europäischer Sicherheit: Die Schuldenkrise Osteuropas. Die Diskussionsbeiträge, die sich auf diesen Beitrag Ton Veerkamps beziehen, sind hier zusammengefaßt, auch wenn sie andere Themen mit aufgenommen haben.*

*Die Abschnitte vier und fünf ergeben sich aus den Referaten zu den Unterthemen des Seminars. Teil sechs ist noch einmal gesondert hervorgehoben, obwohl er kein eigener Abschnitt in der Diskussion war, da hier eine Art Zusammenfassung beider Themenstellungen "Menschenrechte" und "Abrüstung" erfolgte. Dieser Schlußabschnitt eröffnet zugleich die Fragestellungen für die nachfolgende Seminarveranstaltung im kommenden Jahr.*

Gerd Greune

**Karsten D. Voigt:**

## Sozialdemokratische Menschenrechtspolitik

*Karsten D. Voigt, Jahrgang 1941, gehört der SPD seit 1962 an. Von 1969-72 war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags und Mitglied des SPD-Parteirates. Zur Friedens- und Entspannungspolitik hat er in den letzten Jahren zahlreiche Beiträge in der Neuen Gesellschaft veröffentlicht.*

### Grundsätze einer sozialdemokratischen Politik für Menschenrechte

Nach wie vor werden in fast allen Teilen der Welt Menschenrechte verletzt. Nirgendwo sind die Menschenrechte bisher ohne Einschränkungen verwirklicht worden. Überall gibt es Frauen und Männer, die für die Verwirklichung der Menschenrechte kämpfen. Viele von ihnen sind bereit, für ihre Verwirklichung erhebliche persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Manche lassen für dieses Ziel ihr Leben.

Die von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte sind ständig in Gefahr, ausgehöhlt, verändert und mißachtet zu werden. Nach wie vor ist in vielen Teilen der Welt die Gewalt Instrument der Politik geblieben, wird die Folter als Machtmittel von Regierungen angewendet. Wissenschaft und Technik werden zur Unterdrückung individueller Rechte eingesetzt. Zur gleichen Zeit sind mehr als 800 Millionen Menschen auf dieser Erde nicht in der Lage, ihr elementarstes Recht, das Recht auf ausreichende Nahrung, zu befriedigen.

Vielfach wird der Versuch unternommen, bestimmten Rechten den Vorrang vor anderen Rechten einzuräumen oder ein Menschenrecht gegen ein anderes auszuspielen: einerseits politische, bürgerliche Rechte, andererseits wirtschaftliche und soziale Rechte. Dies ist ein unnötiger Gegensatz. Politische, bürgerliche Rechte und wirtschaftliche, soziale Rechte stellen als Menschenrechte eine Einheit dar. Sie müssen als gemeinsames Erbe der Menschheit begriffen werden.

Die politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte bilden gemeinsam mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck kommen, die Basis für jede demokratische Gesellschaft.

Hunger, soziale Benachteiligung, Krankheit, mangelnde Bildungschancen stellen Formen einer strukturellen Gewalt dar. Diese strukturelle Gewalt fußt auf unsozialen und undemokratischen Verhältnissen innerhalb einzelner Staaten und in der internationalen Ordnung. Deshalb muß der Kampf für die Menschenrechte mit dem Kampf gegen Hunger und Armut und dem Kampf für eine gerechtere internationale Ordnung verbunden werden.

Die Menschenrechte in ihrer bestehenden Form sind nichts Endgültiges. Sie bedürfen der beständigen Verbreitung und Weiterentwicklung. Zu den politischen Rechten, die zu den Grundlagen einer jeden demokratischen Gesellschaft gehören, wurden schrittweise wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hinzugefügt. Weitere Menschenrechtsforderungen wie das Recht auf Bildung, auf Gesundheitsvorsorge und Information folgten. Fortschritte in der Verwirklichung des einen Menschenrechts eröffnete die Perspektive für die Forderung nach neuen Rechten.

Die Änderung sozialer Verhaltensweisen machte auf vorher vernachlässigte Rechte aufmerksam. So führte die wachsende Zahl ausländischer Arbeitnehmer logischerweise zur Forderung nach dem spezifischen Schutz ihrer Rechte. Neue technologische Entwicklungen, z.B. im Bereich der Kommunikations- und der Computer-Industrie erforderten neue Maßnahmen zum Schutz von Freiheitsrechten.

Der Kampf um die volle Verwirklichung der Menschenrechte ist noch lange nicht abgeschlossen. Er hat aber trotz vieler Rückschläge historisch gesehen große Fortschritte erzielen können.

Für eine dynamische Entwicklung der Menschenrechte ist wesentlich

- die Verfolgung und Ausweitung grundlegender Rechte wie des Rechts auf Leben und Freiheit, des Rechts auf Arbeit, des Rechts auf angemessenen Wohnraum und Gesundheitsvorsorge, des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Information;

- die internationale Absicherung der Menschenrechte durch ein UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, einen Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte und die Anerkennung des Individuums als Subjekt des Völkerrecht;

- der Kampf gegen Unterdrückung und Rassismus;
- das Selbstbestimmungsrecht;
- die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden.

Weltweite Solidarität ist für die Durchsetzung der Menschenrechte erforderlich. Derjenige mißt mit zweierlei Maß, der allein darauf zielt, Menschenrechtsverletzungen in kommunistisch regierten Staaten anzuklagen, gegenüber Menschenrechtsverletzungen im Westen und in vielen Ländern der Dritten Welt jedoch schweigt. Wir müssen für eine umfassende und weltweit glaubwürdige Menschenrechtspolitik eintreten. Dazu gehört, in der Frage der Menschenrechte bei uns selbst anzufangen und auch in der Bundesrepublik den sozialen Aspekt der Menschenrechtsproblematik nicht aus dem Auge zu verlieren.

Neben Regierungen und Parlamenten gestalten kulturelle und soziale Bewegungen - die Friedensbewegung und die Frauenbewegung ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung und die Befreiungsbewegungen, die in Ländern der Dritten Welt gegen Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung kämpfen - diesen Prozeß mit.

In der Bundesrepublik kommt regierungsunabhängigen Organisationen - wie amnesty international - durch ihr beharrliches Eintreten gegen die Verletzungen von Menschenrechten ein besonders großes Verdienst zu.

Eine weltweite Solidarität zwischen von Regierungen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen und die Nutzung der staatlichen Zusammenarbeit zwischen Regierungen für die Menschenrechte können sich wechselseitig ergänzen.

Verteidigung, Festigung und Weiterentwicklung der Menschenrechte ist ein unabdingbarer Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Für Sozialdemo-

kraten sind Menschenrechte nicht teilbar. Der Kampf für politische Rechte ist untrennbar mit dem Kampf für wirtschaftliche und soziale Rechte verbunden. Sozialdemokraten sind nur glaubwürdig, wenn sie überall und zu jeder Zeit für diejenigen eintreten, die für ein menschenwürdiges Leben in Frieden und frei von Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen und dabei selber Opfer von Verfolgung und Unterdrückung werden.

Der Widerspruch zwischen dem Wortlaut internationaler Abkommen und den Verfassungen vieler Staaten einerseits und den vielfachen Einschränkungen und Verletzungen der Menschenrechte andererseits muß durch sozialdemokratische Politik verringert und schließlich aufgehoben werden.

### Menschenrechte und Entspannungspolitik

Menschenrechte haben auch eine Bedeutung für die Außenpolitik. Der Friede ist eine Voraussetzung für die Menschenrechte. Gelingt es nicht, den Frieden zu erhalten, können wir auch nicht erfolgreich für die Menschenrechte arbeiten. Unsere Möglichkeiten, für die Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte einzutreten, sind zum Scheitern verurteilt, wenn Kriege zur Vernichtung einer großen Zahl von Menschen, von ganzen Völkern oder der Menschheit insgesamt führen. Kriege sind auch Ursache von Hunger, Not und häufig auch von Unterdrückung. In unserer Friedenspolitik muß es daher um das doppelte Ziel gehen, bewaffnete Konflikte zu verhindern und solidarisch für die Menschenrechte der Schwachen, Benachteiligten und Unterdrückten einzutreten.

Menschenrechte und Entspannungspolitik sind nicht voneinander zu trennen. Ein Irrtum wäre es, wenn man Entspannungspolitik einerseits und aktives Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte trennen und gegenüberstellen würde. Die Entspannungspolitik hilft zur Verwirklichung der Menschenrechte. Wer den Entspannungsprozeß gefährdet, schränkt auch die Möglichkeiten ein, zur Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen. "Wenn man das trennen läßt", so Herbert Wehner in einem Interview mit der "Deutschen Welle" am 29. März 1977, "dann gibt es eben lange wieder eine sehr kalte Zeit, sowohl für die Menschenrechte als auch für die Entspannung".

Fortschritte für die Menschen sind nur zusammen mit den Bemühungen um Entspannung erreichbar. Wir sollten uns mit dem Streben nach einem fried-

lichen demokratischen Wandel in nichtdemokratisch regierten Ländern solidarisieren. Eine solche Haltung menschlicher und politischer Solidarität steht nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen der Friedens- und Entspannungspolitik.

Die SPD als Partei und Sozialdemokraten in Regierungskoalitionen haben noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihre Entspannungspolitik neben der Sicherung des Friedens auch der Förderung von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa dient. Deshalb protestieren sie auch gegen Menschenrechtsverletzungen und solidarisieren sich mit Bürgerrechtsbewegungen. Die Aufkündigung der entspannungspolitischen Konzeption durch konservative Kräfte in den USA und in Europa schadet sowohl den Menschenrechten wie auch abrüstungspolitischen Zielen.

Wer in Westeuropa oder in den USA die Abgrenzungsbemühungen der Staaten des Warschauer Paktes seinerseits mit einer Einschränkung der Kommunikation und Kooperation zwischen Ost und West beantwortet, schadet letztlich auch denen, die auf bessere Bedingungen für die Verwirklichung ihrer Rechte hoffen. Aus diesem Grunde müssen Sozialdemokraten auch gerade jetzt ihre Anstrengungen intensivieren, um die Entspannungspolitik auch zwischen den Staaten und den Trägern gesellschaftlicher Macht in Europa fortzusetzen und auszubauen.

Nicht nur viele Politiker in Westeuropa und den USA, sondern auch Bürgerrechtler in Osteuropa meinen irrtümlich, daß der innere Zusammenhang zwischen den abrüstungspolitischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, humanitären und kulturellen Bereichen der Entspannungspolitik erst durch eine Politik der "linkages" hergestellt werden muß. Sie übersehen die langfristige Wechselwirkung zwischen den einzelnen und unterschiedlichen Elementen des entspannungspolitischen Prozesses.

Die Entspannungspolitik in Europa braucht für weitere Fortschritte nicht nur die Unterstützung der öffentlichen Meinung, die Unterstützung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Sie braucht auch den aktiven Einsatz der Regierungen und insbesondere auch die Bereitschaft der USA und der UdSSR, den Prozeß der Entspannung fortzusetzen und auszubauen. Die Regierungen - und die Politiken der USA und der UdSSR bestimmen hier nach wie vor die Rahmenbedingungen für die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Re-

gierungen - sind aber nur dann bereit, den Entspannungsprozeß fortzusetzen und auszubauen, wenn dies mit den Interessen und Prinzipien, die sie zu einem jeweiligen konkreten Zeitabschnitt als "ihre" Interessen und "ihre" Prinzipien definiert haben, noch ausreichend in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Entspannungspolitik setzte zwischen den Staaten West- und Osteuropas innergesellschaftliche Widersprüche zu herrschenden politischen und kulturellen Vorstellungen frei. Diese Widersprüche können in Westeuropa als Reformanstöße pluralistisch integriert werden. Sie wurden in Osteuropa aufgrund der dortigen starren Gesellschaftsstruktur bisher weitgehend in eine prinzipielle Systemopposition abgedrängt.

Wenn die Entspannungspolitik eine konstruktive Auseinandersetzung um kommunistische, demokratisch-sozialistische und bürgerliche Theorie und Praxis verstärkt, ist dies nur zu begrüßen. Es zeigt sich aber, daß Staats- und Parteiapparate die Risiken eines kritischen Dialogs scheuen und staatliche Repressionen vorziehen. Offensichtlich ist die Furcht vor den Risiken des kritischen Dialogs, die Neigung zur Systembegrenzung und zur Erzwingung dieser Abgrenzung mit Hilfe repressiver Maßnahmen in Osteuropa größer als in Westeuropa. Dies liegt in einer strukturell begründeten Krisenanfälligkeit des politischen Systems der Staaten Osteuropas begründet.

Die Gesellschaftssysteme Osteuropas sind aufgrund ihrer Definition vom Sozialismus nicht in der Lage, Widersprüche in der Gesellschaft in ihr System zu integrieren und darüber hinaus positiv als Anstoß für Veränderungsprozesse zu instrumentalisieren.

Die Kritik an jeder überholten gesellschaftlichen Einrichtung, an jeder ökonomisch überholten Struktur, an jeder traditionellen Kultur wird damit tendenziell zu einer Kritik am System überhaupt. Die Unterdrückung dieser Kritik führt aber gleichzeitig aus strukturellen Gründen in den Gesellschaften Osteuropas zu einem Mangel an Innovation, zu einem Mangel an Demokratie, zu einem Mangel an Loyalität der Bevölkerung und zu einer ebenfalls strukturell bedingten, im Vergleich zu westeuropäischen Gesellschaften überproportionalen Krisenanfälligkeit durch organisierte oppositionelle Minderheiten, begleitet von einer Tendenz zur Überreaktion der Träger staatlicher und gesellschaftlicher Macht.

Wenn die Kritik an gesellschaftlichen Zuständen in eruptiven Krisen die innere Stabilität prinzipiell in Frage zu stellen scheint, erschwert dies Fortschritte in der Entspannungspolitik. "Revolutionäre" Zuspitzungen hemmen hier den langfristigen Reformprozeß und begünstigen sogar gesellschaftliche Verhärtungen und Rückschläge im Prozeß der innergesellschaftlichen Demokratisierung und Humanisierung.

Eine reformerische Entspannungskonzeption muß diese widersprüchlichen Interessen und Prinzipien in einen konstruktiven Prozeß einbeziehen, der zu einer nicht mehr durch gegensätzliche Militärblöcke und wachsende Militärausgaben geprägten Friedensordnung, zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führt, ohne daß auf dem Wege dorthin von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß irgendeine für den Erfolg dieses Prozesses relevante Kraft ihre Interessen und Prinzipien grundsätzlich in Frage stellt.

Wenn im Prozeß der zunehmenden Entspannung und Kooperation zwischen Ost- und Westeuropa die technischen Kommunikationssysteme und die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausgebaut werden, dann wird damit schrittweise gleichzeitig ein Informations- und Meinungspluralismus in Osteuropa zur gesellschaftlichen Realität. Wenn die Regierungen Osteuropas den zunehmenden faktischen Meinungs- und Informationspluralismus nicht als Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Systeme legitimieren und integrieren, wird sich die Wirkung des entstehenden Pluralismus in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend als Widerspruch zu den politischen Systemen artikulieren und organisieren. Repression kann kurzfristig wieder "Ruhe im Land" schaffen, löst diesen Konflikt aber nicht, sondern verschärft ihn langfristig.

Jeder Versuch der Regierungen Osteuropas, die politischen Auswirkungen der verstärkten Ost-West-Kooperation zu blockieren, indem man die Ausweitung der Beziehungen sektoral vorwiegend im wirtschaftlichen Bereich zu intensivieren und im politisch-kulturellen Bereich zu reglementieren versucht, wird auf Dauer durch die technische Entwicklung der Kommunikationssysteme, den Umfang der Beziehungen und die Schwierigkeit, Kommunikation auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen, Sektoren und Regionen zu beschränken, erschwert. Schon aus diesem Grunde wird eine Zunahme der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und ein Ausbau der technischen Ost-West-Kommunikationsmöglichkeiten auch Auswirkungen im Bereich der

kulturellen und menschlichen Beziehungen haben. Die bei einigen Politikern in Westeuropa zu beobachtende Neigung, diesen Prozeß ausschließlich im Zusammenhang mit Fortschritten im Korb 3 (humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit) der KSZE-Schlußakte zu sehen, ist irreführend, da es hier einen unmittelbaren prozessualen Zusammenhang zwischen Fortschritten in allen Bereichen der KSZE-Schlußakte gibt.

### Der universale Charakter der Menschenrechte

Zu den grundlegenden Menschenrechtstexten gehören heute vor allem:

- Die Charta der Vereinten Nationen von 1945, die als Prinzip des Allgemeinen Völkerrechts rechtlich verpflichtend ist.

- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die als rechtlich unverbindliche Prinzipienaufstellung zu werten ist, allerdings hohe politische und moralische Autorität besitzt.

- Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1959 (Europarat). Die Bundesrepublik ist als Mitglied des Europarates auch Mitunterzeichner der Konvention zum Schutze der Menschenrechte. Die Einhaltung der Konvention wird durch die Europäische Menschenrechtskommission und durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewährleistet.

- Das Übereinkommen von New York über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953. Die Bundesrepublik ist dem Übereinkommen 1969 beigetreten.

- Die Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vom 7. November 1967. Hier handelt es sich um eine Resolution der Generalversammlung, die empfehlenden Charakter hat.

- Die Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961. Die Bundesrepublik ist als Mitglied des Europarates Mitunterzeichner der Sozialcharta.

- Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung vom 20. November 1963. Hier handelt es sich um eine Resolution der Generalversammlung, die empfehlenden Charakter hat.

- Die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in Kraft getreten am 3. Januar 1976; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in Kraft getreten am 23. März 1976; Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in Kraft getreten zusammen mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es u.a.: "Da Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist, ... verkündet die Generalversammlung die vorliegende Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ...

#### Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

#### Artikel 2

Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen ...

#### Artikel 3

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

#### Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen Formen verboten.

#### Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden."

Eine Ergänzung zu dieser Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und einer gewichtigeren völkerrechtlichen Verbindlichkeit sind die Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966, und zwar - der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in dem es u.a. heißt: Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18). Jedermann hat das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit (Artikel 19). Jedermann hat das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen sowie zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und ihnen beizutreten (Artikel 20).

- der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem es u.a. heißt: Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen (Artikel 11). Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an (Artikel 13).

- Die europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 nennt in Artikel 1: "Das Recht auf Arbeit."

"Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Arbeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien,

1. zwecks Verwirklichung der Vollbeschäftigung die Erreichung und Aufrechterhaltung eines möglichst hohen und stabilen Beschäftigungsstandes zu einer ihrer wichtigsten Zielsetzungen und Aufgaben zu machen;

2. das Recht des Arbeitnehmers wirksam zu schützen, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen;

3. unentgeltliche Arbeitsvermittlungsdienste für alle Arbeitnehmer einzurichten oder aufrechtzuerhalten;

4. eine geeignete Berufsberatung, Berufsausbildung und berufliche Wiedereingliederung sicherzustellen oder zu fördern."

Die genannten Rechtsgrundlagen unterscheiden sich von den auf Menschenrechte bezogenen Erklärungen in der KSZE-Schlussakte dadurch, daß sie zum Teil in völkerrechtlich verbindlichen Abkommen und nicht in bloßen Absichtserklärungen enthalten sind. Der praktische Unterschied ist bis auf wenig Ausnahmen gering. Die international verbrieften Menschenrechte können durch Anrufung einer gerichtlichen oder gerichtsähnlichen Instanz gegen bestimmte Staaten nur durchgesetzt werden, soweit sich diese von vornherein dem zu erwartenden Spruch unterwerfen. Das kann durch ausdrückliche Erklärung im Einzelfall erfolgen, es kann auch durch Abkommen vereinbart werden, wie in der Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.1.1950.

Damit unterscheiden sich international verbrieft Menschenrechte wesentlich z.B. von den innerstaatlich in Kraft gesetzten Grundrechten unserer Verfassung. Die Einhaltung der Grundrechtsvorschriften wird durch innerstaatliche Gerichte, vor allem durch das Bundesverfassungsgericht, wirksam kontrolliert. Menschenrechtsverletzungen kann man hingegen auch unter Berufung auf eindeutige Verletzung internationaler Rechtsnormen nicht mit Erfolgsaussichten gegen den verletzenden Staat geltend machen; meist fehlt es bereits an einer Instanz, die entsprechende Klagen auch nur annimmt. Zwar gibt es nach dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte die Möglichkeit der Einzelbeschwerde an den durch diesen Pakt eingesetzten Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, aber bislang haben erst wenige Staaten dieses Fakultativprotokoll ratifiziert und sich damit der Zuständigkeit des Ausschusses für die Behandlung von Einzelbeschwerden unterworfen.

Nicht unterzeichnet haben die Sowjetunion und alle übrigen Ostblockstaaten einschließlich der DDR - aber auch nicht die Vereinigten Staaten. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht unterzeichnet, da in der Bundesrepublik bereits die Beschwerdemöglichkeit aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention bestehe.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat ebenfalls ein vertrauliches Verfahren zur Prüfung schwerwiegender und langandauernder Menschenrechtsverletzungen entwickelt. Aufgrund einer solchen Untersuchung kann die Menschenrechtskommission eine Empfehlung gegenüber dem betroffenen Staat aussprechen, die zusätzlich vom Wirtschafts- und Sozialrat sowie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt werden kann. Die Menschenrechtskommission hat bisher beispielsweise entsprechende Empfehlungen zur Wiederherstellung der Menschenrechte im Falle Chiles, Südafrikas und Israels gegeben. Sie hat jedoch keine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Empfehlungen. Das Verfahren der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen leidet darüber hinaus unter der Versuchung, die Diskussion zu Lasten der konkreten Verwirklichung von Menschenrechten für staatliche und ideologische Interessen zu mißbrauchen.

Unter diesen Umständen können international vereinbarte Menschenrechte kaum die erwünschte Wirkung entfalten. Sie stellen allerdings eine besonders gewichtig Argumentations- und Berufsgrundlage dar.

Die Schlußakte von Helsinki hat für die Menschenrechte insofern eine wichtige Erweiterung gebracht, als hier zum erstenmal die Menschenrechte als Bestandteil zwischenstaatlicher Beziehungen gesehen worden sind. Dem rechtlichen Charakter nach ist die Schlußakte jedoch weder ein Vertrag noch ein Abkommen. Sie ist rechtlich nicht bindend, sondern als eine politisch-moralische Absichtserklärung anzusehen. In der Schlußakte heißt es: "Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.

Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen."

## **Die Verwirklichung der Menschenrechte als universale und ständige Aufgabe**

Anspruch und Wirklichkeit in der Frage der Menschenrechte klaffen auch heute noch weit auseinander. Die Menschenrechte leben aus der Vorstellung heraus, daß es eine Familie der Völker gibt. Sie sind mit der Vorstellung gleicher Rechte nicht nur innerhalb eines Staates verbunden, sondern zwischen den Staaten und zwischen allen Menschen, unabhängig davon, in welchem Staat sie leben. Sie berücksichtigen weder Machtverhältnisse noch die Verteilung des Wohlstandes auf dieser Erde.

Ein glaubhaftes Engagement für die Menschenrechte erfordert, weltweit für sie einzustehen, nicht zuletzt auch im eigenen Land. Dazu gehört, Kolonialismus, Rassendiskriminierung, Apartheid oder die brutale Unterdrückung demokratischer Rechte in jeder Art von Diktatur ebenso zu bekämpfen wie Terror oder Folter. Damit unterscheiden sich die Sozialdemokraten von der selektiven Menschenrechtspolitik der Sowjetunion und der Reagan-Administration.

## **Die Haltung der amerikanischen Regierung in der Menschenrechtsfrage**

Präsident Reagan hat in einer am 4. Dezember 1981 unterzeichneten Erklärung mit Nachdruck unterstrichen, daß Amerika auf die volle Respektierung der Menschenrechte im eigenen Land sowie auf die Befolgung und Einhaltung dieser Rechte im Ausland hinarbeiten wird. Für die Verletzung der fundamentalen Menschenrechte gäbe es niemals und nirgends eine Entschuldigung: "Wir in Amerika sind gesegnet mit den Rechten, die unsere Vorväter durch Opfer für uns gesichert haben, aber wir sehnen uns nach dem Tag, da die gesamte Menschheit diese Segnungen erfährt. Für die Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen gibt es niemals irgendeine Entschuldigung - zu keiner Zeit, an keinem Platz, weder in reichen Ländern noch in armen, unter keinerlei sozialem, wirtschaftlichem oder politischem System." (Präsident Reagan am 4.12.1981)

Im Gegensatz zur Carter-Administration verfolgt die Reagan-Administration jedoch nach eigener Einschätzung eine pragmatischere Menschenrechtspolitik. So erklärte der für Menschenrechtsfragen zuständige Unterstaatssekretär Elliot Abrams: "Diese Administration hat, wie ich es einmal nennen möchte, eine etwas pragmatischere Einstellung dazu, wie man Menschenrechtsfragen

behandeln sollte, um Ergebnisse zu erzielen. Das ist nämlich das Ziel unserer Anstrengungen: Ergebnisse - ob es darum geht, Menschen aus dem Gefängnis zu holen oder falsches Verhalten der Polizei zu unterbinden. Hier gibt es viele mögliche Alternativen.

Die Frage ist: Was tun, was zum Erfolg führt? Ich möchte sagen, und ich glaube, diese Auffassung ist in der Administration weit verbreitet, daß die Carter-Administration sich nur allzuoft in den lautestmöglichen Tönen öffentlich geäußert hat und dadurch zu keinen Ergebnissen kam. Es ist bei vielen Ländern so, daß wir, wenn wir uns über diplomatische Kanäle an sie wenden, recht annehmbare Antworten erhalten. Wenn wir uns aber an die Öffentlichkeit wenden und eine Regierung anklagen, dann wird die Haltung dieser Regierung in vielen Fällen nicht überraschend darin bestehen, daß sie erklärt: "Wir lassen uns von den Vereinigten Staaten nicht herumstossen."

Im Falle einiger Regierungen, vor allem in der Dritten Welt, hat die Auswirkung von Angriffen solcher Art durch die Vereinigten Staaten nichts mehr mit den Menschenrechten zu tun. Es führt eher dazu, diese Regierungen zu destabilisieren und ihre Legalität zu untergraben. Wenn das zu mehr Instabilität und sogar zu Gewalttätigkeit in dem fraglichen Land führt, dann schadet man den Menschenrechten mehr als man ihnen nützt.

Wir sind daher der Ansicht, daß man sich nicht von vornherein für oder gegen stille Diplomatie oder öffentliche Erklärungen oder sonst etwas festlegen sollte.

Wenn für uns das Ziel deutlich ist - und das heißt, daß wir die Menschenrechtssituation verbessern wollen, wo immer möglich -, dann sind wir in unseren Taktiken sehr flexibel. Wir prüfen jede Situation und versuchen dann das zu tun, was Ergebnisse bringt.

Es ist richtig, daß wir, weil wir weniger häufig öffentliche Erklärungen abgeben als die Carter-Administration, leicht der Beschuldigung anheimfallen, wir täten nicht genug auf dem Gebiet der Menschenrechte. Und gegen eine solche Anschuldigung kann man sich nur sehr schwer wehren, denn wenn wir allen Leuten mitteilen, was wir tun, dann gefährden wir unsere eigenen Anstrengungen. Das ist daher ein Preis, den wir zu zahlen gewillt sind, denn wir

sind nicht so sehr an unserem guten Ruf interessiert als daran, das Notwendige im Sinne der Menschenrechte zu tun."

Zur Frage der Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion meinte Abrams: "Ich glaube nicht, daß es etwas außerordentlich Neues gibt, was getan werden könnte. Es gibt viele Beiträge, die die Konferenz in Helsinki geleistet hat. Und einer dieser Beiträge mag wohl gewesen sein, daß mit der Zeit für immer mehr Menschen in Europa deutlich wurde, wie bereit die Sowjets waren, die Schlußakte von Helsinki zu unterzeichnen und sie dann auch sofort und für immer zu vergessen und zu verletzen. Ich weiß wirklich nicht recht, was wir so gänzlich anderes tun könnten als das, was alle europäischen Regierungen und wir in den letzten Jahren getan haben - d.h. eine Kombination von öffentlichem und diplomatischem Druck auf die Sowjets zur Geltung zu bringen, in ihren Menschenrechtsverletzungen wenigstens nachzulassen."

Die Erfolge waren gering, das müssen wir wohl eingestehen. Ich glaube nicht, daß es hier Zauberformeln gibt. Mir scheint, es bleibt uns nichts anderes übrig, als weiter Druck auszuüben und soweit es möglich ist, sowjetische Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen.

Aus dem, was ich in der Presse über politische Entwicklungen in Europa lese, wird mir klar, daß noch viele Leute nicht mit dem wirklichen Verhalten der Sowjets auf dem Gebiet der Menschenrechte vertraut sind. Mir scheint, daß die größte Schwäche der Sowjets in der Publizität liegt, d.h. daß die Völker Europas genau erfahren müssen, was die Sowjets tun. Ich glaube, daß nichts eine größere Wirkung erzielen wird. Also müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um den größtmöglichen Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf die Sowjets zu richten, damit man in ganz Europa ihr Verhalten klar erkennen kann."

### **Die Haltung der Sowjetunion in der Menschenrechtsfrage**

Die Sowjetunion nimmt in der Menschenrechtsdiskussion folgende Grundhaltung ein:

1. Die wirklichen Menschenrechte können nur im Sozialismus Realität werden. Das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf soziale Sicherheit, das Recht zu

wählen und gewählt zu werden, sind in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bereits verwirklicht und werden weiter ausgebaut.

2. Die sogenannten Dissidenten sind von westlichen Organisationen bezahlte subversive Elemente und eine verschwindende Minderheit. Sie werden in der UdSSR nicht wegen ihrer Überzeugung verfolgt, sondern sie werden wegen anti-sowjetischer Propaganda strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

3. Die Dissidenten verstoßen mit ihren Handlungen gegen die vom sowjetischen Volk errichtete sozialistische Gesellschaftsordnung.

4. Die Unterstützung der Dissidenten durch das westliche Ausland stellt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder dar und widerspricht der Politik der Entspannung.

5. Die Konkretisierung der Grundrechte für das Individuum ist allein Angelegenheit des einzelnen Staates und nicht internationaler Organisationen. Deshalb kann ein internationaler Menschenrechtsschutz nicht in Frage kommen. Die staatsbürgerlichen und politischen Grundrechte finden ihre Grenze im notwendigen Schutz der nationalen Sicherheit und der sozial-ökonomischen Gesellschaftsordnung. Darüber hinaus gilt bei einem Interessenkonflikt zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger stets der Vorrang des Staates.

6. Das Eingreifen anderer Staaten und insbesondere der Vereinten Nationen bei Menschenrechtsverletzungen ist nur zulässig, wenn es sich um eine tiefgreifende und massive Verletzung der Grundfreiheiten als Folge einer Politik der Aggression, des Faschismus, des Kolonialismus, des Völkermordes, der Apartheid und des Rassismus handelt. Diese politischen Verbrechen sind mit den allgemeinen Menschenrechten prinzipiell unvereinbar. Beispiele dafür sind Südafrika (Apartheid, Rassismus), Angola (Kolonialismus), Israel (Aggression) und Chile (faschistische Militärdiktatur).

## Der Konflikt:

### Entspannung "von oben" oder "von unten"

## Feindbilder und politische Stabilität in Europa

### I.

Über Stabilität in Europa zu sprechen - darunter wurde häufig verstanden: Streitkräftegleichgewichte austüfteln, militärische Nullsummen-Modelle konzipieren. Allzuoft geht darüber die politische Dimension verloren. Um Clausewitz zu paraphrasieren: Wir stehen in der Gefahr, daß sich die Grammatik des Krieges von der Logik der Politik löst. Von dort ist es nur ein Schritt zu dem Trugschluß, mit militärischen Mitteln ließen sich politische Probleme lösen, ergo: Sicherheit sei errüstbar. Erinnern wir uns: Diese Art des Denkens, die immer tiefer in die Militarisierung der Politik führte, war kennzeichnend für zumindest die ersten zwei Jahrzehnte nach 1945. Die Folgen sind uns alle teuer zu stehen gekommen: Eine in der Geschichte beispiellose Anhäufung der Rüstungen in Ost und West mit daraus resultierender militärischer Konfrontation der Blöcke. Zugleich kompromißloser ideologischer Kampf, der mit wechselseitigen Feindbildern als erbitterter Glaubenskrieg ausgetragen wurde. Der Terminus "Kalter Krieg" war geradezu ein Under-Statement, wenn man sich die Heftigkeit dieser Auseinandersetzung in Erinnerung ruft. Die Deformation des damaligen Denkens wirkt bis heute nach.

Ein längst fälliger Neuansatz wurde Ende der 60er Jahre mit der Ost-Politik gewagt. Sie war maßgeblich konzipiert von den deutschen Sozialdemokraten und stellt den ersten ernsthaften Versuch dar, die Ost/West-Konfrontation über politische Mittel abzubauen, nämlich durch eine Politik der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auf konkreten Gebieten. In den Ostverträgen, dem Berlin-Abkommen, dem Grundlagenvertrag und der KSZE-Schlussakte fand diese Politik ihren Niederschlag.

Wir alle wissen, welche Widerstände bei diesem Neuansatz zu überwinden waren. Mehr als anderen sind uns die Unzulänglichkeiten der ersten Phase der Entspannungspolitik bewußt. Ihr entscheidendes Manko war, daß es der

Politik nicht gelang, den Abbau der militärischen Drohpotentiale durchzusetzen.

Und eine weitere, tiefergehende Ursache kam hinzu: Wir haben es trotz mancher Fortschritte bei der Vertrauensbildung bisher nicht geschafft, die ideologische Auseinandersetzung unter Kontrolle zu bringen. Überkommene Feindbilder blieben so auf beiden Seiten intakt. Daß damit auch das Risiko des Rückfalls in den Kalten Krieg aufrechterhalten wurde, sollte sich allzubald herausstellen. In der Endphase Breschnews und zu Beginn der Amtszeit Reagans verband sich die Re-Ideologisierung der Politik mit einer neuen Runde des Wettrüstens. Sie drohten dem Geist der Entspannung den Garaus zu machen.

### II.

Nirgends spiegelt sich so klar wie im Ost-West-Verhältnis, daß Feindbilder das politische Verhalten und die politischen Entscheidungen unserer Zeit maßgeblich bestimmen. In seiner lesenswerten Analyse über "Feindbilder und Abrüstung" kommt Daniel Frei zutreffend zu dem Schluß, daß das, was in den Köpfen der Menschen vorgehe, wichtiger sei als alle Raketen, Atomsprengköpfe oder Panzer. Dies gilt für viele Bereiche politischen Handelns: Stets sind es subjektive Wahrnehmungen - und allzuoft solche mit negativ vorgeprägtem Inhalt -, die Entscheidungen präjudizieren. Im Ost-West-Verhältnis führte dies zu einem Teufelskreis, in dem Feindbilder Waffen und Waffen Feindbilder produzieren.

### III.

Auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion hat das Bestehen von Feindbildern deutliche Spuren hinterlassen. Richten wir unter diesem Winkel einmal den Blick zurück auf die deutsch-russischen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Keine andere Nachbarschaft in Europa ist so wie diese gekennzeichnet von Höhen und Tiefen, von Glanz und Tragik, von Perioden fruchtbarer Zusammenarbeit und Zeiten der Mißverständnisse, des Hasses und der

Verweigerung. Ausschlaggebend dafür war oft genug nicht so sehr die Realität des Gegenübers, sondern das geistige Bild, das man sich vom anderen machte. Seine Über- und Unterschätzung, seine Wahrnehmung als Feind oder Freund. Aus Literatur und Geistesleben nahmen solche Bilder ihren Weg in die breite Öffentlichkeit. Die Politik suchte sie zu nutzen.

Solche Bilder waren zunächst historisch und national, dann ideologisch geprägt. "Was dem Russen zum Wohle ist, ist des Deutschen Tod" hieß eine Redensart, die schon im Moskowitischen Rußland geläufig war. "Der Deutsche hat den Mond erfunden" formuliert dagegen ein anderes russisches Sprichwort voll Anerkennung für die deutsche Tüchtigkeit und technische Intelligenz. Sie motivierte Lenin beim Anbruch der Sowjetzeit im März 1918 zu dem überschwenglichen Ausruf: "Lerne beim Deutschen! Gerade der Deutsche verkörpert heute ... das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des wohlgeordneten Zusammenseins."

Auf der anderen Seite ist der Schlachtruf "Die Russen kommen" zu einer fast sprichwörtlichen Abschreckungsformel deutscher Politik geworden. Bis auf den heutigen Tag sehen ja immer wieder Vertreter der politischen Rechten bei uns "den Iwan über den Hügel rollen". Auch dies hat Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert. Hebbel warnte vor der Möglichkeit, daß "germanische Kultur den Weg über russische Gedärme" nehme, Nietzsche wollte in Rußland "vielversprechendes Barbarentum" wahrnehmen und August von Platen, der russische Truppen bei der Verfolgung Napoleons durch Polen reiten sah, dichtete im tiefen Zwiespalt: "Ach, wir schwelgen im Genusse, daß bereits zu dieser Frist, jener vielgeliebte Russe, unser nächster Nachbar ist. Bloß Barbaren rebellieren, wenn man ihnen bricht den Eid, kommt an unser Herz Baschkiren, weil Ihr so gebildet seid".

Es gab aber auch überschwenglich positive Bewertungen. So erwartete Rilke von Rußland "die schöpferische Verjüngung des europäischen Genius". Und Thomas Mann sah im Russen den "menschlichsten aller Menschen".

Nach der Oktober-Revolution machte dieses ambivalente Bild einer gegenseitigen Angst-Liebe, diese Mischung von Angst und Bewunderung, Angst und Hoffnung mit dem Erstarken des Faschismus in Deutschland mehr und mehr einem ideologischen, eindimensionalen und haßerfüllten Feindbild Platz. Die "rote Gefahr" eines "gottlosen", "asiatischen" Bol-

schewismus wurde beschworen, dessen wahres Gesicht man dann in Stalins Verbrechen sah. In der Agitation des Nationalsozialismus spielte dieses Feindbild eine zentrale Rolle. Die "Revolution des Nihilismus", wie Rauschning lange vor Ausschwitz formulierte, der menschen- und menschlichkeitsverachtende Faschismus gewann in Deutschland die Oberhand. Er produzierte das Feindbild der "braunen Gefahr".

Für das Verhältnis zwischen deutschem und russischem Volk, oder richtiger, zwischen deutschem Volk und den Völkern der Sowjetunion verdient stärker hervorgehoben zu werden, daß die sowjetische Führung selbst im Hitlerkrieg der verständlichen Tendenz zur Gleichsetzung von Deutschen und Faschisten entgegengetreten ist.

Aber dieser Aspekt wurde bald durch die weltweite ideologische Konfrontation des Kalten Krieges überlagert, von gegenseitiger Furcht und neubelebten beiderseitigen Feindbildern. Dort die die bolschewistische Weltrevolution rücksichtslos vorantreibende Sowjetunion, hier die das Lager eines blutrünstigen kapitalistischen Imperialismus anführenden Vereinigten Staaten von Amerika. Unter dem Banne dieser Feindbilder waren beide Seiten nicht mehr bereit, sich Friedenswillen und Friedensfähigkeit zuzubilligen.

#### IV.

Die Tatsache, daß diese Konfrontation des Kalten Krieges mit vielen Rückschlägen langsam eingedämmt wurde - wobei der Ausgang noch immer offen ist -, war nicht einer Annäherung der Ideologien oder einer Konvergenz der gesellschaftlichen Entwicklung beider Systeme zu verdanken. Entscheidend war vielmehr die zunehmende Einsicht, daß das gemeinsame Interesse am Überleben der Menschheit es im Zeitalter von Massenvernichtungsmitteln kategorisch gebietet, den Konflikt der Grundüberzeugungen zu entmilitarisieren. Darum haben wir Fortschritte gemacht weg von dem lebensfeindlichen Dogma führbarer und gewinnbarer Atomkriege hin zu der Erkenntnis, daß Sicherheit und Frieden nur noch gemeinsam erreicht werden können.

Die ideologischen Unterschiede und Gegensätze werden durch die Einsicht, daß sie nur noch im Frieden ausgetragen werden können, nicht aufgehoben. Andererseits kann die Einsicht, daß Ost und West im Interesse gemeinsamen Überlebens aufeinander angewiesen sind, die ideologische Auseinandersetzung nicht unberührt lassen. Eine Lehre vom gerechten Krieg z.B. können wir uns heute weder im Osten noch im Westen leisten. Es ist wichtig, sich auch dieser notwendigen Rückwirkung bewußt zu sein, um auf beiden Seiten Versuchungen und Verirrungen vorzubeugen, das Bemühen um gemeinsame Sicherheit als ideologischen Verrat zu stigmatisieren.

Der Abschied von überkommenen Feindbildern, historischer, nationaler und vor allem ideologischer Art wird nicht leicht sein. Manche werden sie schon darum vermissen, weil sie sich innenpolitisch und innerparteilich für alle möglichen Zwecke so vortrefflich instrumentalisieren lassen. Es war z.B. ein langer Weg vom "Sozialfaschismus"-Vorwurf der Komintern gegenüber den Sozialdemokraten - ein Vorwurf übrigens, der seinerzeit objektiv den Nazis geholfen hat - zu den Aussagen des vom 27. Parteitag neugefaßten KPdSU-Programms, in denen nun für eine Zusammenarbeit mit der europäischen Sozialdemokratie im Kampf um den Frieden plädiert wird. Für die politische Stabilität in Europa ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Weg des Westens zu einer realistischen Einschätzung Gorbatschows und damit zu einer Neueinschätzung der sowjetischen Politik nicht ebenso lang wird.

Vor fast zehn Jahren, 1979, am Ende des ersten Jahrzehnts der Entspannungspolitik schrieb ich: "So wie die äußere Dimension der deutschen und europäischen Frage Entspannung heißt, so heißt ihre innere Dimension Reform. Nicht nur der Westen braucht gesellschaftliche Reformen. Der Osten braucht sie wie die Dürre den Regen. Nicht nur über den Frieden, sondern auch über Reformen muß in Europa zwischen West und Ost gesprochen werden.

Ich habe mir damals - aus West und Ost - manchen Vorwurf anhören müssen, das sei weltfremd und utopisch. Ost und West fingen tatsächlich auch bald wieder damit an, sich gegenseitig Friedensfähigkeit abzusprechen und Verwundbarkeitsfenster, Asymmetrien und Ungleichgewichte vorzurechnen, um daraus handfeste Konsequenzen für ihre Rüstung zu ziehen.

Heute kann ich mich nicht nur auf das "neue Denken" Michail Gorbatschows, sondern z.B. auch auf Bundespräsident von Weizsäcker berufen, der vor kurzem gesagt hat: "Ko-existenz muß die Fähigkeit bedeuten, Konflikte politisch auszutragen und aufzuarbeiten, ohne daß eine der beiden Seiten den Anspruch auf den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz erhebt." Und weiter: "Die Chance der systemöffnenden Zusammenarbeit bietet sich. Es gilt, sie kraftvoll und verantwortlich zu nutzen."

## V.

Dieser Einsicht, daß die ideologische Auseinandersetzung in einen friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme überführt werden muß und daß wir dafür neue Spielregeln brauchen, verdankt das gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit dem Titel "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" seine Entstehung. Es vertritt u.a. folgende Thesen:

- \* Der Krieg hat im Nuklearzeitalter endgültig aufgehört, ein Mittel der Politik zu sein.
- \* Es gibt über die Sicherung des Friedens hinaus gemeinsame Menschheitsaufgaben, die gemeinsam angepackt werden müssen.
- \* Die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen kann nur noch in der Form des friedlichen, gewaltfreien Wettbewerbs geführt werden.
- \* Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen.
- \* Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.
- \* Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.
- \* Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge muß innerhalb jedes Systems möglich sein.

Ideologische Auseinandersetzung so zu verstehen heißt, sie friedensadäquat zu machen. Gemeint ist ein Prozeß von dialektischem Charakter: Je mehr es uns gelingt, für den Dialog einen einvernehmlichen Rahmen zu schaffen, um so ertragreicher kann die sachbezogene Auseinandersetzung über Inhalte sein.

Ein solches Mehr an gewaltfreiem ideologischem Wettstreit darf nicht auf gegenseitige Destabilisierung angelegt sein. Es muß vielmehr dazu dienen, die Reformkräfte in beiden Gesellschaftssystemen zu stärken.

Aber auch in diesem Bereich gilt das schon zuvor Gesagte: Manche haben sich zu sehr daran gewöhnt, die Auseinandersetzung mit den lieb gewordenen Feinbildklischees zu führen, als daß sie nun ohne Mühe die neu vereinbarten Regeln für eine einvernehmliche Streitaustragung akzeptieren könnten. Es ist zu begrüßen, daß hierüber zwischen SPD und SED eine Diskussion in Gang gekommen ist, an der sich auch eine breitere Öffentlichkeit beteiligt. Ihr kommt grundsätzliche Bedeutung zu.

## VI.

Wie sehen heute die praktischen Aussichten für die Durchführbarkeit einer solchen Politik des friedlichen Wettbewerbs aus? Zunächst ist festzustellen: Überall in unseren Gesellschaften wächst die Azeptanz für eine solche Politik. Den Anhängern der Beharrung wird es immer schwerer, eine Politik der Konfrontation auf der Grundlage überkommener Feindbilder mit den traditionellen Mitteln der Rüstung durchzusetzen. Die Überzeugung, daß von deutschem Boden niemals wieder Krieg ausgehen darf, ist z.B. heute in beiden deutschen Staaten tief verwurzelt.

Noch wichtiger ist der Eindruck, den die heutige Sowjetunion vermittelt; Gorbatschows Konzept der Perestrojka setzt offensichtlich auf friedliche Mittel der Umgestaltung und sucht dafür den Wettbewerb mit der Außenwelt. Der Akzent liegt eindeutig auf der inneren Entwicklung des Landes. Aus unserer eigenen Geschichte wissen gerade wir Deutsche die friedenssichernde Qualität dieses Vorrangs der Innenpolitik sehr wohl einzuschätzen. Denn in unserer Vergangenheit ist eine angeblich gefährdete äußere Lage - bis hin zu einer Gefahr der "Einkreisung" - immer wieder zum Vorwand genommen worden, anachronistische innenpolitische Verhältnisse zu rechtfertigen. Die Folgen in der deutschen Geschichte kennen wir alle.

Gegenwärtig sind die Voraussetzungen für eine Politik des friedlichen Systemwettbewerbs also auf beiden Seiten günstig. Ausgangspunkt muß die

Einsicht sein, die Willy Brandt so formuliert hat: "Der Friede ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles Nichts" Diese Einsicht rückt das Bekenntnis zur gemeinsamen Sicherheit an erste Stelle.

Friedfertigkeit erhält damit eine neue Qualität. Sie ist Tugend, zugleich aber auch Einsicht in die politische Notwendigkeit unseres nuklearen Zeitalters. Dies muß ohne Halbheiten gelten: Ein bloß taktischer Ansatz, der darauf angelegt wäre, einen vermeintlichen Gegner etwa durch Ausnutzen von Krisensituationen oder Schüren innerer Gegensätze zu übervorteilen, würde nicht aus der Sackgasse herausführen. Im Gegenteil ist unter heutigen Bedingungen die Bereitschaft zur gemeinsamen Krisenbewältigung mehr denn je geboten.

Im Sinne dieses neuen Prinzips gemeinsamer Sicherheit ist auch der Begriff der "friedlichen Ko-existenz" zu verstehen und anzuwenden. Ihm muß jeder Anschein der Propagierung von Gewalt - und sei es auch nur im theoretischen Rahmen eines "Klassenkampfes" - genommen werden. Im vom 27. Parteitag neugefaßten Programm der KPdSU ist dieser Weg beschränkt worden. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang auch der Verzicht auf den "Export" von Revolutionen. Beide Systeme müssen sich darauf beschränken, durch die "Kraft des Beispiels" zu wirken, wie es das neugefaßte Parteiprogramm der KPdSU treffend formuliert.

Konsequenter als bisher geschehen, müssen wir uns daranmachen, die bisherigen Feindbilder, besonders die ideologischen Charaktere, abzubauen. Damit meine ich sterile antikommunistische Stereotypen im Westen ebenso wie das Klischee vom nicht friedensfähigen kapitalistischen Imperialismus im Osten. Im friedlichen Wettbewerb der Systeme darf keines dem anderen die Reformfähigkeit a priori absprechen.

## VII.

Es liegt auf der Hand, daß eine derart anspruchsvolle Politik auf allen Seiten "Neues Denken" erfordert. Jeder ist aufgefordert, mit ihm bei sich selbst zu beginnen. Phantasie und Weitblick werden auf beiden Seiten nötig sein.

Es wäre allerdings vermessen anzunehmen, wir könnten mit einem solchen Ansatz nun die perfekte Harmonie im Staatenleben herstellen. Interessenkonflikte vielfältiger Art werden bleiben. Dies darf aber nicht der Einsicht entgegenstehen, daß in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt eine zunehmende Zahl von Aufgaben nur noch gemeinschaftlich lösbar ist. Um nur einige konkrete Beispiele anzuführen:

- \* Der Kampf gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt, die unser aller Lebensgrundlage bedroht und an keiner Staatsgrenze Halt macht.
- \* Die Beherrschung einer sich immer weiter beschleunigenden wissenschaftlich-technologischen Entwicklung, u.a. das Dilemma friedlicher Nutzung der Atomenergie nach der Katastrophe von Tschernobyl und die Bewältigung der ethischen Probleme der Gentechnologie.
- \* Die Sicherung der Energieversorgung bei anhaltender Bevölkerungsexplosion, vor allem in Lateinamerika, Afrika und Asien. Immer mehr Menschen stehen immer knapperen Ressourcen gegenüber.
- \* Die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt. Die Satten sind gegenüber den Hungernden schon heute in der Minderheit. Hier baut sich ein explosives Konfliktpotential auf.
- \* Die Bekämpfung von Sucht und Seuchen.
- \* Die Bekämpfung des Terrorismus.

Hier können Herausforderungen heranwachsen, die in ihrer Brisanz noch das übertreffen, was uns der Ost/West-Konflikt bereits beschert hat. Antworten darauf werden wir nur finden, wenn wir eine Linie konsequenter Zusammenarbeit einschlagen.

Da Entspannung und Frieden nicht primär militärische, sondern politische Kategorien sind, muß die Entspannungspolitik in ihrer zweiten Phase in der vollen Breite der Helsinki-Schlußakte intensiviert werden: Neben den unerläßlichen Fortschritten in den Bereichen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Vertrauensbildung: Wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Informations- und Kulturaustausch, Lösung humanitärer Fragen, bewußte Stärkung der individuellen wie der sozialen Menschenrechte.

Manches davon ist schon auf den Weg gebracht. Das verdanken wir dem KSZE-Prozeß, der selbst in Zeiten der Sprachlosigkeit zwischen Ost und West seinen stetigen Fortgang genommen hat. Parlamentarierkonferenzen, Expertentreffen, Foren und Symposien haben das ganze Spektrum an Themen von den Menschenrechten bis zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit behandelt. Diese Ansätze müssen konsequent weiterentwickelt werden.

Auf der laufenden Wiener KSZE-Folgekonferenz haben einige Teilnehmerstaaten, darunter die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, eine Reihe entsprechender Vorschläge eingebracht. So z.B. den Plan einer großen Ost-West-Wirtschaftskonferenz, für die die Bundesrepublik Deutschland als Gastgeber fungieren möchte. Oder das sowjetische Angebot, eine Konferenz über Fragen der humanitären Zusammenarbeit nach Moskau einzuberufen. Es besteht kein plausibler Grund, warum wir darauf nicht eingehen sollten.

Zu nennen ist weiter das von Polen und Österreich formulierte Projekt eines Symposiums in Krakau, das in Anknüpfung an die beiden Budapester KSZE-Kulturforen die Frage der kulturellen Identität Europas behandeln soll. Oder der Plan eines Expertentreffens im sizilianischen Erice über die Rahmenbedingungen für naturwissenschaftliche Zusammenarbeit und die zwischen Ost und West zum Teil unterschiedlich beurteilten Grenzfragen zwischen Naturwissenschaft, Gesellschaft und Ethik. All dies würde dazu dienen, die Staaten aus beiden Bündnissystemen, die Neutralen und die Nichtgebundenen in Europa noch enger zusammenzubringen.

## VIII.

Gerade die beiden deutschen Staaten mit ihrer exponierten Lage an der Schnittlinie beider Systeme müssen eine solche Politik konstruktiv und konsequent vorantreiben. Das liegt auch im Interesse Berlins, das voll in die Entwicklung einbezogen bleiben muß. Als Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost könnte Berlin in eine europäische Rolle von großer Bedeutung hineinwachsen.

Die deutschen Sozialdemokraten werden auch in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik zu den vorantreibenden Kräften gehören. Sie waren es schon in den 70er Jahren, als sie in der Regierungsverantwortung standen. Sie sind es auch weiterhin - u.a. in intensiven Kontakten mit Regierungen und Parteien aus den Staaten des Warschauer Paktes. So haben wir z.B. das Konzept gemeinsamer Sicherheit mitentwickelt und gegen alle Anfeindungen verteidigt. Vieles, was wir oft gegen große Widerstände in die Ost/West-Diskussion eingeführt haben, wird heute in fast allen politischen Lagern mehr und mehr aufgenommen. Das ist gut so.

## Blockfreies Europa - eine Perspektive?

Anfang Juli fand in Amsterdam eine weitere "END-Convention" statt, eine internationale Begegnung von europäischen Friedensgruppen unter federführender Beteiligung von Gruppen wie European Nuclear Disarmament (END) und dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV, Niederlande). Der gemeinsame politische Horizont dieser Gruppen ist die Perspektive eines blockfreien Europas. Ihre Kritik richtet sich gegen beide großen Militärmächte, die meistens "Supermächte" genannt werden. Gleichzeitig wird in erster Linie auf Basisaktivitäten in beiden Blöcken Wert gelegt, Entspannung von oben sei gescheitert, Entspannung von unten müsse her. Als ihre natürlichen Verbündeten betrachten sie Gruppen mit ähnlicher Orientierung in Osteuropa wie Charta 77, CSSR, unabhängige, meist kirchlich angesiedelte Friedensgruppen in der DDR, Helsinkigruppen in der UdSSR, Dialog mit Ungarn und in gewisser Hinsicht Solidarnosc, Polen.

Das Ziel ist, in ständiger Konsultation jeweils auf die eigenen Blockregierungen Druck auszuüben, damit das "Blockdenken" überwunden werde und sich die Supermächte aus Europa zurückzögen.

In einer Erklärung zum 8. Mai schreibt END: "An diesem vierzigsten Jahrestag jenes Tages, wo sich amerikanische, britische und russische Soldaten die Hand reichten, wo Polen, Franzosen und Tschechoslowaken das Ende des Krieges feierten, wo die Leute in den Straßen Moskaus, Londons und New Yorks tanzten, mit einer gemeinsamen Erleichterung des Herzens, bekräftigt END seine Anstrengungen, die künstlichen Schranken, die uns jetzt teilen, niederzureißen. Insbesondere unterstreichen wir unsere Anstrengungen für ein atomwaffenfreies Europa mit Ländern, frei von fremden Truppen und Waffen, mit Grenzen offen für einen normalen zivilisierten (civilised) Austausch durch Reisen und Kommunikation, mit Regierungen, die frei sind, das gemeinsame Ziel eines sicheren und friedfertigen Kontinents zu erreichen.

Das hört sich bestechend an. Wer sorgfältig liest, spürt aber schon jetzt, wo die Probleme liegen. Denn wer bestimmt, was "künstlich" ist und was nicht, was "zivilisiert" ist und was nicht?

### I.

Alle Friedensbewegungen in Westeuropa hatten und haben unter der Verdächtigung zu leiden, sie besorgten die Geschäfte Moskaus. Da sie einseitig seien, sei ihre Friedfertigkeit nicht glaubwürdig. Fast alle Friedensbewegungen meinten daher, ihre Glaubwürdigkeit andauernd dadurch unter Beweis stellen zu müssen, daß die Kritik an Politik im eigenen Lager immer begleitet sein sollte von einer Kritik an der Politik des anderen Lagers. Ganz auffällig ist diese Entwicklung bei jener Friedensbewegung zu sehen, die lange Zeit das Muster aller westeuropäischen Friedensbewegungen zu sein schien, beim IKV, dem Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande. Vor allem nach dem 13.12.1981, als das Militär in Polen die Macht übernahm und das Kriegsrecht über das Land verhängte, geriet er in eine Glaubwürdigkeitslücke. Da man auf eine gründliche Analyse der Geschichte dieses Kontinents in diesem Jahrhundert meinte verzichten zu können und sie bequemenhalber am 8.5.1945 anfangen ließ, an jenem Tag, da sich quasi aus heiterem Himmel zwei Blöcke auf Europa senkten, da also die Ursache des Wettrüstens das "Blocksystem" war, schien nur logisch zu sein, das "Blocksystem" an sich zu bekämpfen, statt sich immer nur auf bestimmte Rüstungsmaßnahmen zu beschränken. So erwischte man zwei Fliegen mit einem Schlag; man war glaubwürdig, weil man gegen beide Systeme kämpfte und man hatte eine Perspektive, falls man die Nachrüstung nun doch nicht verhindern konnte. Die einzige Konkurrenz schien von jenem Flügel in der Friedensbewegung zu kommen - in den Niederlanden fast nicht existent -, der meinte, in den Abrüstungsvorschlägen der UdSSR die einzige realistische Perspektive der Bewegung zu sehen. In der Bundesrepublik steht das sogenannte "Kofaz-Spektrum" in diesem Ruf.

Wer nun aber Glaubwürdigkeit in dieser Form zu einer zentralen strategischen Kategorie erhebt, verliert seine politische Bewegungsfreiheit. Er wird nämlich immer wieder davon abhängig, was die andere Seite tut oder auch nicht tut. Da er das nicht beeinflussen kann, lähmt er sich selber. Der Fehler liegt darin, daß er von der Gegenseite, für die er ein außenpolitischer Faktor ist, einen innenpolitischen Preis verlangt. Nun kann man dies - wie in

der amerikanischen Menschenrechtsstrategie - zynisch anwenden: man kalkuliert von vornherein ein, daß die andere Seite nicht in der gewünschten (oder eigentlich gar nicht gewünschten!) Weise reagiert, um selber innenpolitisch Spielraum für eine Politik der Stärke zu bekommen; insofern ist Reagans Politik der militärischen Überlegenheit nur der zweite Schachzug nach dem Eröffnungszug der Menschenrechtsdemagogie Carters.

Nur: friedenspolitisch kann so etwas nicht funktionieren. Denn im Endeffekt läuft diese ganze Strategie darauf hinaus, daß die östliche Seite als Preis für eine westliche Friedensbewegung mit Reformen ihres politischen Systems in u n s e r e m Sinne zu zahlen hat. Solche Gedanken kann man im Umkreis der Berlin- und Deutschland AG der Alternativen Liste West-Berlins hören. Anders gesagt, man verbindet Abrüstung, Frieden, Überwindung des Blocksystems mit drastischen innenpolitischen Änderungen nicht bei uns, sondern bei der anderen Seite. Und so blüht das Gespräch mit der Systemopposition im Osten, aber das Gespräch mit den maßgeblichen Kräften in diesem Lager muß verstummen, jedenfalls unfruchtbar bleiben. Eine solche Friedensbewegung kann für die UdSSR und ihre Verbündeten nichts anderes als eine weitere ideologische Waffe des Westens sein. Ich betone: das kann nicht anders sein.

## II.

In diesem Zusammenhang ist das Wörtchen "civilised" aus der END-Erklärung hervorzuheben. Solche Adjektive verraten manchmal mehr vom politischen Blickwinkel der Verfasser als die ausgesprochenen politischen Formulierungen. Ein "normaler zivilisierter Austausch durch Reisen und Kommunikation" bedeutet Freizügigkeit und Meinungsfreiheit in unserem Sinne; alles andere ist eben nicht "zivilisiert", sprich barbarisch. Das ist keine Überinterpretation; ich bin der Ansicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung in unseren Ländern die Gesellschaft der Sowjetunion für eine barbarische, menschenunwürdige und also eigentlich nicht existenzwürdige Gesellschaft hält. Das "Zentrum des Bösen" Reagans war nicht einfach ein Versprecher, sondern eine angemessene Wiedergabe dessen, was die Mehrheit der US-Amerikaner tatsächlich "denkt". Und so "denken" auch noch viele Friedensaktivisten. Da dieses "Denken" ein weitgehend unbewußter Vorgang

ist, andererseits mehr ist als ein bloßes Gefühl, steht das Wort hier zwischen Anführungszeichen.

Wenn dies der Rahmen ist, muß jedes Abkommen den Charakter des Vorläufigen bekommen. Zur Zeit, so liegt der Gedanke nahe, müssen wir wohl oder übel die Existenz der UdSSR hinnehmen, bis sie entweder sich glaubhaft bekehrt zu unserem way of life oder bis wir in der Lage sind, sie risikolos zu vernichten. Diese entweder offen eingestandene Stimmungslage oder nur indirekt eingestandene Auffassung ist die Grundbedingung für die Rüstungsakzeptanz der Bevölkerung. Entweder ist die sowjetische Gesellschaft tatsächlich eine barbarische, wie die Gleichstellung von roter und brauner Diktatur seit vierzig Jahren wirkungsvoll behauptet: dann müßte man zur Kenntnis nehmen, daß Hitler nur durch Waffen besiegt wurde und auch nur besiegt werden konnte; oder die Gesellschaft der UdSSR ist eine völlig andere Gesellschaft als unsere, wo auch völlig andere Wertsysteme gelten: dann ist ein Modus-vivendi möglich. Aber mit Hitler kann man nicht koexistieren, jedenfalls nicht auf Dauer.

Entweder ist also die Friedensbewegung überflüssig, nämlich dann, wenn der Gegner "uncivilised", barbarisch ist; dann wäre Frieden nur durch Stärke möglich. Oder wir haben es tatsächlich mit "another civilisation" zu tun, deren Werte wir ablehnen mögen, der wir aber den menschlichen Charakter nicht absprechen; dann ist eine Friedenspolitik, die nicht nur auf Stärke beruht, möglich. Zugrunde jedenfalls liegt immer eine Annahme über das Wesen des Gegners.

Durch die Glaubwürdigkeitsstrategie der blockübergreifenden Friedensbewegung mit ihrer Liebe für den Dissidenten und die Opposition gerät diese immer tiefer in die Unglaubwürdigkeit. Denn indem sie die politische Drangsalierung der Opposition durch die östlichen Sicherheitsdienste in den Vordergrund stellt - und das tut sie ja - vermittelt sie oder vertieft sie die kollektive Vorstellung des barbarischen und unmenschlichen Gegners. Indem sie die nicht-systemkonformen Friedensbewegungen, die meistens mit der bürgerlichen Opposition zusammenfallen - nicht nur unterstützt, sondern ihr an Ort und Stelle organisatorische Hilfestellung zu leisten versucht - auch das ist geschehen -, fordert sie die Staatsapparate heraus, in der von bestimmten Kreisen gewünschten und in hierzulande vertrauter Weise zu reagieren. Aus Leuten mit Fragen werden Oppositionelle, aus Oppositio-

nellen Dissidenten, aus Dissidenten Emigranten und das Bild des barbarischen Feindes verstärkt sich.

Ich sage nicht, daß dies das Werk der blockübergreifenden Friedensbewegung allein ist; sie wird in diesem edlen Streben nach Kräften von jenen Geheimdienstlern unterstützt, die z.B. zwei junge Menschen, die in einer Stadt in der DDR am 22.11.1983 eine Mahnwache mit brennenden Kerzen abhielten, verhafteten, energisch verhörten und dann in den Westen abschoßen. Es gibt viele Beispiele. Eine Strategie, die um der eigenen Glaubwürdigkeit willen mit der Opposition dort als Hauptverbündeten arbeitet, dient ihrem Ziel nicht nur nicht, sondern schadet ihm.

### III.

Nicht nur auf der taktisch-organisatorischen Ebene ist die blockübergreifende Friedensbewegung kontraproduktiv; auch ihre politische Leitvorstellung, die des blockfreien Europas, dient nicht dem Frieden, sondern läuft im Endeffekt auf das Gegenteil, auf eine Verschärfung der Spannungen in Europa hinaus. Der Beweis dieser Behauptung ist leicht zu erbringen.

Nehmen wir einmal an, die UdSSR entließe anlässlich des siebzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution, also am 7.11.1987, ihre europäischen Verbündeten in die Blockunabhängigkeit. Im Frühjahr 1988 fänden überall freie Wahlen statt, bürgerlich-sozialdemokratische Regierungen kämen an die Macht, die KP's würden Oppositionsparteien. - Verschwände dann der Gegensatz in Europa? Daß dies nicht der Fall ist, ahnte ein niederländischer "Blockübergreifender", als er auf einem Kongreß eines "Europäischen Netzwerkes für den Ost-West-Dialog" in West-Berlin sich sinngemäß so äußerte: "Ich bin bereit, persönliche Risiken für meine Sicherheit einzugehen, wenn damit die Menschen in Osteuropa mehr Menschenrechte erhalten; wir dürfen dabei aber nicht nur an die Menschen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn denken, wir müssen auch an die Menschen in Rußland selbst denken." Und in einer gemeinsamen Erklärung von Leuten aus der autonomen Friedensbewegung in der CSSR und der DDR vom 22.11.1984 ist u.a. zu lesen: "Wir betrachten die folgenden Schritte als die ersten und wichtigsten: keine Raketen in Europa vom Uralgebirge bis zum

Atlantik." Wir sehen: die blockübergreifenden Ideale erstrecken sich auch auf die UdSSR. Auch sie muß "blockfrei" werden. Oder, wie es der niederländische Journalist Brugsma in seinem Briefwechsel mit Arbatow forderte, die UdSSR könne ein Teil eines Europa der Vaterländer werden, wenn sie aufhöre, eine Supermacht zu sein.

Nehmen wir aber an, ab 1988 hätten wir zunächst ein blockfreies Europa - wenn sich inzwischen ganz geräuschlos auch die NATO auflöste! - von Polen bis Portugal. Was dann? Man könnte zur Politik von 1922-1939 zurückkehren und die UdSSR international isolieren. Das ist aber schlecht zu machen, weil sie inzwischen in dieser Welt in einer ganz anderen Weise präsent ist als damals. Die Rote Armee stünde zwar nicht mehr an der Elbe, aber an Bug und Pruth stünde sie immer noch. Ihre SS 20-Raketen hätte sie ebenfalls noch. Damit die neuen blockunabhängigen Staaten nicht auf dumme Gedanken kämen, stünden die SS 22 und SS 23 statt in der CSSR und in der DDR in Moldavien, in der Ukraine und in Weißrußland. Was hätte sich also geändert? Der Westen hätte sich konventionell in eine bessere Position manövriert, sonst hätte sich nichts geändert. Da die osteuropäischen Staaten mit ihren riesigen Dollarschulden nunmehr in bewährter Weise vom internationalen Währungsfonds betreut würden, gerieten sie alsbald in noch viel größere ökonomische und soziale Probleme als sie zuvor hatten. Außerdem haben Ungarn und Rumänien ebenso wie Bulgarien und Jugoslawien und Albanien noch eine Reihe von Rechnungen miteinander offen. Ich sage nicht, daß dies alles zum Krieg führen müßte, aber den Frieden machte dies jedenfalls nicht sicherer.

Es sieht aber so aus, als ob die UdSSR den siebzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution anders begehen wird. Anders gesagt: da das Ziel der "Blockübergreifenden" offensichtlich der UdSSR sehr große Nachteile, dem Westen aber sehr viele Vorteile brächte, ist das Ziel nicht eine richtungsweisende Utopie, sondern ein Hirngespinnst. Man kann weiter gehen: es ist das, was unter John Forster Dulles einmal roll-back hieß. Es ist reaktionär.

Das führt uns zum zweiten Adjektiv aus der END-Erklärung, "artificial", künstlich. Im Weltbild der Blockübergreifenden gibt es eine apokalyptische Vision: an einem bösen Tag im Jahre 1945 senkten sich vom heiteren Himmel Gottes zwei Satansblöcke auf Europa. Die Geschichte beginnt in

diesen Kreisen immer 1945. Nun muß man irgendwo anfangen, aber 1945 ist ein künstliches Datum. Den Gegensatz in Europa gibt es nicht nur künstlich seit 1945, sondern es gibt ihn real und sehr schmerzhaft seit 1917. Sehr schmerzhaft, vor allem für die russischen Kommunisten und für die Bevölkerung dieses unvorstellbar geschundenen Landes. In zwei Kriegen, an denen sich, vielleicht mit Ausnahme der Iren und Isländer, alle europäischen Völker als Gegner des revolutionären Rußlands (1918-1921) oder der Sowjet-Union (1941-1945) beteiligt haben - die Holländer waren mit einigen Tausend holländischen Mitgliedern der SS dabei, die Rumänen mit 26 Divisionen! - kamen, vorsichtig geschätzt, 30 Millionen Menschen ums Leben. Das ist nicht nur russische Geschichte, das ist auch meine Geschichte und die Geschichte meines 1970 geborenen Kindes. Geschichte hat einen langen Atem, wie man z.B. in Israel oder in Nord-Irland erfahren kann. Der Gegensatz zwischen dem Westen und der UdSSR ist ein realer, ein sehr tiefer, ein sehr schmerzlicher, historisch, politisch, sozial und ökonomisch. Wer jungen Menschen einzureden versucht, dieser Gegensatz sei künstlich, wie etwa ein Gegensatz zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, belügt sie. Genau dies tun die Päpste der Blockübergreifenden. Was wir jetzt haben, ist Waffenstillstand mit der UdSSR; zum Frieden mit ihr - und darum geht es in Europa - ist noch ein langer Weg.

Die Sozialdemokraten taten auf ihm, Anfang der 70er Jahre, den ersten Schritt; das ist ein historisches Verdienst, das man kaum überschätzen kann. Das war und ist etwas anderes als die Aussöhnung mit Frankreich und erst recht nicht zu vergleichen mit dem Schmierentheater in Bitburg. Die Friedensbewegung hat zu fragen: was soll diesem Schritt folgen? Die "Blockübergreifenden" diffamieren Entspannungspolitik als gescheitert; Ursache; sie bliebe dem "Blockdenken verhaftet". Genau dies sei aber zu überwinden und das geschähe nur durch Entspannung von unten, durch Leute, die den Gegensatz für "künstlichen Quatsch" erklärten und - so das END in einer früheren Erklärung - so zu leben anfangen, als ob es dieses blockfreie, gegensatzlose Europa bereits gäbe. Das ist keine Politik, das ist Religion, von der Sorte eines Baghwan, das ist Leben in einer Scheinwelt, das ist Negation der realen Geschichte.

Friedenspolitik ist nur möglich auf der Basis der Anerkennung des real existierenden Gegensatzes zwischen einem sozialistischen Osten - wie immer man die Art des Sozialismus dort bewerten will - und einem kapitalistischen

Westen - wie immer man diesen Kapitalismus bewerten will. Beide Systeme schließen sich gegenseitig als Option in einem Land aus. Der Gegensatz verschwindet nur dann, wenn eins dieser beiden Systeme verschwindet. Das kann man natürlich auch zum Gegenstand von Politik machen, wie etwa Hupka, Dregger & Co. es wollen - und wie es eigentlich auch die "Blockübergreifenden" mit ihrem Ideal eines "civilised Europa" wollen! Denn was treiben sie anderes als Destabilisierung Osteuropas? - Aber: Muß die Welt so bleiben, wie sie ist?

#### IV.

Sie muß zunächst so zur Kenntnis genommen werden, wie sie ist. Es gibt jenen epochalen Gegensatz seit fast siebzig Jahren. Wenn Politik Interessenvertretung ist - und das ist sie, sie ist keine Form der Moral! - , so ist zu fragen, gibt es denn übergreifende Interessen? Die Frage kann mit ja beantwortet werden; es gibt übergreifende Lebensinteressen, die von beiden Systemen, (die bleiben, wie sie sind), nur gemeinsam wahrgenommen werden können. Die Verhinderung eines ABC-Krieges gehört dazu; die Erhaltung einer das menschliche Leben ermöglichenden Umwelt gehört dazu. Diese gemeinsamen Interessen sind die reale Basis für Gespräche und Abkommen. Gäbe es sie nicht, gäbe es auch nichts zu verhandeln. Dies ist das eine Grundaxiom der Friedenspolitik.

Das andere Axiom ist die Anerkennung des Existenzrechtes der anderen Seite. Ist sie nicht gegeben, so sind keine Fortschritte möglich. Da sie auf unserer Seite zur Zeit nicht gegeben ist - Verhandlungen mit dem "Zentrum des Bösen" können nur dem Zweck dienen, Zeit zu gewinnen -, haben Verhandlungen auch kaum Sinn. So kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verwirklichung dieses zweiten Axioms bei uns eine primäre Aufgabe der Friedensbewegung ist. Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre war, wie gesagt, ein Schritt auf diesem Weg.

Die Entspannungspolitik hat viele ihrer Ziele nicht erreicht, aber nicht wegen des "Blockdenkens", sondern weil sie sich an ein Dogma gebunden hat, das die Nachkriegspolitik in Europa bestimmte: mit den Russen wird nicht ohne die Amerikaner verhandelt. Wollen die Amerikaner Entspannung, kann es sie geben; wollen sie sie nicht, kann es sie nicht geben. Und da wir nur sehr

beschränkt beeinflussen können, was die Amerikaner wollen oder nicht, wird der Bewegungsraum für Friedenspolitiker bestimmt von dem, was die Amerikaner als ihre Interessen ansehen. Ein Amerika, dessen Grundstimmung von erzeaktionärem Neokonservatismus und irrationalen theologischem Fundamentalismus geprägt wird - wohl auch noch nach Reagan! - hat keinen Bedarf an Entspannung. Die Überwindung des politischen Nachkriegsdogmatismus ist daher eine zweite Aufgabe der Friedensbewegung. Das heißt: sie kann und darf der Bündnisfrage nicht länger ausweichen und muß dabei gelassen das Anti-Amerikanismus-Geschrei aushalten.

Freilich gedeihen im schwülen Klima euroäisch-amerikanischer Verstimmung auf einmal Europablütenträume. Eine eigenständige westeuropäische Aufrüstung brächte uns, was die Verhältnisse in Europa betrifft, vom Regen in die Traufe, gleich, ob es sich um eine konventionelle oder eine atomare Aufrüstung oder eine Kombination von beiden handelte. Die Rücknahme der 1983 erfolgten Aufrüstung soll nicht durch Aufrüstung auf anderen Gebieten, sondern durch eine qualitative Änderung der militärischen Verteidigung kompensiert werden. In der Friedensbewegung werden dazu eine Reihe von Vorstellungen diskutiert, die zwar nicht ausgeübt scheinen, aber dennoch in die "offizielle" politische Diskussion mehr als bisher aufgenommen werden sollte.

Ein dritter Punkt scheint mir noch wesentlicher zu sein: wir können nicht ernsthaft hoffen, in Europa in Frieden zu leben, wenn ganze Kontinente dem Hunger und der Verzweiflung anheimfallen. Wenn zwei Drittel unserer Welt von Verzweifelten, Desperados, bevölkert wird, dann ist Khomeini ein harmloser Auftakt dessen, was uns in der nächsten Zukunft blühen wird. Es wird oft, vor allem in kirchlichen Kreisen gesagt, Rüstungsgelder müssen für die Entwicklungshilfe verwendet werden. Als ob das im Rahmen dieser Weltwirtschaftsordnung überhaupt ginge! Solange überall in der Welt der Internationale Währungsfonds bestimmt, wie hoch die Brotpreise sein müssen, damit die drüben uns hier ihre Schulden, die unsere Banken ihnen in grob fahrlässiger Weise aufgezwungen haben, zurückzahlen können, solange ist Entwicklungshilfe nichts anderes als Raub mit anderen Mitteln und produziert Desperados. Hier sind die Ansichten Brigitte Eilers ernst zu nehmen. Das heißt: nicht nur die Überwindung des Revanchismus, nicht nur die Bündnisfrage, sondern auch die Weltwirtschaftsordnung oder - um es mit einem präzisen, sei es auch nicht mehr modischen Wort zu sagen - der

ökonomische Imperialismus steht auf der Tagesordnung der Friedensbewegung.

Als ich die letzten Zeilen dieses Artikels geschrieben hatte, brachte die Post den Briefdienst des Arbeitskreises "Sicherung des Friedens", Vorsitzende: Prof. Günter Brakelmann, Bochum, und Staatsminister Friedrich Vogel, Bonn; eine große Koalition von rechten Sozialdemokraten und Christdemokraten in Sachen Rüstung also. Diesmal lag ein Vortrag des Grafen Johann Adolf von Kielmansegg bei. Nun lohnt es sich kaum, auf die üblichen Zerrbilder einzugehen, die er von der Friedensbewegung zeichnet: sie wäre ein Sammelsurium von "harten Marxisten", "einer großen Mitläuferschaft allgemein verunsicherter und unzufriedener Dauerprotestler bis hin zum gläubigen Christen, der an der Not dieser Welt verzweifelt". Wichtiger ist ein Satz, der einen Scheinrealismus zu verraten scheint, in Wahrheit aber nichts als religiös verbrämter Zynismus ist. Der Graf stellt fest, daß die Welt ist, wie sie ist. Er fährt fort: "Erst das Reich Gottes hebt diese unvollkommene, unausweichlich mit tödlichen Risiken behaftete Weltordnung auf."

Zynismus ist die Berufskrankheit des Politikers. Er beruht aber dennoch auf einer irrationalen Annahme: die Tatsache, daß die Welt so ist, wie sie ist, bedeute, daß sie auch so bleiben wird. Ob man dann noch an ein Reich Gottes glaubt, ist nicht von Interesse, für den täglichen Gang der Dinge wäre es ohnehin bedeutungslos. Christen wissen politisch auch nicht mehr als alle anderen auch. Aber ihr Glaube verbietet ihnen diesen reaktionären Scheinrealismus, den Zynismus. Die Welt ist, wie sie ist, das muß man den "Blockübergreifenden" sagen. Sie muß und sie wird nicht so bleiben, wie sie ist; das muß man der Reaktion sagen.

## Entspannung und Menschenrechte

### I.

Seit einiger Zeit kritisiert der Studentenpfarrer Ton Veerkamp die Friedensbewegung, oder besser gesagt, den Teil der Friedensbewegung, den er mit dem Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande (IKV) identifiziert. Seine Kritik ist kurz zusammengefaßt die, das sich der IKV in seiner Politik den konservativen Kräften in den Niederlanden angepaßt hätte.

Der IKV führt seit 1977 eine Kampagne unter dem Motto: "Hilf die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen - laßt uns in den Niederlanden damit beginnen." Der Widerstand gegen die Stationierung von Marschflugkörpern in den Niederlanden ist Bestandteil seiner Arbeit. Die IKV-Kampagne, so Veerkamp, hat viel Kritik von konservativen Kreisen einstecken müssen. Man beschuldigte den Interkirchlichen Friedensrat, er sei einseitig, er unterschätze die Bedrohung in und durch den Ost-Block, er arbeite im Dienste Moskaus. Die Folge sei gewesen, so meint Veerkamp in seinem Artikel (NG/FH 11/85) weiter, daß der IKV in eine Glaubwürdigkeitskrise gekommen sei. Um das Vertrauen bei der Bevölkerung zurückzugewinnen, habe der IKV seine Politik verändert, was vor allem nach der Erklärung des Ausnahmezustandes in Polen am 13.12.1981 durch seine Solidarität mit Solidarnosc und anderen unabhängigen Gruppen in Osteuropa wie z.B. der Charta 77 in der Tschechoslowakei deutlich geworden sei.

Diese Gruppen würden durch den IKV als natürliche Bündnispartner im Kampf gegen das Blocksystem anerkannt, das als Ursache des Rüstungswettlaufes und anderer Probleme angesehen werde. Veerkamp zieht den Schluß, daß diese Politik unter dem Druck von konservativer Seite konzipiert wurde. Seiner Meinung nach besteht die politische Strategie des IKV darin, die osteuropäischen Länder für das Bestehen einer Friedensbewegung wie des IKV als Preis eine Anpassung ihrer eigenen Gesellschaftssysteme an das westliche Modell bezahlen zu lassen.

Veerkamp, Berliner Pfarrer niederländischer Abstammung, der sich in der Bundesrepublik als Kenner des IKV profiliert, hat wahrscheinlich unter dem prägenden Einfluß Berlins die Situation in Holland analysiert und in jedem Fall versäumt, genauer zu lesen, was der IKV selbst über Osteuropa, Menschenrechts- und Friedensfragen publiziert hat. Aber seine Kritik ist mehr als nur ein Mißverständnis. Für Veerkamp ist die Sowjetunion der Leittragende dieses Jahrhunderts. In zwei Weltkriegen, gegen beinahe den Rest von Europa geführt (1918-1921 und 1939-1945), ist den russischen Kommunisten und dem Volk der Sowjetunion unvorstellbares Leid angetan worden. Letzteres stimmt ohne Zweifel, aber wenn Veerkamp in seinem Artikel sorglos das niederländische Volk bei den SS-Truppen Hitlers einreihet, die nach Rußland zogen, fällt das Weiterlesen schwer.

In einer Reihe von niederländischen Familien, wie auch in meiner eigenen, besteht noch viel unverarbeitetes Leid, welches uns durch die Nazis angetan wurde. Aber es scheint, als ob Veerkamp diese verletzenden Anmerkungen benötigt, um seine Meinung zu verdeutlichen: die Sowjetunion gegenüber dem Rest von Europa, zwei Formen von menschlicher Zivilisation, aber mit deutlichen Unterschieden, wobei, wenn man Veerkamp liest, unsere westliche Zivilisation kaum den Namen verdient. Die Sowjetunion hat keine andere Möglichkeit, als sich gegenüber uns mit Stärke zu verteidigen, da sie den Preis des Schwächeren kennt. Nebeneffekt ist dann auch, daß die anderen Länder des Warschauer Paktes keine andere Wahl haben, als sich freiwillig oder gezwungen der anderen Zivilisation anzupassen.

Die Friedensbewegung leugnet nach Meinung Veerkamps, daß man in Osteuropa von einer "Kultur mit westlichem Antlitz" sprechen könnte. Sie manövrierte in das Lager der Reaktion - zusammen mit Forster Dulles und seiner "Roll-back"-Theorie. Die Friedensbewegung schließe sich also in Wirklichkeit Reagans Äußerung an, daß wir es bei der Sowjetunion mit dem Reich des Bösen (oder der Barbarei) zu tun hätten.

## II.

Ich hätte mir die Mühe erspart, auf Veerkamps Artikel näher einzugehen, wäre es nicht so, daß er anscheinend einige Autorität in Kreisen der SPD genießt. Denn niemand anderes als Horst Ehmke, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, beruft sich in NG/FH 11/85 auf Veerkamps Analyse, seine und die Auffassung seiner Partei über Entspannungspolitik, Frieden und Freiheit darlegend und verteidigend.

So übernimmt er sorglos die These von Veerkamp, derzufolge der IKV (und damit die Friedensbewegung) die Entspannungspolitik von oben (d.h. das Führen von Verhandlungen und das Treffen von Vereinbarungen mit dem kommunistischen Machthabern in Osteuropa) ablehne und statt dessen eine Entspannungspolitik von unten favorisiere, die den Aufbau von Kontakten auf seiten der "zivilen Gesellschaft" (der Ausdruck stammt aus Ungarn und umschreibt den Teil der Gesellschaft, der nicht von Partei und Regierung durchdrungen ist) in Ost und West fördere. Um seine einseitigen Aktionen zu rechtfertigen, hätte der IKV - laut Ehmke - konstatiert, daß Abrüstung im Westen auch positiven Einfluß auf mehr Bewegungsspielraum um Meinungsfreiheit im Osten ausübe. Dieser "Grundfehler" im Denken des IKV werde selbst zu dessen "Strategie" (diese Termini übernimmt Ehmke von Veerkamp), nachdem Solidarnosc ab Dezember 1981 zerschlagen wurde. Die Folge dieser neuen IKV-Strategie sei gewesen, daß die Kontakte mit offiziellen politischen Organen in Osteuropa unterbrochen wurden, da diese kein Interesse an einer westlichen Friedensbewegung gehabt hätten, die das politische System Osteuropas versucht habe zu destabilisieren. Was für den IKV in dem Sinne dann noch blieb, sei Selbstüberschätzung und Eitelkeit gewesen, so entwickelt Ehmke den "roten Faden" von Veerkamp weiter.

Es ist unrealistisch zu erwarten, daß außerhalb der offiziellen Machtkader in Osteuropa, also durch eine Art Basisdemokratie, eine europäische Friedensordnung ermöglicht würde. Ehmke drückt dies noch deutlicher aus: "Entspannung von unten" läuft wegen ihres destabilisierenden Charakters letztendlich auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus.

Es ist schade, daß Ehmke sich nicht die Mühe gemacht hat, das, was er den "Grundfehler" des IKV nennt, etwas deutlicher zu beschreiben. Er wäre

wahrscheinlich zu keinem anderen Ergebnis gelangt als zu dem, daß nämlich die SPD auch stets den gleichen "Grundfehler" gemacht hat. Sein eigener Artikel steht selbst ganz und gar nicht in diesem Licht. Ehmke erklärt nämlich nicht allein, daß der "neue kalte Krieg" in Europa die Folge der Rüstungspolitik der Supermächte ist (genau dagegen wendet sich auch der IKV); er versucht auch zu beweisen, daß die Entspannungspolitik der SPD gerade auch eine Erweiterung des Spielraumes der osteuropäischen Staaten, sowohl außen- als auch innenpolitisch möglich gemacht hat. Letzteres in Form von mehr Offenheit und Erweiterung von Möglichkeiten der Bürger auf einer Reihe von Gebieten. Ich kann keinen Unterschied zu dem was der IKV beabsichtigt, erkennen.

Ein Problem ist, daß Ehmke nicht beschreibt, wo genau die politischen Probleme zwischen dem, was der IKV und die SPD beabsichtigen, dann wohl liegen. Das kann passieren, wenn man sich auf die falschen Informateure verläßt. Meiner Meinung nach liegen unsere Meinungsunterschiede nicht in der Beurteilung der ersten Phase der Entspannungspolitik, wohl aber auf anderen Gebieten, nämlich:

- Was ist die eigentliche Rolle des zivilen Sektors (im Gegensatz zum politischen Sektor) einer Gesellschaft?
- Was sind in diesem Zusammenhang die Intentionen der Entspannungspolitik?

## III.

Trotz der formellen Beziehungen, die der IKV seit 1966 mit den Kirchen unterhält, arbeitet er an den Problemen von Krieg und Frieden unter eigener Verantwortlichkeit. Der IKV funktioniert seit 1977 als eine Art politische Organisation. In diesem Jahr entschied sich der IKV, den Versuch zu unternehmen, seine politischen Ideen durch eine breite Anhängerschaft unterstützen zu lassen. Dieses geschah vor allem durch eine Kampagne, die von lokalen Gruppen und Abteilungen im ganzen Land getragen wurde (und getragen wird). Das Motto der Kampagne lautet seither: "Hilf die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen - laßt uns in den Niederlanden damit beginnen."

Ein wichtiges Motiv für die Kampagne gegen die (nukleare) Rüstung lag in der Absicht, an der Entspannungspolitik weiterhin festzuhalten. Mit großer Anerkennung und Zustimmung haben wir bis heute die entspannungspolitischen Erfolge der Sozialdemokraten (Brand/Schmidt) gewürdigt. Unserer Meinung nach lief die Entspannungspolitik Mitte der 70er Jahre Gefahr, durch die bevorstehenden Modernisierungsrunden auf dem Gebiet der Nuklearrüstung und dem Ausbleiben von neuen Regelungen und Verträgen, die den enormen Rüstungsschub hätten aufhalten können, unterzugehen.

Darum haben wir uns für europäische - und angesichts unserer Position vor allem für westeuropäische - Initiativen eingesetzt, die die Supermächte im wahrsten Sinne des Wortes "im Zaum halten" würden, und wir haben insbesondere für eigenständige Schritte einzelner Länder (innerhalb der Bündnisse) plädiert. Daher auch der Slogan: ... in den Niederlanden damit beginnen". Der IKV ist und war kein Anhänger einseitiger (nuklearer) Abrüstung, hofft jedoch, einen Prozeß unterstützen zu können, der zu einer größeren Beteiligung und Tatkraft der europäischen Länder für Frieden, weiterer Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West führen könnte.

Als gesellschaftliche Organisation haben wir an die öffentliche Meinung appelliert und mit ihrer Unterstützung die "Politik" unter Druck gesetzt. Eines der Resultate war der 6jährige Aufschub der niederländischen Entscheidung über die Stationierung von 48 Marschflugkörpern. Wohlgemerkt - dieser Aufschub geschah im Gegensatz zu dem pünktlich erfüllten Stationierungsschema anderer Länder!

Wir haben uns auch an die Kirchen und andere Schwesterorganisationen in Ost und West gewandt und um Verständnis und Unterstützung für unser Vorhaben gebeten. Gleichzeitig entwickelten sich große Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Organisationen, weil sie sich zwar alle auf den Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß richteten, meistens jedoch ihre politischen Initiativen nicht in einen Kontext einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik mündeten.

Ein ernsthaftes Handicap war, daß die Friedensbewegung in den meisten Ländern unzulänglich organisiert war, so daß ihr ein einigender Rahmen fehlte und sie oft nicht mehr als eine "Gelegenheitskoalition" von allerlei Gruppen war, die mehr als nur friedenspolitische Ziele anstrebte. In Osteuropa wurden Kontakte mit Kirchen und mit den offiziell anerkannten Friedensräten aufgenommen, aber auch mit denjenigen, die sich auf eigenständige Weise mit Friedensfragen auseinandersetzten, wie der Charta 77 und Gruppen innerhalb von Solidarnosc. Letzteres geschah auf deren Initiative hin. Nach West wie nach Ost entwickelten wir also eine "zweigleisige" Politik. Zum einen war unsere Politik auf den zivilen Sektor gerichtet. Kontakte und Gespräche über Themen des Friedens und der Sicherheit mit gesellschaftlichen Institutionen, Gruppen und Personen sollten entwickelt und unterhalten werden. Zum anderen war sie auf den politischen Sektor gerichtet: Gespräche mit politischen Parteien und Regierungen samt ihren Institutionen sollten geführt werden, um sie in Hinsicht auf die von uns erwünschten Veränderungen zu beeinflussen. Natürlich waren wir uns bewußt, daß in Ost- und Westeuropa verschiedene politische Systeme bestehen; Ausgangspunkt für uns war jedoch, daß in allen europäischen Ländern ein ziviler Sektor existiert, über den der politische Sektor einerseits staatliche Macht ausübt, auf dem andererseits aber auch seine Autorität basiert. Ohne ein Mindestmaß an Unterstützung und Legitimierung von seiten der Bevölkerung ist in einer zivilisierten Gesellschaft nun einmal schwer zu regieren.

Unsere Initiative strebte also zwei Ziele an:  
a) den Entspannungsprozeß zu intensivieren,  
b) dem Wettrüsten ein Ende zu setzen.

#### IV.

Die Behauptung, der IKV sei angesichts seiner "einseitigen" Vorschläge in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten und habe schließlich der Kritik von "rechts" nachgegeben, steht völlig im Gegensatz zur Realität. Unter Punkt III habe ich versucht zu erklären, daß unsere Politik nicht national orientiert war, in dem Sinne, als würden wir versuchen, die Niederlande von Atomwaffen zu befreien, ohne auf weitere Entwicklungen in Europa Rücksicht zu nehmen. Soweit uns konservative Gegner solche Vorwürfe gemacht haben, wurde ihnen immer auf vernünftige Weise widersprochen.

Wo dieses nicht möglich schien, sind wir auf ihre Kritik nicht weiter eingegangen. Einen Kniefall vor den "Rechten" hat der IKV nie gemacht.

Für jemanden wie Veerkamp, der schon jahrelang in einer Situation lebt, in der Verleumdungen von politischer Relevanz sind, mag es vielleicht schwer zu begreifen sein, daß die von konservativer Seite gegen den IKV eingeleitete Verleumdungskampagne, der IKV werde von Moskau gelenkt, uns wenig wichtig erschien. Sie dauerte noch keine drei Monate. Ende September 1981, als der niederländische Innenminister erklärte, daß es für solche Vorwürfe keine Spur eines Beweises gäbe, war sie vorbei.

Das war übrigens lange vor den Dezemberereignissen in Polen 1981, die nach Veerkamps Meinung auf den "Grundfehler" und den "Salto mortale" des IKV einen großen Einfluß gehabt haben. War der "Grundfehler" nun etwas anderes als das, was jede nicht eng-nationalistische politische Bewegung will, nämlich den internationalen politischen Kontext beeinflussen, und sei es auch nur am Rande? Insofern der IKV nach dem Dezember 1981 sich um so mehr damit befaßte, wie wünschenswert und erreichbar Veränderungen innerhalb Osteuropas waren, so war dies sicherlich keine Reaktion auf die "Rechte".

In dieser Hinsicht war in Holland überhaupt keine Rede von einer "Glaubwürdigkeitskrise", die durch "rechts" entzündet worden wäre. Es entsprang unseren eigenen Bedürfnissen zu verdeutlichen, wie die Veränderungen, die wir anstrebten, auch internationale Konsequenzen haben könnten. Die Tatsache, daß die Sowjetunion eine starke Friedensbewegung im Westen für wichtig hielt, gab uns damals in der Tat die Hoffnung, daß dies ein Argument gegen eine Intervention in Polen sein würde. Wir wußten auch, daß dies in der internationalen Friedensdiskussion kein ausschlaggebender Faktor sein würde, wir meinten jedoch, daß der sichtbare Machtverlust Moskaus, der sich in Polen vollzog, am besten mit einem Machtverlust auf westlicher Seite beantwortet werden könnte: weniger Kohäsion (mehr Pluralismus) in der NATO, Unterhöhnung des NATO-Doppelbeschlusses.

Wie immer man jetzt zu dieser Argumentation stehen mag, sie mit der "Roll-back"-Politik von Dulles und der Repressionspolitik von Reagan gleichzusetzen, wie Veerkamp dies tut, zeugt von wenig Einsicht.

Ehmkes Auffassung, es sei notwendig, innerhalb der NATO die eigenen europäischen Interessen (nämlich Entspannung und Rüstungskontrolle) mehr und besser zur Geltung zu bringen, steht den Ideen des IKV viel näher.

## V.

Wie gesagt, die Ost-West-Beziehungen (also die Entspannungspolitik) standen bei der IKV-Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen und auch beim Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluß von Anfang an im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sahen wir Entspannungen im Gegensatz zu vielen Parteien auch immer als etwas Unteilbares an (politische, militärische und humane Entspannung). Unserer Meinung nach kann sich Entspannung nur auf dem Gebiet der offiziellen Politik und den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West abspielen. Entspannung sollte der ganzen Gesellschaft zugute kommen.

In Westeuropa werden wir mit einem sehr beschränkten Entspannungskonzept der "Rechten" konfrontiert, das darauf hinausläuft, die wirtschaftlichen Beziehungen bis auf gewisse Ausnahmen weiter auszubauen, gleichzeitig aber die militärischen und politischen Gegensätze weiterzuführen. Um die politischen Gegensätze zu akzentuieren, versuchen konservative Politiker, die sogenannten Dissidenten zu monopolisieren. Diese mutigen Menschen dienen als politischer Beweis, auf den die "Rechte" ihre militärische Konfrontationspolitik aufbaut. In diesem Zusammenhang sind aktuelle, aus der niederländischen Situation gegriffene Beispiele kennzeichnend, nämlich die Bemerkung unseres Ministerpräsidenten Lubbers, daß Charta 77 es nicht begreifen würde, wenn die Niederlande den Doppelbeschluß nicht ausführen. Ein weiteres Beispiel ist der empörende, weil mit viel "Show" verbundene Empfang der sowjetischen Dissidentin Irina Grivnina auf dem Flughafen von Amsterdam-Schiphol durch die konservative VVD. Die auf demselben Flughafen wartenden Tamilen aus Sri Lanka, die monatelang auf ihre Einreiseerlaubnis hofften, werden sich verwirrt gefragt haben, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Hier hat eine "Hardliner"-Partei politischen Mißbrauch mit der Behandlung von Dissidenten in Osteuropa getrieben.

Das sozialdemokratische Entspannungskonzept hat zum Glück einen viel breiteren Inhalt und vor allem die politische Entspannung ("Entspannung von oben") ist mit großem Einsatz und guten Resultaten entwickelt worden. Wenn die Vorzeichen nicht trügen, wird die militärische Entspannung bald folgen, denn das vielzitierte und bejubelte Konzept der "Gemeinsamen Sicherheit" weist in diese Richtung. Doch auch die Sozialdemokraten haben der Entspannung Grenzen gesetzt. Teils als Reaktion auf den Mißbrauch der "Rechten", teils auch als Geschenk an ihre politischen "Counterparts" in Osteuropa sind sie dazu übergegangen. Die kritischen Stimmen in Osteuropa haben jedenfalls in der großen "Annäherungsarbeit" zwischen Ost und West kaum Platz bekommen und werden heute fast ganz überhört.

Ich neige dazu, dies einen Grundfehler der sozialdemokratischen Entspannungspolitik zu nennen, der außerdem zu einem System ausgebaut worden ist. Ehmke verdeutlicht dies in seiner Darlegung, denn er bezeichnet das politische System in Osteuropa als ein System, das zwar im Dienste des Menschen entwickelt wurde, aber seine Beschlüsse ohne Beteiligung und Mitbestimmung seiner Bürger fällt. Ehmke meint weiter, daß die Entspannungspolitik das Verhältnis zwischen Macht und Bürgern in Osteuropa erträglicher gemacht hat, denn Menschen lassen sich nun einmal nicht gerne bevormunden.

Es ist ein Spielraum entstanden, der sich unter anderem in der Tatsache zeigt, daß jetzt beinahe jeder in der DDR das BRD-Fernsehen ungestört empfangen kann und darf, daß man in Ungarn und Polen bei Wahlen unter zwei Kandidaten wählen kann, daß ein größerer wissenschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Austausch mit dem Westen stattfindet und dergleichen mehr. Hiermit aber, so scheint Ehmke zu warnen, soll sich der Bürger in Osteuropa zufriedengeben. Der Anspruch auf politische Freiheit und der Respektierung individueller Menschenrechte, u.a. wie ihn die Charta 77 erhebt, ist, so meint Ehmke, unakzeptabel für da kommunistische Regime. Ehmke, unakzeptabel für da kommunistische Regime. Ehmke bedauert dieses, kennt selbst keine Alternative und scheint schließlich zu dem Seufzer zu kommen: "Ihr werdet damit leben müssen." Dies ist eine Bevormundung der osteuropäischen Bürger, die sich für mehr Freiheit einsetzen.

Außerdem kann Ehmkes Meinung verheerende Folgen haben. Denn jeder Sozialpsychologe kann heute bestätigen, daß in dem Maß, in dem Menschen

von oben größere Möglichkeiten geboten bekommen, ihre Forderungen nicht abnehmen, sondern eher größer werden. Zufriedenheit wird erst auftreten, wenn die Bürger Mitbestimmungsrechte über die eigene Lebenslage bekommen. Das weiß man in Osteuropa genauso gut wie bei uns. Ehmke scheint gegenüber dieser schlichten Wahrheit "den Kopf in den Sand" zu stecken. Er kommt, was die Dissidenten in Osteuropa betrifft, zu Verlegenheitsformeln wie: moralisch haben sie recht, dessen müssen sich auch die Sozialdemokraten bewußt sein, aber in der Politik geht es eben um Erfolge, nicht um die richtige Gesinnung. Indessen schreibt er zuvor, daß die gesellschaftliche Dimension der Entspannung in Europa, einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidenten, ganz bestimmt "zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen" gemacht werden solle.

## VI.

"Entspannung von unten" ist eine Ergänzung zur "Entspannung von oben". Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das eine geht nicht ohne das andere. Sie brauchen einander. "Entspannung von unten" ist aber mehr als eine Folge der "Entspannung von oben". Sie hat auch eine eigene Dynamik. Politiker täten gut daran, dies zu erkennen und es schätzen zu lernen. Die Angst, die ich bei Ehmke und anderen Sozialdemokraten wahrnehme, daß nämlich "Entspannung von unten" - also das eigenständige und gemeinsame Vorgehen von Gruppen in Ost und West - auf Kosten der politischen Entspannung ginge, ist verständlich, aber sie wird wohl überwunden werden müssen. Eine konstruktive Wechselwirkung und Zusammenarbeit zwischen "unten" und "oben" ist eine Notwendigkeit.

Solange sie weiterhin als Gegensatz gesehen werden, läuft es tatsächlich auf eine "selffulfilling prophecy" hinaus. Dann entsteht eine Stimmung (in Ost- wie Westeuropa), in der gesagt wird: die Sozialdemokraten verhandeln nur mit den Machthabern, aber die "gewöhnlichen" Bürger werden dabei übersehen. Die können und sollen sich sogar mit den Früchten der "Entspannung von oben" begnügen. Gegen diese Arroganz der Macht in dem Sinne wie "Für sie, aber ohne sie" wird in der Friedensbewegung mit Recht demonstriert. Als Reaktion ist - und diesmal zu Unrecht - Skepsis hinsichtlich "Entspannung von oben" gewachsen. In Osteuropa zeigt sich dies in noch viel schärferer Form. Wer einmal Polen besucht hat, wird (mit Schrecken) die

große Sympathie für "rechts" entdeckt haben, denn "die" (Reagan etc.) fassen die Machtgaber in Osteuropa wenigstens nicht mit seidenen Handschuhen an! Der IKV ist sich dessen völlig bewußt, daß "Entspannung von unten", solange dieses von der "Entspannung von oben" getrennt ist, das Risiko trägt, von der Politik der "Rechten" mißbraucht zu werden, mit der Folge, daß von Entspannung überhaupt nicht mehr die Rede sein wird.

Aber die Sozialdemokraten ihrerseits werden zugeben müssen, daß eine Orientierung ausschließlich auf "Entspannung von oben" auf die Dauer auch an Grenzen stößt. Denn Bürger wollen nicht nur Empfänger der (Wohl-)Tätigkeit der Politik sein; sie wollen auch mitspielen, selbst Verantwortung tragen für die Ost-West-Beziehungen (an ihrer Stelle in der Gesellschaft). Dieses eigene Einbringen ist ein wesentlicher Aspekt dessen, was die Legitimierung von Macht genannt wird. Man kann, so haben die Machthaber in verschiedenen osteuropäischen Ländern richtig erkannt, keine Wirtschaft auf der Grundlage einer alles erstickenden Bürokratie in Gang halten, wie schön die 5- oder 10-Jahrespläne auch immer aussehen mögen. Es muß Raum geschaffen werden, in dem Menschen eigene Initiativen ergreifen können. Gewiß, innerhalb eines Gesamtrahmens, aber dennoch. Erst dann werden Bürger wirkliches Vertrauen in die 5-Jahrespläne in Osteuropa setzen.

Mit der Entspannungspolitik zwischen Ost und West ist es im Grunde nicht anders. Auch da fordern Bürger das Recht "sich einzubringen", ein eigenes "Input" in die Diskussion über die (nukleare) Rüstung zu bekommen, um zusammen mit ihren Partnern in anderen Ländern Wege zu suchen, die den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß stimulieren könnten. Auch die Friedensbewegung fordert dieses Recht und beruft sich dabei auf die Politik von "links", insbesondere auf die sozialdemokratische Entspannungspolitik. Denn "Entspannung von unten" braucht einen politischen Rahmen, einen Gesamtrahmen, der Ost- und West umfaßt und deshalb nie von "rechts" geliefert werden wird, weil rechte Politik auf Konfrontation setzt und Osteuropa eher ausschließt als durch eine geeignete Politik einbezieht.

Nach Meinung des IKV könnte politische Entspannung ("Entspannung von oben") in einer zweiten Phase die Voraussetzungen schaffen, unter denen Kontakte und Beziehungen zwischen den verschiedenen Einrichtungen, Gruppen und Personen aus den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen

besser und eigenständiger gedeihen können. Ehmke zeigt, wie groß die Verführung für einen Politiker, eine politische Partei oder eine Regierung ist, sowohl in West- als auch in Osteuropa die Eigenständigkeit zu vergessen und so zu tun, als ob politische Macht imstande wäre, sich selbst zu legitimieren, folglich kein "Gegenüber" brauche, weil es immer möglich sei, den Bürger gefügig zu machen. Auch er versucht, durch Propaganda und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, Macht zu erwerben. Dies ist an und für sich noch nicht einmal schlecht und paßt zu unseren Auffassungen von Demokratie. Aber politische Macht muß sich um Legitimität bemühen, wenn von Demokratie die Rede sein soll. "Vertrauen" ist demnach so etwas wie ein Tauschmittel, das die Gesellschaft einer "guten" politischen Macht gegenüber erbringt. Ein Politiker wird daher auf das Anpreisen seiner Erfolge viel Zeit verwenden, was Ehmke auch tut. Aber es ist schließlich wohl eine selbständige Entscheidung des Bürgers - der Kunde ist König -, ob er der Staatsmacht sein Vertrauen schenkt. Und der Bürger wird sich dazu entschließen, falls er sich auch frei im Sinne von verantwortlich für die Gewalt fühlen kann, die über ihn ausgeübt wird. Das gilt überall, in West- und Osteuropa - unabhängig vom Gesellschaftssystem. Bei einem Mehrparteiensystem sind die Möglichkeiten, um "Vertrauen" zu werben größer, als in einem Land mit nur einer Partei. Außerdem kann dies auch in einer tückischen Weise geschehen: Die eigene Partei - sagen wir die SPD - kann immer auf die in ihren Augen schlechte Führung der CDU/CSU hinweisen, und dann den Verlust an Vertrauen zu den Christdemokraten als Gewinn für die Sozialdemokraten verbuchen. Das erste mag wahr sein, das zweite ist ein Trick, der in den abendländisch-parlamentarischen Demokratien nur allzuoft angewendet wird. In den kommunistischen Staaten Osteuropas ist die Partei in dieser Hinsicht vis-a-vis der Bevölkerung viel verletzbarer. Sie versucht, diese Verletzlichkeit zu verringern, indem sie den Bürgern allerlei Beschränkungen auferlegt, namentlich im Bereich der Freiheit der Meinungsäußerung. Die oft harten Maßnahmen gegenüber sog. Dissidenten bilden die Exzesse dieser Führung. Dennoch aber entkommt auch in einem Einparteiensstaat die Partei der Notwendigkeit einer Legitimierung nicht. Wenn sie nicht in eine Diktatur entarten will, so wird sie ihrer Bevölkerung den Raum geben müssen, der notwendig ist, um "Vertrauen" zurückzuerhalten zu können. Wer den Entwicklungen in Osteuropa folgt, erkennt, daß die dortigen Regierungen sich dieses Dilemmas durchaus bewußt sind. Und es ist nicht abzustreiten, daß in verschiedenen osteuropäischen Ländern allmählich mehr Freiraum entsteht.

"Entspannung von oben" stößt wie jede Politik (von oben) auf Grenzen in der Gesellschaft, die nur dadurch verlegt werden könnten, indem der Raum geboten wird, sich eigenständig einzubringen. Die Geschichte des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR zeigt dies treffend. Ehmke versteht dies schon, aber er fügt sich meines Erachtens zuviel in ein noch herrschendes osteuropäisches Machtdenken ein, das davon ausgeht, daß man der Bevölkerung nur begrenzten Freiraum gönnen darf. Ein eigenes Einbringen wird (aus welchem Grunde auch immer, Angst vor Machtverlust vielleicht) ausgeschlossen.

Gerade wegen der Erhaltung der Macht auf demokratischer Basis müßte diese Angst meines Erachtens überwunden werden. "Entspannung von unten" braucht meiner Ansicht nach auch keineswegs eine Destabilisierung des politischen Systems in Osteuropa zur Folge zu haben, sogar eher das Gegenteil. Weshalb könnten Sozialdemokraten solches nicht ihren politischen Partnern in Osteuropa sagen?

## VII.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen erhebt sich natürlich die Frage, wohin dies alles in der praktischen Politik führt. Für den Anfang werden eine Reihe von Hindernissen im Ost-West-Verhältnis ausgeräumt werden müssen. Eines der Hindernisse ist, und darin bin ich mit Ehmke völlig einig, die Konfrontation (in Europa) zwischen den Supermächten. Übrigens möchte ich dazu anmerken, daß die europäischen Länder gewöhnlich den Supermächten jeglichen Freiraum geben, ihren Wettbewerb hier auszufechten. Die SPD wird doch nicht leugnen wollen, daß sie für den NATO-Doppelbeschuß eine schwere Verantwortung trägt und meines Erachtens kann man nicht alle Probleme, die dieser Beschuß auch für andere Länder, die eigentlich nur um der Bundesrepublik willen am Beschuß festhalten mußten, mitgebracht hat, auf das Konto der Vereinigten Staaten schreiben. Es wird jedoch über eine andere Beziehung mit den Vereinigten Staaten im Sinne der Entspannungspolitik im politischen als auch im militärischen Bereich nachgedacht werden müssen. Die materielle Ausstattung der NATO muß auf die Tagesordnung kommen. Dabei geht es sowohl um den Umfang der amerikanischen militärischen (und insbesondere

nuklearen) Präsenz in Europa - ich möchte auch für eine weitere Ausarbeitung der Ideen von Andreas von Bülow in dieser Angelegenheit plädieren - als auch um den Grad der militärischen Integration. Von Bülow geht, was dies anbelangt, meines Erachtens in die falsche Richtung.

Im Grunde entwirft er doch so etwas wie eine "westeuropäische Armee" mit einem "vorwärts" orientierten Verteidigungskonzept, wobei der Hubschrauber als modernes Ersatzmittel für den Panzer lanciert wird. Wenn wir von den militärischen Bedenken gegen diese alternative Maginotlinie absehen, so bestätigt diese Auffassung die Teilung in Europa und sie zwingt vor allem die Sowjetunion zu einer hundertprozentigen militärischen Präsenzstärke in Osteuropa, besonders in der DDR.

Ich plädiere jedoch nicht für die Abschaffung der NATO und des Warschauer Paktes. Wohl aber muß man versuchen, eine Politik zu machen, bei der die Symbole der bi-polaren Sicherheit (NATO und Warschauer Pakt) sich allmählich den Regeln der gemeinsamen Sicherheit anpassen müssen. Dabei liegt es nahe, daß eher weniger als mehr militärische Integration intendiert wird, sowohl in den NATO als auch im Warschauer Pakt. Vor allem müssen die Sowjetunion wie auch die Vereinigten Staaten davon überzeugt werden, daß sie sich - vielleicht bis auf einen symbolischen Rest - hinter ihre eigenen Grenzen zurückziehen müssen.

Meiner Meinung nach muß eine gemeinsame Sicherheit mit der Fortsetzung des Helsinki-Prozesses verbunden werden. In Europa muß der KSZE viel mehr Bedeutung beigemessen werden als bisher. Sie sollte so schnell wie möglich institutionalisiert werden, und zwar deshalb, damit letzten Endes verhindert wird, daß andere (neue) bi-polare Formen der militärischen Integration, zum Beispiel die WEU oder IEPG Bedeutung gewinnen. Im Helsinki-Abkommen sind die verschiedenen Elemente des Entspannungsprozesses verbunden. Der Zusammenhang ist von größter Bedeutung und müßte endlich auch einmal als solcher verstanden und honoriert werden. Dabei darf der dritte Korb der humanitären Kontakte nicht (mehr) als Einzelfall betrachtet werden, wodurch die Parteien erneut in politische Gegensätze verstrickt würden. Diese ideologische Abkoppelung des dritten Korbes führt unmittelbar dazu, daß auch die anderen Körbe entkoppelt werden, was früher oder später zu einer Stagnation auf allen Gebieten führen wird.

Der IKV hat in seinem vor kurzem erschienenen Programm vorgeschlagen, daß die Mitgliedsstaaten der KSZE auch untereinander (bilaterale) Helsinki-Abkommen abschließen sollten. Dies gilt selbstverständlich vor allem für die Länder der NATO und des Warschauer Paktes. "Helsinki" ist die vorläufige Krönung im Entspannungsprozeß und dieses Abkommen muß so kreativ wie möglich weiter ausgebaut werden. Der IKV plädiert in diesem Zusammenhang dafür, daß die Regierungen in Ost und West das, was wir eine "Politik der Kontakte" genannt haben, zu gestalten. Eine solche Politik muß vor allem dazu führen, daß die Menschen in Ost und West miteinander Kontakte aufnehmen können. Es ist offensichtlich, daß auch für die eigenen Initiativen aus der Bevölkerung viel Freiraum benötigt wird.

Es würde zu weit führen, um an dieser Stelle auch noch unsere Ideen über das Verhältnis von EG und RGW zu erörtern und mehr im allgemeinen über die Frage nachzudenken, wie wirtschaftliche und andere Kontakte zwischen Ost und West angeregt werden können. Auch auf diesen Gebieten plädieren wir für zahlreiche Maßnahmen, welche der Entspannung (als europäisches Sicherheitsinteresse!) einen mehr strukturellen Charakter geben, statt eines konjunkturellen Charakters, wie dies zur Zeit durch die klimatologischen Schwankungen in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion der Fall ist. Der IKV hat im Lauf der Jahre die Erfahrung gemacht, daß es kaum ein Gebiet gibt, wo man so rechthaberisch ist wie auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit. Ost und West verketzern einander. Das gilt oft auch für Regierungen und Friedensbewegungen in westlichen Ländern. Dissidenten werden in Osteuropa mißbraucht und malträtirt. Und auch die sozialdemokratischen Parteien äußern laute und böse Töne in Richtung Friedensbewegung und umgekehrt. Ein jeder glaubt von sich, nur er habe recht; und alles im Namen des Friedens. Ist es nicht an der Zeit, daß wir etwas kreativer miteinander umzugehen? Falls dies bejaht wird, müssen wir uns auch die Zeit nehmen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und einander zuzuhören. Dem direkten Gespräch sollte dabei der Vorzug gegeben werden, um "Verzerrungen" durch dritte Personen zu vermeiden.

## Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik

In der europäischen Friedensbewegung ist ein Streit ausgebrochen, der hohe Aufmerksamkeit verdient. Unter dem Schlagwort "Gegen die Entspannungspolitik von oben, für eine Entspannungspolitik von unten" wird eines der Grundthemen der Auseinandersetzung aufgegriffen, die in den 70er Jahren um die Ostpolitik geführt worden ist: Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung unserer Politik ihm gegenüber.

Der Streitstand in der Friedensbewegung kann wie folgt skizziert werden: Während die einen die sozialdemokratische Entspannungspolitik positiv würdigen, jetzt aber einen neuen Ansatz für erforderlich halten, lehnen die anderen diese Politik als "Entspannungspolitik von oben" (durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit den kommunistischen Machthabern im Osten) ab. Sie fordern statt dessen eine "Entspannungspolitik von unten" - durch Friedensbewegungen in West und Ost. Eine "Friedensbewegung von unten" im Osten aber kommt in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern.

Ein Mitglied der Friedensbewegung, der Westberliner Studentenpfarrer Ton Veerkamp, hat versucht, diese Entwicklung am Beispiel des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande, eine der einflußreichsten Gruppen der westeuropäischen Friedensbewegung, nachzuzeichnen (s.a. den Artikel von T. Veerkamp in diesem Heft; Red.). Um Einfluß auf die staatlichen Entscheidungen in der Raketenfrage zu gewinnen, habe der Interkirchliche Friedensrat nicht nur seine Kompetenz, sondern auch seine Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen müssen. Dabei habe er sich gegen eine Kampagne der Rechten wehren müssen, seine Aktivitäten stünden im Solde Moskaus. Der Friedensrat habe diese Diffamierung mit dem Hinweis beantwortet, Abrüstung im Westen nehme dem Osten nicht nur ein Argument für seine eigene Rüstung, sondern auch für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Ostblock. Das Anwachsen der Friedensbewegung diene also - die

polnische Solidarnosc beweise es - der Entwicklung der Freiheit im Osten. Als die Solidarnosc dann im Dezember 1981 zerschlagen wurde, gabe der Friedensrat seinen Grundfehler, die eigene Glaubwürdigkeit vom Verhalten kommunistischer Regime abhängig zu machen, geradezu zu einem System ausgebaut: Solidarnocs, Charta 77 und ähnliche Gruppen seien zu den natürlichen Verbündeten der westlichen Friedensbewegung ernannt worden. "Detente von oben" sei gescheitert, "Detente von unten" aber erfordere Entfaltungsfreiheit für die Opposition auch im Ostblock und daher den schrittweisen Abbau seines innenpolitischen Systems.

Als Folge dieser "Politik", schreibt Veerkamp, hätten diese Teile der Friedensbewegung aufgehört, von den politisch entscheidenden Kräften im Osten - und das seien nun einmal die kommunistischen Parteien - als Gesprächspartner ernstgenommen zu werden. Diese "Entspannungspolitik von unten" sei in Wahrheit keine Politik, sondern nur eine moralisch empörte Reaktion auf die Reflexe des Ostens. Sie werde mit Sicherheit noch weniger bewirken als die "Entspannungspolitik von oben" bisher bewirkt habe.

Veerkamps Kritik an der von ihm beschriebenen Tendenz muß noch erweitert werden: Diese läuft Gefahr, Entspannungspolitik ernsthaft zu verhindern, indem sie die kommunistischen Parteien auf Gegenkurs zu ihr bringt. Und sie trägt zur Illegalisierung von Friedens- und Protestgruppen im Ostblock bei.

Im übrigen kann der konstruierte Gegensatz zwischen "Entspannungspolitik von oben" und "Entspannungspolitik von unten" praktisch nicht durchgehalten werden. Die Annahme, man könne über die Köpfe der Regierungen in West und Ost hinweg eine europäische Friedensordnung basisdemokratisch herbeizaubern, ist eitle Selbstüberschätzung. Friedenspolitik braucht beides: Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger. Welche Unterschiede in Sachen Entspannungspolitik zwischen einer sozialdemokratisch geführten und einer konservativen Regierung bestehen, erleben wir gerade in der Bundesrepublik. Andererseits hat die SPD lernen müssen, daß sie auch als "gouvernementale" Partei die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung durch Friedensarbeit mit den Bürgern nicht vernachlässigen darf. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung ist zugleich Vertrauensarbeit.

Bei kritischer Betrachtung der Diskussion in der Friedensbewegung will es mir scheinen, daß die beschriebene Tendenz weniger einer Selbstüberschätzung nach außen als einer inneren Unsicherheit entspringt. Die Friedensbewegung, die als Anti-Raketen-Bewegung, als "one-cause-pressure-group" eine klare Niederlage erlitten hat, möchte ihre bisherige Beschränkung durch Entwicklung eines breiteren und tragfähigeren politischen Konzepts überwinden. Ihre Zuwendung zu Dissidenten-Gruppen in Osteuropa ist unter zwei Aspekten zu sehen: dem ihres Verhältnisses zur innenpolitischen Rechten, unter deren Diffamierungsdruck sie steht, und dem ihres Verhältnisses zu dem im Ostblock etablierten Kommunismus als außenpolitischem Faktor.

Um mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zur innenpolitischen Rechten zu beginnen: Der Vorwurf der Rechten, "im Solde Moskaus" zu stehen, ist nicht nur gegen die Arbeit der Friedensbewegung, sondern auch gegen die Politik der deutschen Sozialdemokraten erhoben worden. Der Interkirchliche Friedensrat der Niederlande weiß so gut wie die deutsche Sozialdemokratie, daß es dabei nicht um das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um die "Tradition" der Rechten, Fragen der Außenpolitik gegenüber den kommunistischen Staaten als Diffamierungsknüppel in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen. Die deutschen Unionsparteien haben diese Diffamierung noch in jedem Bundestagswahlkampf betrieben. 1987 wird es nicht anders sein.

Doch obwohl der Antikommunismus - über die demokratische Ablehnung totalitärer Systeme hinaus - aufgrund von 12 Jahren Nazipropaganda, vor allem aber aufgrund des Erlebens und Erleidens der einmarschierenden Roten Armee tief im Bewußtsein und Unterbewußtsein unseres Volkes verankert ist, haben sich die deutschen Sozialdemokraten in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock nie die billigen Klischees der Rechten zu eigen gemacht. Die Sozialdemokraten verfügen - von der Teilung der Arbeiterbewegung angefangen bis zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Ostzone - in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem Bindestrich-Dogmatismus des Marxismus-Leninismus über mehr Erfahrung als alle Konservativen zusammen. Die Nichtanpassung an die Rechten ist eine entscheidende Voraussetzung nicht nur für eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, sondern auch für die immer wieder erneute Erarbeitung und Erkämpfung der innenpolitischen

Voraussetzungen einer aussichtsreichen Friedenspolitik durch gesellschaftliche Bewußtseinsbildung.

Der zweite Aspekt, das Verhältnis zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als einem außenpolitischen Faktor, ist weitaus komplizierter. In der Analyse der sowjetischen Politik und in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber haben wir immer zwei Faktoren zugleich zu berücksichtigen: Macht und Ideologie. Und um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Eine Politik der "Destabilisierung" der Ostblockstaaten "von unten", läuft - ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer "Destabilisierung" der kommunistischen Regime "von außen" - im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus. Fühlen sich Teile der westeuropäischen Friedensbewegung in Nachbarschaft zu solchen rechten Kräften wirklich wohl? "Strange bedfellows"!

Die schwierigeren Aspekte unseres Verhältnisses zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als außenpolitischem Faktor werden deutlich, wenn man sie im Lichte der Frage nach Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung der Entspannungspolitik betrachtet. Grundziel der Entspannungspolitik ist die Herausbildung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa. Dieses Ziel soll nach Vorstellung der Sozialdemokraten durch die Entwicklung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme erreicht werden. Daher ist zu Recht gesagt worden, daß die Entspannung zwischen den Staaten oder gar deren "Koexistenz", die ideologische Auseinandersetzung, den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme keineswegs beenden kann.

Da aber Partnerschaft der Staaten bei Feindseligkeit (statt nur Gegensätzlichkeit) der Gesellschaftssysteme immer gefährdet sein würde, und die Entspannungspolitik angesichts der Gemengelage von Macht und Ideologie notgedrungen auch auf die innenpolitische und die ideologische Entwicklung einwirkt, muß auch die innere Dimension der Entspannung in Europa, einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidentengruppen im Osten, zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen gemacht werden. Die Sozialdemokraten sollten daher die Diskussion in der Friedensbewegung insoweit durchaus auch selbstkritisch aufnehmen.

So unbestreitbar die Erfolg oder sozialdemokratischen Entspannungspolitik sind, so unbestreitbar ist dies in den 80er Jahren steckengeblieben, was zugleich Rückschritt bedeutet hat. Die Gründe dafür lagen aber weniger im Bereich der ideologischen als in dem der Großmacht-Konkurrenz. Die Ursachen für das Steckenbleiben der Entspannungspolitik im Großmacht-Bereich sehe ich in folgendem:

Einmal ist die Eigendynamik des Wettrüstens unterschätzt worden. Die Annahme, daß der Abbau von politischen Spannungen nicht nur zu vielfacher Zusammenarbeit führen, sondern schließlich auch - quasi "automatisch" - eine Verminderung der Rüstungen nach sich ziehen werde, hat verkannt, daß das Wettrüsten nicht nur eine Folge, sondern inzwischen eine der Hauptursachen der heute existierenden Spannungen ist. Entspannungspolitik und Wettrüsten sind jahrelang nebeneinander hergelaufen, bis schließlich klar wurde, daß entweder die Entspannungspolitik in der Form von Rüstungskontrolle und Abrüstung auch im militärischen Bereich zum Zuge kommen, oder aber scheitern muß.

In der Eigendynamik des Wettrüstens kommt zugleich - in beiden Systemen - nicht nur die Eigendynamik der militärisch-industriellen Komplexe, sondern auch die Dynamik der Großmachtinteressen zum Ausdruck. So versuchen die Großmächte z.B. nicht nur, ihre Interessen in ihren "Hinterhöfen" mit allen Mitteln durchzusetzen, in Afghanistan ebenso wie in Nicaragua oder auf Grenada. Sie entziehen sich auch in zweifelhafter Gemeinsamkeit ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag zu nuklearer Abrüstung. Um ihre Großmachtinteressen weltweit zur Geltung zu bringen, scheuen sie auch nicht vor offener Konfrontation zurück, ohne Rücksicht auf die Interessen der kleineren Staaten. Diese sehen sich daher vor die Frage gestellt, wie sie ihr Eigeninteresse an einem entschlossenen Neuanlauf in der Entspannungs- und Rüstungskontroll-Politik zur Geltung bringen können, statt nur einfach den Reflexen der Großmächte zu folgen. Für die Sozialdemokraten sind die Politik der Sicherheitspartnerschaft und die Politik der Selbstbehauptung Europas daher zusammengehörige Aspekte einer zweiten Phase der Ost- oder richtiger der West-Ost-Politik.

Auch die Machtfaktoren, die die Entspannungspolitik der 70er Jahre abgebremst haben, sind - um auf das Thema der Ideologie zurückzukommen - mit ideologischen Faktoren verschränkt. Für die Sowjetunion ist z.B. Osteu-

ropa nicht nur ein im Zweiten Weltkrieg mit großen Opfern erkämpftes sicherheitspolitisches Glacis, sondern auch - nach langer Isolierung der Sowjetunion als einzigem sozialistischen Staat - ein wichtiger Bestandteil der "sozialistischen Staatenwelt". Umgekehrt ist für den Westen (und nicht nur für den Westen) die Teilung Europas nicht nur eine Frage des Friedens, sondern auch eine Frage der Menschenrechte. Oder, um ein Beispiel außerhalb Europas zu wählen: Der Einmarsch der Roten Armee in den Pufferstaat Afghanistan war nicht nur eine Fortsetzung zaristischer Expansionspolitik, sondern auch ein Akt des "proletarischen Internationalismus" bzw. der internationalistischen Solidarität der Sowjetunion mit allen sozialistischen Regimen. Umgekehrt ist für die Vereinigten Staaten ihre kaum noch verdeckte militärische Intervention auf Grenada nicht nur eine Machtfrage, sondern auch eine Frage der Bekämpfung oder wenigstens Eindämmung revolutionärer Ideologien in dieser Region.

Trotz dieser Gemengelage von Macht und Ideologie und trotz der Festigkeit der beiderseitigen gesellschaftspolitischen Überzeugungen hat der ideologische Gegensatz die Entspannungspolitik aber in weit geringerem Maße konterkariert, als Teile der Friedensbewegung heute anzunehmen scheinen. Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß die ideologische Ausgangsfrage zu Beginn der Entspannungspolitik nicht lautete, ob die Ostblock-Regime die ideologischen und innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik würden verkraften können. Am Anfang stand vielmehr die besorgte Frage vieler Konservativer im Westen, ob die Entspannungspolitik nicht ein trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch der Kommunismus und die Weltrevolution in die Bundesrepublik nach Westeuropa eingeschleust werden würde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß für Berührungängste oder gar Unterlegenheitsgefühle gegenüber den Kommunisten kein Grund besteht, daß Demokraten die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme vielmehr mit Selbstbewußtsein führen müssen und führen können. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, sind in den Jahren der Entspannungspolitik nicht stärker, sondern schwächer geworden - woran auch die Wirtschaftskrise mit ihrer ho-

hen Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert hat. Die Kommunisten, auch die DKP, haben zwar Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, das hat aber weder ihr Abschneiden bei den Wahlen verbessert, noch zu einer Dominierung der Friedensbewegung durch sie geführt. Darüber hinaus hat sich, ausgelöst durch die von Chruschtschow eingeleitete und vom XX. Parteitag der KPdSU bestätigte Entstalinisierung, in Westeuropa eine Entwicklung zum Reformkommunismus durchgesetzt, die ihren bemerkenswertesten Ausdruck im "Euro-Kommunismus" der italienischen Kommunisten unter Enrico Berlinguer gefunden hat. Auf der Ostberliner Konferenz vom Herbst 1976 haben die jugoslawischen, italienischen und spanischen Kommunisten gegenüber der KOMINTERN-Tradition eines von Moskau gesteuerten Welt-Kommunismus, das Recht ihrer Länder und eines jeden Landes auf den "eigenen Weg zum Sozialismus" erfolgreich behauptet.

Die Tatsache, daß heute - entgegen der kommunistischen Verheißung - auch zwischen sozialistischen Staaten Kriege geführt werden, wirkt in außenpolitischer Hinsicht in ähnlicher Weise weltweit desillusionierend wie die Aufdeckung der Verbrechen Stalins innenpolitisch desillusionierend gewirkt hat. Das ist einer der Gründe dafür, daß die KOMINTERN-Tradition der Weltrevolution nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt an Anziehungskraft und Einfluß verloren hat. Hatte die Sowjetunion schon aus der Dekolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg weniger Vorteile ziehen können, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre, so hat der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik in der Dritten Welt entscheidend geschwächt. Attraktiv für die Dritte Welt ist heute eher der chinesische Kommunismus, der für das volkreichste Entwicklungsland der Welt das Ernährungsproblem gelöst hat, während die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer Getreide importieren muß.

Außerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks ist der ideologische Einfluß des Moskauer Kommunismus in der Entspannungsperiode also nicht stärker, sondern schwächer geworden. Aber nicht nur das. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die ideologischen Auswirkungen der Entspannungspolitik innerhalb des Ostblocks nicht dessen Abwendung von ihr bewirken könnten. Auch diese Frage ist m.E. zu verneinen. Sie ist allerdings sehr komplex.

Von Anfang der Entspannungspolitik an war deutlich, daß das sowjetische Interesse an ihr nicht nur dem sicherheitspolitischen Interesse des Ostblocks am Frieden und der Erhaltung des territorialen Status quo, wie er sich aus dem Hitler-Krieg ergeben hat, entsprang. Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte der Sowjetunion - die nur militärisch, nicht aber wirtschaftlich und technologisch eine den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtige Großmacht ist - zugleich helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Außerdem erhoffte sich die Sowjetunion von der Kooperation mit dem Westen einen Beitrag zur inneren Stabilisierung der osteuropäischen Staaten durch Hebung des Lebensstandards. Für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten hatte die Entspannungspolitik also von Anfang an auch eine innere Dimension.

Will man den Spielraum für innenpolitische Auswirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock ausloten, müssen zwei Tatsachen gesehen werden: Erstens die Tatsache, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion, die innere Lage in den osteuropäischen Staaten zu stabilisieren nicht eine Folge der Entspannungspolitik ist, sondern eine Folge der Gleichschaltung dieser Staaten im Kalten Krieg (die seinerzeit übrigens unter Ausschaltung auch der national-kommunistischen Kräfte erfolgt ist). Das zeigen die Aufstände in der DDR, Ungarn und Polen in den 50er und 60er Jahren ebenso wie der "Prager Frühling", der Ende der 60er Jahre mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammenfiel.

Zweitens muß die Tatsache klar gesehen werden, daß die Entspannungspolitik nichts an der Entschlossenheit der Sowjetunion ändern kann, ihr im 2. Weltkrieg gewonnenes osteuropäisches Glacis unter allen Umständen zu halten. Das zeigt der Einmarsch des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Daß in Polen, anders als 1968 in Prag, keine sowjetischen Truppen einmarschiert sind und die zwei im Lande stationierten sowjetischen Divisionen in den Kasernen blieben, war ein wichtiger Unterschied. Dieser Unterschied ist nicht allein auf die Entspannungspolitik, sondern auch auf die Besonderheit der inneren Lage Polens zurückzuführen. An dem Grundtatbestand ändert er nichts.

Es ist also durch Erfahrung erhärtet, daß eine Politik, die die Ostblock-Regime - sei es nun "von außen" oder aber "von unten" - destabilisieren

wollte, weder der Entspannung noch dem Frieden dienen könnte. Damit ist aber das Thema der innenpolitischen Wirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock keineswegs erschöpft, sondern nur der Spielraum für derartige Entwicklungen umrissen.

Die innere Lage in den einzelnen osteuropäischen Staaten ist bekanntlich, wenn man etwa Ungarn mit Rumänien vergleicht, sehr unterschiedlich. Wie an dem uns besonders naheliegenden Beispiel der DDR deutlich geworden ist, haben die Regime im Osten aber die Entspannungspolitik insgesamt gesehen innenpolitisch und ideologisch erstaunlich gut verkräftet. Das gilt gerade auch für die DDR, obwohl sie sich ihrer Sache im geteilten Deutschland - wie auch noch das "verfeinerte" Grenzregime zeigt - keineswegs sicher ist. Die Vorstellung eines intensiven Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustauschs mit dem Westen und eines jährlichen millionenfachen Besucherstroms aus der Bundesrepublik dürfte bei den Sicherheitsorganen der DDR ursprünglich Alpträume von der Ansteckung der DDR-Bevölkerung durch den Bazillus des "Sozialdemokratismus" ausgelöst haben. Heute aber läßt die DDR nicht nur den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu, sie speist es inzwischen sogar durch ihr eigenes Kabelnetz in Regionen ein, in denen es mit der Antenne nicht empfangen werden kann.

Das liegt nicht nur daran, daß der "Goldene Westen" inzwischen durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit viel von seinem "Wirtschaftswunder"-Glanz verloren hat. Auch nicht nur daran, daß das Satelliten-Fernsehen die Empfangsmöglichkeiten ohnehin revolutionieren wird. Die entscheidende Tatsache scheint vielmehr zu sein, daß die im Zuge der Entspannungspolitik erfolgte innere Öffnung offensichtlich auch im Interesse des Regimes liegt.

Diese Öffnung mag zwar einerseits Ausreisewünsche vervielfachen oder aber zu verstärkter öffentlicher Kritik durch anwachsende Dissidenten- und Friedensgruppen führen: "Schwerter zu Pflugscharen"! Sie dient andererseits aber auch, wie insbesondere an der Person Erich Honeckers deutlich geworden ist, wenn nicht der Legitimation, so doch der größeren Akzeptanz der politischen Führung. Die begrenzte innenpolitische Öffnung, einschließlich der Lockerung des Informationsmonopols, wird offenbar auch zur Integration von Kritik und Opposition, zur Bindung der Bevölkerung an

das Regime und zur Verbesserung der Diskussionsfähigkeit der Kader eingesetzt. So weit wie die Ungarn und Polen, die inzwischen zwar nicht zwischen zwei Parteien, aber doch wenigstens zwischen zwei Kandidaten wählen können, ist die DDR allerdings noch nicht.

Worauf beruht die insoweit stabilisierende innenpolitische Wirkung der Entspannungspolitik im Ostblock?

Sie beruht zunächst darauf, daß die Entspannungspolitik auch im Osten in Übereinstimmung steht mit dem Wunsch der Völker nach Frieden. Das gilt insbesondere auch für die Völker der Sowjetunion, deren Bewußtsein tief von der Erfahrung des Krieges mit seinen schrecklichen Opfern geprägt ist. Auch die vielfältigen Probleme, vor denen der Ostblock steht, lassen sich nur im Frieden lösen.

Ferner begrüßen nicht nur die Führungen, sondern auch Völker in Osteuropa den Gewaltverzicht und die Respektierung des territorialen Status quo, wie er sich als Folge des Hitler-Krieges herausgebildet hat. Wer zum Beispiel so tut, als ob das Bestehen auf der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nur eine Position der Kommunisten sei und nicht Sache des ganzen polnischen Volkes - einschließlich der katholischen Kirche und der Solidarnosc - der betrügt sich und andere (allen voran die Vertriebenen). Auch der Wunsch nach Hebung des Lebensstandards durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist nicht lediglich ein Wunsch der kommunistischen Führungen, sondern auch der Menschen in Osteuropa. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit dem Westen hebt ihre Isolierung auf, schafft Freiräume und stärkt das Bewußtsein von der geschichtlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit der Europäer.

Die Menschen in Osteuropa wissen schließlich nur zu gut, daß die Entspannungspolitik den - geringen - Spielraum ihrer Staaten nach außen erweitert und eine vorsichtige Öffnung nach innen ermöglicht hat. Wie ein Vergleich etwa zwischen Ungarn und Rumänien zeigt, bestehen in der Nutzung dieses Spielraums zwar erhebliche Unterschiede. Das ändert aber nichts an der Grunderfahrung: Während "Kalter Krieg" und Konfrontation der Großmächte Europas den "Eisernen Vorhang" und eine ebenso "eiserne" Blockdisziplin aufgezwungen haben, hat die Entspannungspolitik zum teilweisen Abbau von Feindbildern und zur Lockerung der Regime geführt.

Der Mangel an einer genauen Analyse der inneren Lage der osteuropäischen Länder in historischer Perspektive hat manche im Westen zu der Annahme verleitet, der Wunsch der Menschen nach Verbesserung ihrer Lage sei dem Wunsch nach einem "Anschluß" an den Westen gleichzusetzen. Das ist ein Mißverständnis. Nach der Erfahrung mit Hitler-Deutschland teilen z.B. auch viele Nicht-Kommunisten in Osteuropa die Ansicht, daß es Sicherheit für ihre Länder nur in Anlehnung an die Sowjetunion geben kann. Sie haben auch wenig Neigung, zu ihren Vorkriegs-Regimen zurückzukehren, zumal zu jenen faschistischer Provenienz. Schließlich - das können wir ja auch in der DDR studieren - sind sie nicht von der Sehnsucht erfüllt, zu kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen zurückzukehren, auch die Dissidenten-Gruppen nicht.

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt: "Freiheit ist unteilbar" hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des "Alles oder Nichts" ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren westlichen Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir - auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa - nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik.

Heißt das, daß wir statt einer Politik der "Destabilisierung" eine Politik der "Stabilisierung" des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Sicher nicht. Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der

Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder "Destabilisierung" noch "Stabilisierung" heißen. Sie heißt Reform. Wenn darüber Konsens gefunden werden könnte, wäre viel gewonnen. Das führt zu der Frage, ob kommunistische Regime in Sachen Menschenrechte und politischer Freiheit überhaupt reformfähig sein können. Nicht in dem Sinne, daß Reformen unausweichlich oder unumkehrbar seien, aber doch in dem Sinne, daß sie auch nicht schlechthin ausgeschlossen sind. Diese Frage ist nicht a priori zu beantworten. Die Erfahrung zeigt - von der "Entstalinierung" unter Chruschtschow bis hin zu den bereits beschriebenen Öffnungen in den osteuropäischen Ländern während der Entspannungsperiode -, daß im letzten Jahrzehnt eine vorher nicht für möglich gehaltene Auflockerung der Ostblock-Regime eingetreten ist. Läßt das bereits auf grundsätzliche Reformfähigkeit schließen? Die Totalitarismus-Forschung der Nachkriegszeit hat diese Frage überwiegend für Kommunismus wie Nationalsozialismus gleichermaßen verneint. Und die Verbrechen der Stalin-Ära erscheinen in der Tat nicht dadurch in einem milderen Licht, daß sie in Perversion europäischer Tradition im Namen von Idealen begangen worden sind. Liegt in bezug auf die Reformfähigkeit nicht aber doch ein Unterschied zwischen der Perversion von Menschheitsidealen und den menschenverachtenden Prinzipien des Nationalsozialismus?

Jedenfalls fällt es schwer, sich einen KSZE-Prozeß der Westmächte und eine Diskussion über Menschenrechte mit Nazi-Deutschland vorzustellen. Die große Leistung der Akte von Helsinki liegt u.a. darin, daß heute in Europa zwischen Ost und West, zwischen demokratischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen auch über Menschenrechte gesprochen wird. Wer Menschenrechte zum Propaganda-Knüppel in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu machen sucht, der gefährdet den Prozeß, in dem allein eine langfristige Verbesserung der Menschenrechts-Situation im Ostblock erreichbar sein mag.

Im übrigen sollten wir nicht so tun, als ob in Sachen Menschenrechte nur der Osten gefragt sei. Fragen an den Westen, etwa nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit oder nach der Gleichberechtigung der Rassen und der Geschlechter können nicht als bloße Zumutung abgetan werden. Von der "ökonomischen Befreiung der moralischen und politischen Person", so hat Kurt Schumacher einmal das Ziel des Sozialismus umschrieben, sind wir, das zeigt die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer

Massenarbeitslosigkeit einmal mehr, immer noch weit entfernt. Auch im Westen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Bei Bejahung einer Reformfähigkeit kommunistischer Regime wird man im Hinblick auf deren mögliche Entwicklung zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied machen müssen. In den osteuropäischen Staaten wirken stärker als in der Sowjetunion auch Faktoren der nationalen Geschichte und der gesamteuropäischen Tradition in Richtung auf Reform.

Die Sowjetunion, die ihr osteuropäisches Glacis unter allen Umständen sichern will, hat mit ihren Panzern in Osteuropa die Erfahrung machen müssen, die Talleyrand einst in die Worte gekleidet hat, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich aber nicht auf sie setzen. Die Sowjetunion wird daher prüfen müssen, ob nicht "Reformen statt Panzer" die Losung und die Lösung zur innenpolitischen Stabilisierung Osteuropa sein muß. Auch wenn solche Reformen nicht zu einer "Finnlandisierung" der osteuropäischen Staaten führen, zeigt das finnische Beispiel doch, daß selbst weitgehende innenpolitische Auflockerungen der Ostblock-Regime die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen bräuchten.

Entspannungspolitik ist schon dadurch gerechtfertigt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg Frieden zwischen den Staaten in Ost und West bei Fortbestehen der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze anstrebt. Da aber - Verschränkung von Macht und Ideologie - das Verhältnis der Staaten nicht einfach von dem Verhältnis der Gesellschaftssysteme zueinander getrennt werden kann und die Entspannungspolitik daher notwendigerweise auch die ideologische und innenpolitische Entwicklung beider Seiten beeinflußt, muß ihre innere Dimension so angelegt sein, daß sie die Bedingungen für Reform positiv beeinflußt. trotz der Festigkeit der beiderseitigen gesellschaftspolitischen Überzeugungen hat der ideologische Gegensatz die Entspannungspolitik aber in weit geringerem Maße konterkariert, als Teile der Friedensbewegung heute anzunehmen scheinen. Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß die ideologische Ausgangsfrage zu Beginn der Entspannungspolitik nicht lautete, ob die Ostblock-Regime die ideologischen und innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik würden verkraften können. Am Anfang stand vielmehr

die besorgte Frage vieler Konservativer im Westen, ob die Entspannungspolitik nicht ein trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch der Kommunismus und die Weltrevolution in die Bundesrepublik nach Westeuropa eingeschleust werden würde. Die deutschen Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß für Berührungsängste oder gar Unterlegenheitsgefühle gegenüber den Kommunisten kein Grund besteht, daß Demokraten die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme vielmehr mit Selbstbewußtsein führen müssen und führen können. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, sind in den Jahren der Entspannungspolitik nicht stärker, sondern schwächer geworden - woran auch die Wirtschaftskrise mit ihrer hohen Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert hat. Die Kommunisten, auch die DKP, haben zwar Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, das hat aber weder ihr Abschneiden bei den Wahlen verbessert, noch zu einer Dominierung der Friedensbewegung durch sie geführt. Darüber hinaus hat sich, ausgelöst durch die von Chruschtschow eingeleitete und vom XX. Parteitag der KPdSU bestätigte Entstalinisierung, in Westeuropa eine Entwicklung zum Reformkommunismus durchgesetzt, die ihren bemerkenswertesten Ausdruck im "Euro-Kommunismus" der italienischen Kommunisten unter Enrico Berlinguer gefunden hat. Auf der Ostberliner Konferenz vom Herbst 1976 haben die jugoslawischen, italienischen und spanischen Kommunisten gegenüber der KOMINTERN-Tradition eines von Moskau gesteuerten Welt-Kommunismus, das Recht ihrer Länder und eines jeden Landes auf den "eigenen Weg zum Sozialismus" erfolgreich behauptet.

Die Tatsache, daß heute - entgegen der kommunistischen Verheißung - auch zwischen sozialistischen Staaten Kriege geführt werden, wirkt in außenpolitischer Hinsicht in ähnlicher Weise weltweit desillusionierend wie die Aufdeckung der Verbrechen Stalins innenpolitisch desillusionierend gewirkt hat. Das ist einer der Gründe dafür, daß die KOMINTERN-Tradition der Weltrevolution nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt an Anziehungskraft und Einfluß verloren hat. Hatte die Sowjetunion schon aus der Dekolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg weniger Vorteile ziehen können, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre, so hat der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik in

der Dritten Welt entscheidend geschwächt. Attraktiv für die Dritte Welt ist heute eher der chinesische Kommunismus, der für das volkreichste Entwicklungsland der Welt das Ernährungsproblem gelöst hat, während die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer Getreide importieren muß.

Außerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks ist der ideologische Einfluß des Moskauer Kommunismus in der Entspannungsperiode also nicht stärker, sondern schwächer geworden. Aber nicht nur das. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die ideologischen Auswirkungen der Entspannungspolitik innerhalb des Ostblocks nicht dessen Abwendung von ihr bewirken könnten. Auch diese Frage ist m.E. zu verneinen. Sie ist allerdings sehr komplex.

Von Anfang der Entspannungspolitik an war deutlich, daß das sowjetische Interesse an ihr nicht nur dem sicherheitspolitischen Interesse des Ostblocks am Frieden und der Erhaltung des territorialen Status quo, wie er sich aus dem Hitler-Krieg ergeben hat, entsprang. Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte der Sowjetunion - die nur militärisch, nicht aber wirtschaftlich und technologisch eine den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtige Großmacht ist - zugleich helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Außerdem erhoffte sich die Sowjetunion von der Kooperation mit dem Westen einen Beitrag zur inneren Stabilisierung der osteuropäischen Staaten durch Hebung des Lebensstandards. Für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten hatte die Entspannungspolitik also von Anfang an auch eine innere Dimension.

Will man den Spielraum für innenpolitische Auswirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock ausloten, müssen zwei Tatsachen gesehen werden: Erstens die Tatsache, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion, die innere Lage in den osteuropäischen Staaten zu stabilisieren nicht eine Folge der Entspannungspolitik ist, sondern eine Folge der Gleichschaltung dieser Staaten im Kalten Krieg (die seinerzeit übrigens unter Ausschaltung auch der national-kommunistischen Kräfte erfolgt ist). Das zeigen die Aufstände in der DDR, Ungarn und Polen in den 50er und 60er Jahren ebenso wie der "Prager Frühling", der Ende der 60er Jahre mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammenfiel.

Zweitens muß die Tatsache klar gesehen werden, daß die Entspannungspolitik nichts an der Entschlossenheit der Sowjetunion ändern kann, ihr im 2. Weltkrieg gewonnenes osteuropäisches Glacis unter allen Umständen zu halten. Das zeigt der Einmarsch des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Daß in Polen, anders als 1968 in Prag, keine sowjetischen Truppen einmarschiert sind und die zwei im Lande stationierten sowjetischen Divisionen in den Kasernen blieben, war ein wichtiger Unterschied. Dieser Unterschied ist nicht allein auf die Entspannungspolitik, sondern auch auf die Besonderheit der inneren Lage Polens zurückzuführen. An dem Grundtatbestand ändert er nichts.

Es ist also durch Erfahrung erhärtet, daß eine Politik, die die Ostblock-Regime - sei es nun "von außen" oder aber "von unten" - destabilisieren wollte, weder der Entspannung noch dem Frieden dienen könnte. Damit ist aber das Thema der innenpolitischen Wirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock keineswegs erschöpft, sondern nur der Spielraum für derartige Entwicklungen umrissen.

Die innere Lage in den einzelnen osteuropäischen Staaten ist bekanntlich, wenn man etwa Ungarn mit Rumänien vergleicht, sehr unterschiedlich. Wie an dem uns besonders naheliegenden Beispiel der DDR deutlich geworden ist, haben die Regime im Osten aber die Entspannungspolitik insgesamt gesehen innenpolitisch und ideologisch erstaunlich gut verkräftet. Das gilt gerade auch für die DDR, obwohl sie sich ihrer Sache im geteilten Deutschland - wie auch noch das "verfeinerte" Grenzregime zeigt - keineswegs sicher ist. Die Vorstellung eines intensiven Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustauschs mit dem Westen und eines jährlichen millionenfachen Besucherstroms aus der Bundesrepublik dürfte bei den Sicherheitsorganen der DDR ursprünglich Alpträume von der Ansteckung der DDR-Bevölkerung durch den Bazillus des "Sozialdemokratismus" ausgelöst haben. Heute aber läßt die DDR nicht nur den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu, sie speist es inzwischen sogar durch ihr eigenes Kabelnetz in Regionen ein, in denen es mit der Antenne nicht empfangen werden kann.

Das liegt nicht nur daran, daß der "Goldene Westen" inzwischen durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit viel von seinem

"Wirtschaftswunder"-Glanz verloren hat. Auch nicht nur daran, daß das Satelliten-Fernsehen die Empfangsmöglichkeiten ohnehin revolutionieren wird. Die entscheidende Tatsache scheint vielmehr zu sein, daß die im Zuge der Entspannungspolitik erfolgte innere Öffnung offensichtlich auch im Interesse des Regimes liegt.

Diese Öffnung mag zwar einerseits Ausreisewünsche vervielfachen oder aber zu verstärkter öffentlicher Kritik durch anwachsende Dissidenten- und Friedensgruppen führen: "Schwerter zu Pflugscharen"! Sie dient andererseits aber auch, wie insbesondere an der Person Erich Honeckers deutlich geworden ist, wenn nicht der Legitimation, so doch der größeren Akzeptanz der politischen Führung. Die begrenzte innenpolitische Öffnung, einschließlich der Lockerung des Informationsmonopols, wird offenbar auch zur Integration von Kritik und Opposition, zur Bindung der Bevölkerung an das Regime und zur Verbesserung der Diskussionsfähigkeit der Kader eingesetzt. So weit wie die Ungarn und Polen, die inzwischen zwar nicht zwischen zwei Parteien, aber doch wenigstens zwischen zwei Kandidaten wählen können, ist die DDR allerdings noch nicht.

Worauf beruht die insoweit stabilisierende innenpolitische Wirkung der Entspannungspolitik im Ostblock?

Sie beruht zunächst darauf, daß die Entspannungspolitik auch im Osten in Übereinstimmung steht mit dem Wunsch der Völker nach Frieden. Das gilt insbesondere auch für die Völker der Sowjetunion, deren Bewußtsein tief von der Erfahrung des Krieges mit seinen schrecklichen Opfern geprägt ist. Auch die vielfältigen Probleme, vor denen der Ostblock steht, lassen sich nur im Frieden lösen.

Ferner begrüßen nicht nur die Führungen, sondern auch Völker in Osteuropa den Gewaltverzicht und die Respektierung des territorialen Status quo, wie er sich als Folge des Hitler-Krieges herausgebildet hat. Wer zum Beispiel so tut, als ob das Bestehen auf der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nur eine Position der Kommunisten sei und nicht Sache des ganzen polnischen Volkes - einschließlich der katholischen Kirche und der Solidarnosc - der betrügt sich und andere (allen voran die Vertriebenen). Auch der Wunsch nach Hebung des Lebensstandards durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist nicht lediglich ein Wunsch der

kommunistischen Führungen, sondern auch der Menschen in Osteuropa. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit dem Westen hebt ihre Isolierung auf, schafft Freiräume und stärkt das Bewußtsein von der geschichtlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit der Europäer.

Die Menschen in Osteuropa wissen schließlich nur zu gut, daß die Entspannungspolitik den - geringen - Spielraum ihrer Staaten nach außen erweitert und eine vorsichtige Öffnung nach innen ermöglicht hat. Wie ein Vergleich etwa zwischen Ungarn und Rumänien zeigt, bestehen in der Nutzung dieses Spielraums zwar erhebliche Unterschiede. Das ändert aber nichts an der Grunderfahrung: Während "Kalter Krieg" und Konfrontation der Großmächte Europas den "Eisernen Vorhang" und eine ebenso "eiserne" Blockdisziplin aufgezwungen haben, hat die Entspannungspolitik zum teilweisen Abbau von Feindbildern und zur Lockerung der Regime geführt.

Der Mangel an einer genauen Analyse der inneren Lage der osteuropäischen Länder in historischer Perspektive hat manche im Westen zu der Annahme verleitet, der Wunsch der Menschen nach Verbesserung ihrer Lage sei dem Wunsch nach einem "Anschluß" an den Westen gleichzusetzen. Das ist ein Mißverständnis. Nach der Erfahrung mit Hitler-Deutschland teilen z.B. auch viele Nicht-Kommunisten in Osteuropa die Ansicht, daß es Sicherheit für ihre Länder nur in Anlehnung an die Sowjetunion geben kann. Sie haben auch wenig Neigung, zu ihren Vorkriegs-Regimen zurückzukehren, zumal zu jenen faschistischer Provenienz. Schließlich - das können wir ja auch in der DDR studieren - sind sie nicht von der Sehnsucht erfüllt, zu kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen zurückzukehren, auch die Dissidenten-Gruppen nicht.

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt: "Freiheit ist unteilbar" hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des "Alles oder Nichts" ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren westlichen Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir - auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa - nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik.

Heißt das, daß wir statt einer Politik der "Destabilisierung" eine Politik der "Stabilisierung" des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Sicher nicht. Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder "Destabilisierung" noch "Stabilisierung" heißen. Sie heißt Reform. Wenn darüber Konsens gefunden werden könnte, wäre viel gewonnen.

Das führt zu der Frage, ob kommunistische Regime in Sachen Menschenrechte und politischer Freiheit überhaupt reformfähig sein können. Nicht in dem Sinne, daß Reformen unausweichlich oder unumkehrbar seien, aber doch in dem Sinne, daß sie auch nicht schlechthin ausgeschlossen sind. Diese Frage ist nicht a priori zu beantworten. Die Erfahrung zeigt - von der "Entstalinisierung" unter Chruschtschow bis hin zu den bereits beschriebenen Öffnungen in den osteuropäischen Ländern während der Entspannungsperiode -, daß im letzten Jahrzehnt eine vorher nicht für möglich gehaltene Auflockerung der Ostblock-Regime eingetreten ist. Läßt das bereits auf grundsätzliche Reformfähigkeit schließen? Die Totalitarismus-Forschung der Nachkriegszeit hat diese Frage überwiegend für Kommunismus wie Nationalsozialismus gleichermaßen verneint. Und die Verbrechen der Stalin-Ära erscheinen in der Tat nicht dadurch in einem milderem Licht, daß sie in Perversion europäischer Tradition im Namen von Idealen begangen worden sind. Liegt in bezug auf die Reformfähigkeit nicht aber doch ein Unterschied zwischen der Perversion von Menschheitsidealen und den menschenverachtenden Prinzipien des Nationalsozialismus?

Jedenfalls fällt es schwer, sich einen KSZE-Prozeß der Westmächte und eine Diskussion über Menschenrechte mit Nazi-Deutschland vorzustellen. Die große Leistung der Akte von Helsinki liegt u.a. darin, daß heute in Europa zwischen Ost und West, zwischen demokratischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen auch über Menschenrechte gesprochen wird. Wer Menschenrechte zum Propaganda-Knüppel in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu machen sucht, der gefährdet den Prozeß, in dem allein eine langfristige Verbesserung der Menschenrechts-Situation im Ostblock erreichbar sein mag.

Im übrigen sollten wir nicht so tun, als ob in Sachen Menschenrechte nur der Osten gefragt sei. Fragen an den Westen, etwa nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit oder nach der Gleichberechtigung der Rassen und der Geschlechter können nicht als bloße Zumutung abgetan werden. Von der "ökonomischen Befreiung der moralischen und politischen Person", so hat Kurt Schumacher einmal das Ziel des Sozialismus umschrieben, sind wir, das zeigt die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Massenarbeitslosigkeit einmal mehr, immer noch weit entfernt. Auch im Westen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Bei Bejahung einer Reformfähigkeit kommunistischer Regime wird man im Hinblick auf deren mögliche Entwicklung zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied machen müssen. In den osteuropäischen Staaten wirken stärker als in der Sowjetunion auch Faktoren der nationalen Geschichte und der gesamteuropäischen Tradition in Richtung auf Reform.

Die Sowjetunion, die ihr osteuropäisches Glacis unter allen Umständen sichern will, hat mit ihren Panzern in Osteuropa die Erfahrung machen müssen, die Talleyrand einst in die Worte gekleidet hat, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich aber nicht auf sie setzen. Die Sowjetunion wird daher prüfen müssen, ob nicht "Reformen statt Panzer" die Losung und die Lösung zur innenpolitischen Stabilisierung Osteuropa sein muß. Auch wenn solche Reformen nicht zu einer "Finnlandisierung" der osteuropäischen Staaten führen, zeigt das finnische Beispiel doch, daß selbst weitgehende innenpolitische Auflockerungen der Ostblock-Regime die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen bräuchten.

Entspannungspolitik ist schon dadurch gerechtfertigt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg Frieden zwischen den Staaten in Ost und West bei Fortbestehen der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze anstrebt. Da aber - Verschränkung von Macht und Ideologie - das Verhältnis der Staaten nicht einfach von dem Verhältnis der Gesellschaftssysteme zueinander getrennt werden kann und die Entspannungspolitik daher notwendigerweise auch die ideologische und innenpolitische Entwicklung beider Seiten beeinflußt, muß ihre innere Dimension so angelegt sein, daß sie die Bedingungen für Reform positiv beeinflußt

# Entspannungspolitik - in einer anderen Sicht

## Eine Antwort

*"Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik" überschrieb Horst Ehmke seinen Grundsatzartikel in Heft 11/85 der Zeitschrift "Neue Gesellschaft". Darin setzte er sich kritisch mit der von Teilen der Friedensbewegung propagierten "Entspannung von unten" auseinander und ging dabei auch auf die Rolle der sog. Dissidenten in den osteuropäischen Ländern ein. - Der Verfasser der nachstehenden Replik ist ein namhafter Vertreter der verbotenen polnischen Gewerkschaft "Solidarnosc", der aus Gründen, die keiner näheren Erläuterung bedürfen, anonym bleiben muß.*

Alles, was sich auf Entspannungspolitik und Festigung des Friedens in Europa bezieht, wird in Polen mit Aufmerksamkeit verfolgt. Großes Interesse erweckte der Warschauer Besuch von Willy Brandt und seinen Begleitern Anfang Dezember 1985 zum 15. Jubiläum des Vertrags von 1970. Bei dieser Gelegenheit konnte man sowohl die Kontinuität der Ostpolitik wie auch neue Anzeichen, die bisher vorsichtig vermieden worden waren, wahrnehmen. Das erste Gespräch - nach vier langen Jahren - mit Vertretern der polnischen Opposition hat klargemacht, daß diese knappen zwei Stunden kaum einen Anfang ermöglichten. Aber Brandt hat betont seine Meinung geäußert, daß dieses Gespräch fortgesetzt werden sollte. Es wäre also wünschenswert, daß die Gesprächspartner gegenseitig besser ihre Standpunkte verstehen und ihren jeweiligen Gedankengängen folgen können. Einen guten Anlaß dazu bietet der interessante Aufsatz von Horst Ehmke: "Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik" (NG/FH 11/85). Johannes Rau hat in seiner Ahlener Rede vom 16. Dezember 1985 von einer "zweiten Phase der Entspannungspolitik der SPD" gesprochen. Wir möchten diese Begriffe erörtern und zu ihnen eine Stellungnahme äußern.

Warum man in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von einer neuen Ost- und Entspannungspolitik redet, ist ganz klar. Horst Ehmke schreibt: "So unbestreitbar die Erfolge der sozialdemokratischen Entspannungspolitik sind, so unbestreitbar ist dies in den 80er Jahren steckengeblieben, was zugleich Rückschritt bedeutet hat." Man kann noch hinzufügen, daß die inneren Verhältnisse der Teilnehmer des Dialogs sich in diesen 15 Jahren geändert haben, daß auch neue Fragen aufgetaucht, teilweise alte aber neu zu lösen sind.

Eine dieser alten, aber infolge der Entwicklung neu aufgeworfenen Fragen nennt Ehmke am Anfang seines Aufsatzes: "Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung unserer Politik ihm gegenüber". Und weiter: "Auch die innere Dimension der Entspannung in Europa einschließlich des Verhältnisses zu den Dissidentengruppen im Osten muß zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen gemacht werden..." Wenn man unter dem Decknamen "Dissidentengruppen" die politische Opposition versteht, so könnte man es auch als Einladung an die Betroffenen zu dieser Diskussion verstehen. Das Thema dieser Diskussion bezieht sich vor allem auf die Streitfrage in der europäischen Friedensbewegung, auch auf eine Streitfrage zur Ostpolitik der SPD: Entspannungspolitik - von oben oder von unten?

Ehe ich aber meine Stellungnahme zu dieser Hauptfrage äußere, möchte ich zwei grundsätzliche Mißverständnisse erläutern, auf die sich der Gedankengang des Aufsatzes stützt. Es handelt sich um zwei Fragen: Um die, worin besteht die Ursache der Destabilisierung in den kommunistischen Staaten und um die, wie es wörtlich heißt, "worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprechern sich die Dissidenten machen". Beide Fragen sind eng miteinander verbunden.

## Destabilisierung - Ursachen und Folgen

Die Destabilisierungs- und Krisenerscheinungen im Ostblock rufen Sturmwellen hervor, die die Détente immer aufs neue erschüttern. Die Ostblockstaaten reagieren auf innere Spannungen und Konflikte mit Verschärfung der Beziehungen zum Westen. Die Verantwortung wird nicht nur den eigenen Schwächen, sondern auch teilweise den Imperialisten und Revanchisten zugeschrieben. So paßt es ideologisch besser. In einer gespannten außenpolitischen Lage ist es auch leichter, den inneren Widerstand zu bändigen. Wenn der Westen entsprechend reagiert, paßt es obendrein gut ins Feindbild "Imperialismus". Andererseits aber entsteht in manchen liberalen und sozialdemokratischen Kreisen im Westen eine Angst vor diesen Destabilisierungsercheinungen, weil sie einen Strich durch die Entspannungsrechnungen machen. Dieser Strich war sehr grob Anfang der 80er Jahre, die Entspannungspolitik wurde ins Stocken gebracht, es kam auch zum Regierungswechsel in der Bundesrepublik. Es ist also verständlich, wenn eine solche Destabilisie-

rung bei den deutschen Sozialdemokraten Nervosität hervorruft, weniger verständlich ist aber, wenn sie dabei den Standpunkt der östlichen Propaganda annehmen, daß eine solche Destabilisierung "von außen" oder "von unten" hervorgerufen sein könnte. Zu den Geschehnissen Anfang der 80er Jahre war Afghanistan nur die Overtüre. Das Entscheidende ist in Polen vorgekommen. Sagen wir es offen und ohne Umschweife: Die Entwicklung in Polen in den Jahren 1980/81 und die Drohungen der Sowjetunion haben in der Bundesrepublik ernste Befürchtungen um den Frieden hervorgerufen. Die Ereignisse vom 13. Dezember 1981 wurden zwar mit Entsetzen, aber auch mit Erleichterung hingenommen. Das bezieht sich auf die SPD, in der diese Erleichterung im Benehmen der führenden Persönlichkeiten offen zum Ausdruck gebracht wurde. Das hat allerlei Folgen auch heute, wenn man eine neue Entspannungspolitik gestalten möchte. Dabei wird aber öfters ein wichtiger Faktor übersehen: Während die WRON - der Militärerrat - mit Entschlossenheit handelte, wollte die andere Seite, die Solidarnosc und natürlich vor allem die Kirche, um jeden Preis ein Blutvergießen vermeiden. Es ist doch fast ein Wunder, daß nach dem Gewaltstreik vom 13. Dezember von seiten der Solidarnosc kein einziger Schuß abgefeuert wurde. Dieses Wunder wird verständlich, wenn man an die 16 Monate der legalen Solidarnosc erinnert. Das war doch die größte Arbeitererhebung in Europa in der Nachkriegszeit, man bezeichnet es manchmal als die polnische Revolution. Aber es war eine friedliche Revolution, ohne Schießerei, ohne Blutvergießen. Ein tapferes, standhaftes Bestehen auf eigenen Prinzipien wurde mit gleicher Entschlossenheit mit friedlichen Methoden durchgeführt. Diese Haltung, diese Verdienste um den Frieden, wurden weltweit anerkannt, als Lech Walesa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Trotz erbitterter Gegensätze wurde in Polen kein Politiker, kein Parteifunktionär auf der Straße niedergemetzelt. Terrorakte wurden, leider, vom Sicherheitsdienst verübt, - es sei nur an die Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko erinnert. Damit sind die Ursachen der Krisenerscheinungen nicht geklärt. Horst Ehmke meint: "Eine Politik der Destabilisierung kann man mit Entspannung nicht in Einklang bringen." Sein Grundsatz lautet: "Eine Politik der Destabilisierung der Ostblockstaaten von unten läuft - ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer Destabilisierung der kommunistischen Regime von außen - im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus". Dieser Grundsatz ist aber, meiner Meinung nach, grundlos, weil die Destabilisierung weder "von unten", noch viel weniger "von außen", sondern "von innen" verursacht wird.

Eine Destabilisierung "von außen" ist reiner Unsinn. Herr Hupka kann in Polen nichts destabilisieren. Er dient seit Jahrzehnten als Hauptargument der Machthaber in Warschau, die sich auf ihn berufen und behaupten, daß die Polen sich um ihre Regierung gegen "die bösen Deutschen", die Hupka verkörpert, zusammenschließen sollen. Auch Hupkas "Destabilisierung von außen" bleibt im vollen Einklang mit der offiziellen Propaganda. Seine "Verdienste" sind also unschätzbar.

Eine Destabilisierung "von unten" dagegen entspricht nicht den Tatsachen. Alle sechs Krisen in Polen seit 1951 waren systembedingte Wirtschaftskrisen, die teilweise soziale Konflikte hervorgerufen haben. Die sozialen Unruhen und Streiks in den Jahren 1956, 1970, 1976 und auch im Juli/August 1980 waren anfangs wilde, spontane, von niemandem vorbereitete Streiks. Keine Oppositionelle waren bei deren Ausbruch tätig. Eine Opposition entstand erst und hat sich schrittweise infolge dieser großen Krisenwellen zur bedeutenden Kraft entfaltet. Die gegenwärtige tiefe Krise, die Destabilisierung in Rumänien wird auch nicht "von unten" hervorgerufen, da dort praktisch noch keine oppositionelle Bewegung vorhanden ist.

Wir können im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages nicht näher auf die Mechanismen der Destabilisierungsprozesse eingehen. Sie sind vielfach dargestellt worden und werden weiter untersucht. Unzweifelhaft bleibt nur, daß diese Mechanismen in der Struktur des realen Sozialismus nach dem sowjetischen Muster begründet liegen. Nur weitreichende Reformen bieten eine Möglichkeit, sich aus dem Krisenzyklus zu befreien. Es wurden in manchen Ländern verschiedenartige, aber meist ungenügende Reformversuche unternommen, die leider noch nicht zu überzeugenden Erfolgen geführt haben.

Darauf, in Richtung Reformen, zielen auch Ehmkes Schlußfolgerungen: "Heißt das, daß wir statt einer Politik der Destabilisierung eine Politik der Stabilisierung des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Wie kämen wir dazu, gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder Destabilisierung noch Stabilisierung heißen. Sie heißt Reform." Das bezieht sich auf die Politik der SPD, aber es klingt auch wie ein Rezept für die osteuropäischen Länder. Was kann aber der Patient mit solchem Arzneimittel anfangen? Destabilisierung

bilisierung, Reform, Stabilisierung und wieder Destabilisierung - das ist ein magisches Dreieck, in dem die Länder Osteuropas kreisen. Die Grundlinie des Dreiecks bildet eben die Destabilisierung von innen. Sie ruft eine Gärung von unten hervor. Die Schuld wird nicht nur den Imperialisten, den antisozialistischen Elementen, sondern auch den sog. Prominenten, der eben gestürzten Regierungsequipe, zugeschrieben. Man spricht von subjektiven "Fehlern und Entstellungen" und es beginnt das Kapitel: Erneuerung - Reformen. Dabei wiederholt sich aber immer dieselbe Geschichte: Wenn die Reformen tatsächlich, sowohl in der Wirtschaft wie auch auf sozialem und politischem Gebiet, durchgeführt würden, so droht man könnte dies den Rahmen des Systems sprengen. Wenn sie aber nur teilweise, begrenzt zaghaft gemacht werden, dann schrumpfen sie zu nichts zusammen, das System rutscht in die alten Gleise zurück.

Jeder Schritt nach vorn wird nicht nur durch verschiedene, meist unerwartete Hindernisse, sondern auch durch bewußten Widerstand der konservativen, aber einflußreichen Partei und Staatsbürokratie gestört. Die Antriebskraft zu den Reformen könnte von den mit den bestehenden Verhältnissen unzufriedenen Schichten kommen. Solche demokratischen Reformversuche werden aber entschlossen von außen- und innenpolitischen Machtfaktoren gebremst. In der neuen Stabilisierungsphase wurden also weder die Ursachen der Krise noch auch viele ihrer Folgen beseitigt. Da kann das Kreisen im teuflischen Dreieck weitergehen. Es ist ganz richtig, wenn man - wie Horst Ehmke - die Reformen als innere Dimension der Entspannungspolitik betrachtet. Aber effektive Reformen sind nur unter zwei Voraussetzungen möglich: erstens sollten diese Reformen so weit reichen, daß die schlaffe Staatswirtschaft von Marktmechanismen angeregt und reguliert wird; zweitens sind solche Reformen nur wirklicher Anteilnahme und, mehr noch, nur unter dem Druck solcher Kräfte möglich, die vor Änderungen nicht zurückscheuen. Wer ernsthaft Reformen anstrebt, darf diese Voraussetzungen nicht außer acht lassen.

In den 30 Jahren seit den ersten Reformversuchen in Polen vermochte man aus dem Teufelskreis der Mißerfolge nicht mehr herauszukommen. Was sich dabei aber wesentlich ändert, sind die sozialen Erfahrungen, das Bewußtsein, das allgemeine Wissen, das nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze soziale Schichten erlangt haben. Die Krisenerscheinungen häufen sich, aber auch dieses soziale Wissen wächst immer weiter an. Die einstigen Dissidenten - anderswo "antisozialistische Elemente" oder wie sie sonst genannt wer-

den mögen - haben sich zu einer Opposition mit einer soliden, bedeutenden sozialen Basis entfaltet.

Der Sammelbegriff "Dissidenten", der für Rußland zutreffend ist, paßt meist nicht zu anderen Ländern im Osten Europas. In der Sowjetunion sind es wirklich einzelne, oft isolierte, mutige Menschen, deren Tätigkeit von moralischem Rang ist. Aber im Ungarn des Jahres 1956, in der Tschechoslowakei seit 1968 und vor allem in Polen handelt es sich um soziale und politische Strömungen, deren Einfluß steigt oder sinkt, aber als potentieller Faktor auf der politischen Bühne niemals unbeachtet bleiben darf.

Die Entfaltung der Opposition kann also vor allem als eine politische Auswirkung der Destabilisierungsprozesse betrachtet werden. Die Destabilisierung selbst hat tief verwurzelte innere Ursachen. Sie kann in der Politik westlicher Parteien berücksichtigt werden oder nicht, sie kann aber von dieser Politik weder "geschaffen" noch "abgeschafft" werden. Das wäre ein Mißverständnis. Worum geht es den Menschen?

Wenn man bei der Zielbestimmung einer Politik nach dem Verhältnis von "Frieden im Ostblock" fragt, sollte man zuvor diese Begriffe klären. Vor allem kommt es an auf eine klare Bestimmung des Begriffs "Freiheit im Ostblock". Worum geht es dort den Menschen? Auf diese Frage antwortet Horst Ehmke: "Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprechern sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt..."

Diese Antwort ist nicht befriedigend. Der Begriff Menschenrechte wurde nämlich getrennt von den allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung, von den damit verbundenen sozialpolitischen Spannungen dargestellt. In solchem isolierten und beschränkten Ausmaß ist die Auswirkung des Kampfes um Menschenrechte eigentlich unverständlich. Könnte man sich vorstellen, daß bloß wegen der so begrenzten Menschenrechte gewaltige Konflikte, blutige Auseinandersetzungen ausbrechen? Sind die Werftarbeiterin Danzig im Kampf um individuelle Menschenrechte gefallen? Die Tausenden von Toten in Ungarn 1956 - bloß wegen eng verstandener Menschenrechte? Es handelt sich hier vielmehr um eine weitreichende Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustand, in welchem die materiellen und geistigen Bedürfnisse der

Menschen, ihr Streben und Hoffen nicht befriedigt werden. Die Schwierigkeiten des Alltags, der Warenmangel, die ständige Wohnungsnot bei der Jugend wirken bedrückend. Während der Krisen steigert sich diese Unzufriedenheit, bis sie zum Ausbruch kommt. Niemand bestreitet, auch die Machthaber nicht, daß diese Unzufriedenheit berechtigt ist. Niemand bestreitet, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unzulänglich, rückständig im Vergleich mit Westeuropa bleiben. Michail Gorbatschow hat doch auch in scharfen Worten den Stand der sowjetischen Wirtschaft als extensiv verurteilt.

Erst wenn wir diese berechtigte Unzufriedenheit, die manchmal soziale Unruhen hervorruft, berücksichtigen, kommen wir zur Frage der Menschenrechte. Es handelt sich doch eigentlich vor allem um Bürgerrechte, um eine Möglichkeit, verschiedene Gruppen- und Klasseninteressen zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich weiter darum, daß die Gesellschaft in ihrer pluralistischen Vielfalt ihr eigenes Schicksal mitbestimmen kann. Dieses Streben hat in den kommunistisch regierten Ländern verschiedene Gestalt angenommen, jedoch von Schritt zu Schritt, von Krise zu Krise wurde es stärker. Die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen war der einflußreichste Ausdruck dieses Strebens nach Selbstbestimmung der Arbeiter und des ganzen Volkes. Dieses Streben ist völkerrechtlich begründet. Es gehört zum Begriff der Menschenrechte im Sinne der von den Vereinten Nationen am 10. Dez. 1948 beschlossenen Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und der Verträge vom 16. Dez. 1966, die sich auf die Menschen- und Bürgerrechte beziehen. Alle diese Verträge wurden von Polen ratifiziert.

Die Entfaltung des Kampfes um Bürgerrechte ist verschieden in verschiedenen Regionen des Ostblocks. In jenen Teilen Osteuropas, die lateinischer Prägung sind und eine alte Tradition der Freiheitskämpfe hinter sich haben, wo nationaler Stolz und persönliche Würde zu den allgemein anerkannten Werten gehören, hat sich eine starke Opposition breiter und schneller entfaltet. Diese Bestrebungen sind vielschichtiger Natur.

Was ändert das aber eigentlich daran, daß die Ziele der Solidarnosc moralisch, völkerrechtlich und in jedem anderen Sinne begründet sind? Die Realpolitiker im Westen fragen, was eine Opposition in Osteuropa überhaupt anfangen, was sie leisten könne, auch wenn sie - wie es in Polen der Fall ist - von einer breiten sozialen Basis unterstützt wird. Eine solche Skepsis, die

man auch beim Lesen des Aufsatzes von Horst Ehmke bemerkt, ist begründet. Sie bleibt auch nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der sozialdemokratischen Politik. Weder Programme, noch Vermutungen, die sich auf eine unbekannte Zukunft beziehen, taugen viel bei der Beantwortung der oben gestellten Fragen. Um diese Skepsis zu zerstreuen oder wenigstens abzuschwächen, sollte man von der gegenwärtigen Rolle und Bedeutung der Opposition, vor allem der Solidarnosc reden - hic et nunc.

Ausländische Beobachter staunen, daß es trotz aller Geschehnisse der letzten Jahre in Polen mehr Freiheit im öffentlichen Leben gibt, als in anderen Ländern des realen Sozialismus. Ist dies etwa nur ein Gnadenerweis der Machthaber? Nein. Keine Freiheit, auch nicht im begrenztem Ausmaß, ist einfach einem Gnadenakt zu verdanken.

Die totalitären Regierungssysteme in der Vergangenheit beruhten immer auf zwei Grundlagen: Einerseits gab es den Anspruch der Regierenden auf Allmacht, um alle Gebiete des öffentlichen Lebens zu steuern und kontrollieren. Aber das genügte noch nicht. Auf der anderen Seite wurde das Volk gleichgeschaltet. Das bedeutet, daß die Machthaber es mit einer zersplitterten, atomisierten, ganz von der Obrigkeit abhängigen Gesellschaft zu tun hatten, die keine Gesamtheit sozialer Strukturen darstellte, sondern nur eine arithmetische Summe einsamer, ohnmächtiger Menschen. Wenn aber soziale Gruppen ihre Interessen irgendwie zum Ausdruck bringen, wenn von der Staatsmacht unabhängige Gruppen oder Strukturen funktionsfähig sind, wenn vor allem eine Opposition, sei es auch eine illegale, vorhanden ist, dann bleibt die Allmacht der Regierenden begrenzt. Viele dieser Rechte und Freiheiten, die ihnen gewaltsam genommen wurden, nehmen sich die Menschen selbst in verzweifelterm Ringen wieder zurück, und sie sind bereit, dafür sogar mit jahrelanger Haft zu büßen. Aber andere Bürger kommen auch in den Genuß eines Teils dieser frevelhaften Bürgerrechte, weil sie nicht mehr einsam und ängstlich, nicht mehr isoliert bleiben. Sie haben eine Alternative. Sie sind in ihrem Denken und Handeln nicht mehr völlig vom Staat abhängig. Eine solche Alternative bietet in Polen vor allem die Katholische Kirche, verschiedene Arten sozialer und kultureller Aktivität finden unter ihrem Schuttschirm Zuflucht. Die Rolle und die Position der Katholischen Kirche in Polen sind unvergleichbar stärker und vielseitiger unter kommunistischer Herrschaft als vor dem Kriege. Das ist kein Paradox.

Seit dem Jahre 1980 hat eine solche Alternative auch die Solidarnosc geschaffen. Mit dem 13. Dezember 1981 wurde die Rolle der Solidarnosc wie manche im Westen glauben - nicht abgebrochen. Ihre Tätigkeit wird, unter ganz anderen Bedingungen und mit anderen Methoden, fortgesetzt. 16 Monate der legalen Solidarnosc sind tief ins Bewußtsein der Polen eingedrungen, das kann man nicht einfach abschaffen und durchstreichen. Der General wiederholte mehrmals, daß es keine Rückkehr zu dem Zustand vor August 1980 oder vor Dezember 1981 gibt. Das heißt aber nicht, daß die Gegenwart nur eine Seite bestimmen kann. Außer dem harten Kern im Untergrund besteht die Solidarnosc als Gewerkschaft innerhalb der Betriebe und als soziale Bewegung in den Hochschulen, in den Selbstverwaltungsräten, in Verbänden usw. Wichtige Bestandteile solcher Aktivitäten bildet das Vorhandensein eines unabhängigen Kulturwesens und eines unabhängigen Informationsumlaufes, bestehend aus Hunderten und Aberhunderten von illegalen Schriften aus einem Dutzend von Untergrundverlagen. Es gehört zur polnischen Tradition, daß das Legale vom Halblegalen und vom Illegalen nie scharf abgegrenzt wird. Diese Tradition wächst aus der Geschichte eines Volkes hervor, das Jahrhunderte um sein Dasein, seine Identität, seine Würde kämpfen mußte.

Die Bedeutung der Opposition in Polen, vor allem der Solidarnosc besteht also - so könnte man es kurzfassen - in der Aufrechterhaltung der Strukturen einer modernen, pluralistischen Gesellschaft europäischer Prägung unter sehr ungünstigen Bedingungen. Ob solche Anstrengungen, wenn auch mit wechselndem Erfolg verwirklicht, in einer sozialdemokratischen Politik berücksichtigt werden sollen, ist mindestens zu erwägen. Für Menschen, die diese Anstrengungen unternehmen, klingt aber der Vorwurf von Horst Ehmke, daß "die Dissidenten" ohne Vorbehalt "alles oder nichts" fordern, als eine bittere Ironie. Die Machthaber bieten den Andersdenkenden nur das Nichts an. Wer sich damit nicht begnügt, dem stehen noch die Gefängnisse zur Verfügung. Die Möglichkeiten der in die Illegalität abgedrängten Solidarnosc sind sehr begrenzt, dessen ist man sich bewußt. Was hat aber die "siegreiche" Staatsmacht geleistet? General Jaruzelski und der kleine Kreis seiner Berater wollten selber eine Wirtschaftsreform "von oben" durchsetzen. Dabei hat sich aber erwiesen, daß ihre Macht nicht ausreicht, ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet ungenügend ist. Mit Panzerwagen kann man eine wehrlose Gesellschaft - zeitweilig - entmündigen, doch ohne diese Gesellschaft kann man das schwerfällige System nicht verbessern. Weder die

Wirtschaftsreform noch die Überwindung der Krise sind bisher gelungen. Der Lebensstandard der Bevölkerung vom Stand des Jahres 1978 soll erst Ende des Jahrhunderts wieder erreicht werden - sofern uns inzwischen keine neue Krise überrumpelt. Wir haben also genügend Zeit und viel Gelegenheit zur Untersuchung der Ursachen und Folgen der Destabilisierung.

### Nur von oben?

Nachdem wir die zwei Ausgangsbegriffe "Destabilisierung" und "Opposition" aus anderer Sicht erörtert haben, können wir zur wichtigsten Frage zurückkehren: Entspannungspolitik "von oben" oder "von unten"? Die Antwort von Horst Ehmke lautet: "Friedenspolitik braucht beides. Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger." Das ist natürlich ganz richtig, doch unsere Freude wird von einer Nebenfrage getrübt: "Friedenspolitik braucht beides" - ist damit auch "beiderseits" gemeint? Daß die kommunistischen Regierungen allerlei Beziehungen zu Friedensbewegungen, zu oppositionellen Strömungen im Westen unterhalten, westliche Intellektuelle zu Friedenskongressen einladen, ist allgemein bekannt. Sollte aber nicht auch das Entsprechende auf der Gegenseite ganz selbstverständlich sein, daß nämlich Regierungen, Parlamente, Parteien im Westen Kontakte mit Solidarnosc in Polen, mit Charta 77 in der CSSR, mit Friedensgruppen in der DDR, mit Dialog in Ungarn und Helsinki-Gruppen in der UdSSR aufnehmen? Ich fürchte, daß in dem Aufsatz von Horst Ehmke diese Frage nicht positiv beantwortet wurde. Er sieht da lauter Schwierigkeiten und Gefahren: "Détente von unten" so zitiert er den West-Berliner Studentenpfarrer Ton Veerkamp, "erfordere Entfaltungsfreiheit für die Opposition auch im Ostblock und daher schrittweisen Abbau seines politischen Systems". Darüber wurde schon vieles gesagt, eines sei nochmals wiederholt: Die Entfaltung der Opposition hängt ganz und gar von den inneren politischen und sozialen Prozessen ab. Bei "Détente von unten" handelt es sich also nur darum, inwiefern westliche Parteien bereit sind, diese Erscheinungen in ihrer Politik zu berücksichtigen.

Ein zweites Argument Horst Ehmkes gegen "Détente von unten" klingt ganz aufrichtig: "Eine Friedensbewegung 'von unten' im Osten kommt in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern." Das ist sicher zutreffend, aber sicher ist auch, daß man konfliktlos keine Politik betreiben kann. Das verste-

hen auch diese gefürchteten kommunistischen Machthaber ganz gut, die praktisch bewiesen haben, daß sie auch eine "Détente von unten" zu verdauen bereit sind, wenn es ihnen im allgemeinen nützt.

Das Fazit des Gedankengangs ist also eindeutig: Ehmke legt der SPD eine "Nur-von-oben Entspannungspolitik" nahe. Die Angst- und Erleichterungsreflexe von 1981/82 haben sich im Grunde erhalten. Dazu möchte ich einige Vorbehalte äußern: Eine solche Einstellung sollte man erstens im geschichtlichen Rahmen der Ostpolitik und ihrer Erfolge in den 70er Jahren sehen. Damals war die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas, zu Polen insbesondere, vor allem eine Anpassungsleistung der Bundesrepublik Deutschland an die schon seit Jahren im Gange befindliche Entspannungspolitik der westlichen Verbündeten, vor allem der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Jetzt aber, mit einer Nur-von-oben-Taktik, könnte man in eine entgegengesetzte Richtung steuern. In ihrer Berührungsanst zu Solidarnosc stand die SPD im Westen doch allein. Ihr Haltung stellt auch eine Ausnahme unter den europäischen Sozialdemokraten dar.

Wesentlich ist auch eine negative Auswirkung solcher Politik auf die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Verbesserung und Normalisierung den Kern der Ostpolitik bilden sollte. Nach dem Vertrag vom 7. Dezember 1970, aber vor allem nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik, sollte die weitere Normalisierung der Beziehungen darauf beruhen, daß auch die Christdemokraten den endgültigen Charakter der Oder-Neiße Grenze anerkennen, und zwar nicht nur nach dem Prinzip: pacta sunt servanda. Das erfordert eine Korrektur der außenpolitischen und rechtlichen Doktrin, auf der die CDU seit Jahren beharrte. 1983/84 entstanden dafür in den Kreisen der CDU günstige Bedingungen. Der Mann, der diese Bemühungen unternommen hatte, war der verstorbene Alois Mertes. Diese Versuche wurden aber von verschiedenen Seiten untergraben - von rechts, von links und von außen. Die polnische Regierung brauchte dringend den deutschen Buhmann, um ihre eigene Position zu stärken. Aber auch die SPD wollte sich nach außen und nach innen als die einzige Partei darstellen, die der Ostpolitik treu geblieben ist. Die Nur-von-oben-Taktik erleichterte noch beiden Seiten, sich auf diesem Grund zu treffen, aber gleichzeitig haben sich die Beziehungen zwischen den Regierungen in Warschau und Bonn verschlechtert. So hat man praktisch den Hupkas eine Gefälligkeit erwiesen. Besonders spektakulär war

in dieser Hinsicht Ende 1984 der in Warschau lautstark gefeierte Besuch von Hans-Jochen Vogel, wenige Tage bevor der Besuch von Genscher zum Scheitern gebracht wurde. Die polnische Opposition hat in ihren Schriften vor der Schädlichkeit einer solchen Taktik gewarnt. Wiederholt wurden Vertretern der SPD Gesprächsangebote vorgelegt - immer vergebens. In polnischen Oppositionskreisen hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß eine solche Taktik den polnischen Interessen und der Ostpolitik wesentlichen Schaden zugefügt hat.

Die Machthaber im Osten drängen ihre politischen und diplomatischen Gesprächspartner, Kontakte und Begegnungen mit Oppositionellen zu vermeiden. Darin drückt sich der systembedingte Anspruch auf die Monopolstellung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens aus. Eine Nur-von-oben-Taktik bedeutet nicht nur, daß man sich diesem Druck fügt, sondern daß man auch diesen Anspruch unterstützt. Bedeutet das aber, daß die Sozialdemokraten mit einem solchen Monopolanspruch einverstanden sind? Sicher nicht! Es ist also eine Unterstützung, die im Widerspruch zu den eigenen Grundsätzen steht. Hier ist an einen Gedanken von Johannes Paul II zu erinnern: Wenn man im Dialog auf die eigene Wahrheit verzichtet, werden damit nicht nur eigene Werte geopfert, es geht auch der Sinn des Dialogs verloren. Eine solche Taktik richtet sich oft gegen eigene Mitglieder oder Bundestagsabgeordnete, die sich dem Berührungsverbot mit der Opposition nicht fügen wollen. Ihnen wird einfach die Einreise nach Polen verweigert, ohne daß sie dabei auf eine Unterstützung durch die eigene Partei rechnen können. Übrigens betrifft es nicht nur die SPD, sondern auch andere deutsche Parteien.

Bei einer Nur-von-oben-Taktik verkommt die Entspannungspolitik oft zu einem Konjunkturspiel. Die europäische Entspannungspolitik soll doch nicht immer von unerwarteten Geschehnissen irgendwo in der Karibik oder in der Großen Syrte abhängig sein. Eine Entspannungspolitik, die sich wirklich auf eine breite soziale Basis stützt, kann man einfach nicht über Nacht umdrehen. Auch der Inhalt könnte dadurch angereichert werden und weit vollkommener sein.

Und last not least - der moralische Aspekt einer solchen Taktik und ihrer Folgen. Ohne Versöhnung kann man keine friedliche Zukunft bauen. Je schrecklicher die Kriegsverbrechen, je abscheulicher die Massenmorde, je erschütternder der Holocaust waren, desto wichtiger ist es, daß 40 bis 50

Jahre später die neuen, jungen Generationen einen Weg zur Versöhnung finden. Es ist kein leichter Weg, es handelt sich um eine Überwindung sowohl eines geschichtlich berechtigten Mißtrauens, wie auch tief ins Bewußtsein eingedrungener Vorurteile, falscher Stereotypen, Feindbilder. Und noch eines: Der Haß zwischen Völkern darf nicht als taktische Reserve der Politiker aufbewahrt und gepflegt werden. Versöhnung können nicht einfach die Kabinette von oben stiften. Da entsteht aber eine ganz neue Gefahr, wenn man hie und da die Frage hört: Auf wessen Kosten wird eine solche Nur-von-oben-Taktik betrieben? Neues Mißtrauen, das leicht das alte ergänzen kann - es spukt das Gespenst von Rapallo. Es ist schlimm mit Gefühlen zu spielen, besonders wenn die alten Wunden schlecht verheilt sind.

Und noch ein Problem - die Friedensbewegung. Es ist bekannt, daß im Ostblock der offizielle "Kampf um den Frieden" eine vom Staat organisierte Unterstützung der Außenpolitik ist. Um in Osteuropa einen ehrlichen Friedenskampf zu führen, müßte man sich tapfer den eigenen Rüstungen und hohen Rüstungskosten widersetzen. Dafür wird man als Verräter und Imperialistenagent diffamiert. Trotzdem wirkt in Polen eine jugendliche Friedensgruppe, deren Anführer, Jacek Czeputowicz und Piotr Niemczyk, jüngst verhaftet wurden. Die Mitglieder dieser Bewegung weigern sich aus religiösen und politischen Gründen, den soldatischen Eid abzulegen, der zur Treue gegenüber dem bestehenden Gesellschaftssystem und gegenüber dem Bündnis mit der Sowjetunion verpflichtet.

Bei einer Nur-von-oben-Taktik haben diese jungen Polen keine Aussicht, daß ihre so tapfer zur Versöhnung ausgestreckte Hand in der Bundesrepublik überhaupt bemerkt wird.

Wir sind uns hier natürlich bewußt, daß eine zweite Phase der Entspannungspolitik sich erst im Werden befindet. Die bitteren Worte, die oben geschrieben wurden, beziehen sich nicht auf das Ganze, sondern nur auf einige konkrete Inhalte und Tendenzen. Seit dem Besuch von Willy Brandt und seinen Freunden im Dezember 1985 wurde die erwähnte "Berührungsangst" zur Solidarnosc noch nicht ganz überwunden, aber doch einigermaßen abgebaut. Bei der Entfaltung einer neuen Phase der Ostpolitik kommen auch manche andere Anzeichen zum Ausdruck, z.B. die Äußerung von Richard Löwenthal, die wir mit großer Aufmerksamkeit registriert haben. Willy Brandt hat in Warschau vom Beginn eines Prozesses der Europäisierung Europas gespro-

chen. Es paßt gut zu einem Bonmot von Brandt: "Die flache Europakarte an der Wand wird wieder ein Relief". Wenn es hier in Europa kein Relief, keine Berge, Täler und Hügel geben soll, dann braucht man die Weltpolitik nur den Großmächten - imInnern nur den Machthabern - zu überlassen. Das wäre eine Gefahr für Frieden und Freiheit, wenn Völker und Menschen den Einfluß auf ein eigenes Schicksal verlören. "Europa braucht Polen" - so höflich beendete Willy Brandt seine Rede im Warschauer Königsschloß. Aus seinen eigenen Worten könnte man einen neuen Gedanken ableiten: "Europa braucht Polen, nicht als politische Ebene, sondern als Relief." Könnte Willy Brandt diese so willkürlich zusammengesetzten Worte als seine eigenen anerkennen?

Diese Frage ist nicht nur an einen Mann persönlich gerichtet. Der Antwort auf diese Frage kann man nicht entgehen, wenn man an die Europäisierung Europas, an Freiheit und Frieden, wenn man an unser aller Zukunft denkt.

## **Dialektik von Entspannung und Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik**

*Jiri Hajek, Jahrgang 1913, war vor dem Zweiten Welt krieg Sozialdemokrat und trat 1948 in die KP der CSSR ein; während des "Prager Frühlings" wurde er am 8.4.1968 Außenminister und trat am 19.9.1968 von diesem Amt zurück; danach war er am Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften tätig; 1970 wurde er aus der KP ausgeschlossen und nach seiner Zwangspensionierung 1972/73 1976 auch aus der Akademie der Wissenschaften; er war einer der gewählten Sprecher der "Charta 77"; heute lebt er als Pensionär in Prag.*

Daß Achtung der Menschenrechte und Respekt der Menschenrechte Bestandteile eines wahren Friedens sind - oder genauer: sein sollten - ist irgendwie im Bewußtsein oder Gewissen der zivilisierten Menschheit verankert und von vielen Denkern und Künstlern zum Ausdruck gebracht worden. In der internationalen Politik und im Völkerrecht erscheint dies erst nach dem Zweiten Weltkrieg - in der UNO-Charta, in der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und in anderen Dokumenten, die Grundsätze einer gerechten Friedensordnung formulieren. Diese Grundsätze wurden im Kalten Krieg der vierziger und fünfziger Jahre durch die Konfrontation der Machtblöcke überschattet. Die Menschenrechte wurden in den Hintergrund gedrängt und höchstens als Nebenargument in dieser Konfrontation zur Sprache gebracht, und zwar im Kontext des ideologischen Kampfes, wo mit Schwarz-Weiß-Bildern beiderseits manipuliert wurde. Positiv orientierte Kräfte in bei den Lagern des Kalten Krieges, zusammen mit blockfreien Staaten und Völkern, versuchen seit den fünfziger Jahren, auf die gefährlichen Folgen dieser Konfrontation aufmerksam zu machen und sie durch eine friedliche Koexistenz zu ersetzen. Der Entspannungsprozeß, durch Rückschläge und ein Wieder aufleben von Konflikten und der Mentalität des Kalten Krieges einige Male unterbrochen, wird durch wachsendes Bewußtsein der Folgen der Beschleunigung des wissenschaftlichen-technischen Fortschritts gestärkt, das die Möglichkeit eines "Sieges" einer der Supermächte mehr und mehr ausschließt und im Gegenteil bloß die Perspektive eines Untergangs der Menschheit öffnet. Dazu

kommt die wachsende Erkenntnis und Anerkennung von anderen globalen Problemen wie der Grenzen der Rohstoff- und Energiequellen, der Umweltvernichtung, der "Süd-Nord"-Spannung, welche der Bipolarität des Kalten Krieges und seiner Denkweise die pluralistische Realität der heutigen Welt und die gemeinsamen Interessen der Menschheit gegenüberstellen.

In diesem Entspannungsprozeß kommen auch die Menschenrechte zu Wort, und zwar nicht mehr als bloßes Instrument der Machtpolitik. Die Schlußakte der KSZE in Helsinki 1975 akzeptiert das Beachten der Menschenrechte als einen der Grundsätze von Sicherheit und Zusammenarbeit derjenigen 35 Staaten, die (einschl. der Supermächte) drei Viertel des ökonomischen und über 90 % des militärischen Potentials der Welt darstellen. Durch die Gleichstellung dieses Grundsatzes mit den traditionellen Kategorien der Souveränität, der Gleichheit, der territorialen Integrität, des Gewaltverzichts in internationalen Beziehungen usw. wird die Bedeutung der Menschenrechte in diesem Prozeß hervorgehoben und weiter unterstrichen durch die Anerkennung des Rechtes jedes einzelnen "to know and act". Der Mensch wird zum ersten Mal in internationalen Beziehungen nicht bloß als Objekt der Machtmanipulation, sondern (wenn auch in sehr begrenztem und durch die Macht immer streitig gemachtem Umfang) als Subjekt an erkannt. Komplettiert wird dies durch die 1976 in Kraft getretenen, 1966 von der UNO-Vollversammlung angenommenen Pakte, bzw. das Options-Protokoll zum Pakt über Bürger- und politische Rechte. Die Haltung des Staates den Rechten seiner Bewohner gegenüber wird zu einem der Kriterien seiner Friedenspolitik. Die Debatte über diesen Aspekt der Entspannung erscheint auf der Tagesordnung der KSZE-Folgetreffen und Experten-Tagungen, sowie bilateraler Begegnungen, einschließlich der Supermächte-Gipfeltreffen. Dies war, wie bekannt, von Bedeutung besonders für die Länder des Warschauer Paktes, die mit ihren Initiativen zum Zustandekommen der Helsinki-Konferenz bedeutsam beigetragen haben, in ihrem Resultat einen Erfolg ihrer Politik betrachteten und ihre konsequente Unterstützung für das Einhalten aller Bestimmungen der Schlußakte zusagten. Da sie zugleich durch ihre Unterschrift und Ratifikation der Menschenrechtspakte entscheidend zu ihrem Inkrafttreten beigetragen haben, konnten sie kaum bei ihrer negativen Haltung in der Diskussion dieser Frage mit ihren westlichen Partnern bleiben. Sie konnten diese Fragen auch nicht durch eine ideologisch-einseitige Interpretation beantworten, da die Pakte eindeutig sind. Und die offene Diskussion, selbst wenn sie polemisch

geführt wird, kann die Bedeutung der Menschenrechte für Entspannung und friedliche Zusammenarbeit nur hervorheben. Zugleich schufen Helsinki und die Annahme von Menschenrechts-Pakten in diesen Ländern eine Möglichkeit zum Entstehen von Bürgerrechte-Initiativen und Bewegungen, die ein neues Phänomen in ihrem gesellschaftlichen Leben dar stellten. Geschützt von internationalen Bestimmungen (wenn auch unter Verfolgung, Druck und Diskriminierung ihrer Anhänger, ihre Tätigkeit fort. Teilweise haben sie, wie in Polen, zusammen mit an deren Kräften eine wichtige Rolle in großen gesellschaftlichen Bewegungen gespielt.

Die Kraft des Entspannungsprozesses blieb auch trotz des Wiederauflebens der Spannungen Anfang der achtziger Jahre erhalten. Die damals entstandene Friedensbewegung in Westeuropa hat eine positive Rolle gespielt. Einige ihrer Gruppen haben in der Suche nach ihrem richtigen Partner im Osten Dialog und Zusammenarbeit mit Bürgerrechtsbewegungen und -gruppen entwickelt und darin zur Anerkennung und Bedeutung der Menschenrechte in der Friedensproblematik (im Kontext einer neuen Auffassung der "unteilbarkeit des Friedens") beigetragen. Die Phase der Entspannungspolitik beginnt mit der Lösung der Probleme, die jene Spannungen verursacht haben. Die Gipfeltreffen der Supermächte 1985 und 1987 brachten bereits Resultate, die sicher als bedeutender Fortschritt gerade in der Kernfrage - der Nuklearabrüstung - betrachtet werden können. Die Überwindung der Hindernisse auf diesem Gebiet, einschließlich der bei den weitgehenden Verifikationsbestimmungen, setzte tiefe Veränderungen in der bisherigen Haltung beider Seiten voraus. Daß dazu auch die konservative Machtelite der USA und ihr Repräsentant fähig waren und sind, ist ein positives Zeichen. Die entscheidende Rolle hatte aber dabei die Führung der UdSSR, die in ihrem Land viel größere Veränderungen durchsetzen mußte. Diese heutige Phase der Entspannungspolitik hängt eng mit den weitgehenden Reformen der "Perestrojka" in der UdSSR zusammen. In ihr setzt sich das durch, was Gorbatschow die "neue Denkweise" nennt, was er in seinen Reden und Schriften ausdrückt und definiert und was in entsprechenden Varianten schließlich auch im Denken und Handeln anderer Partner erscheinen sollte (und in einigen Fällen zu erscheinen beginnt). Das heißt, das Schwarz-Weiß-Bild oder das einfache Schema einer bipolaren Welt der Klassen und der ideologischen Gegensätze durch Erkenntnisse über die "Realität einer farbenreichen, mehrdi-

mensionalen Welt" zu ersetzen und "Priorität der menschlichen Werte oder genauer gesagt, das Überleben der Menschheit schlechthin" anzuerkennen.

In dieser "neuen Denkweise" können wir auch über die Menschenrechte Neues hören und lesen: Die Forderung des 27. Parteitages der KPdSU nach Festigung der Garantien der sozialen, politischen und persönlichen Rechte der Sowjetmenschen, die Worte Gorbatschows zu Mitterrand über die wachsende Dringlichkeit der Frage der Menschenrechte an der Schwelle des 21. Jahrhunderts und über "die Demokratie als Form der Geltendmachung der politischen und Bürgerrechte des arbeitenden Menschen, seines Interesses an Veränderungen ...", die Entlassung A.D. Sacharows aus dem Gorki-Exil, das Entstehen von tausenden von freien Vereinigungen unter der Überschrift "Glasnost", die Novellierung verschiedener Gesetze usw. Gerade in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag eines Systems der internationalen Sicherheit zu erwähnen, wo die Sicherheit der Staaten als "untrennbar vom Kampf um die Sicherung der Menschenrechte auf allen Gebieten, vor allem das Recht auf Leben im Frieden und in Freiheit" erklärt wird. Man könnte noch andere Zeugnisse dieser veränderten Haltung der Sowjetführung zitieren - und auch Anzeichen dafür, daß es nicht bei verbalen Erklärungen bleibt. Ebenso muß man aber über viele Tatsachen berichten, die beweisen, daß auch die Sache der Menschenrechte - und vielleicht mehr als andere - nur schwer gegen den Widerstand der "vested interests" der "realsozialistischen" konservativen Machtelite und gegen eingestimmte Vorurteile durchgesetzt werden kann. Dies gilt - vielleicht manchmal in noch stärkerem Sinn - auch für die anderen Länder des Warschauer Paktes, besonders dort, wo im Unterschied zur Sowjetunion noch jene Gruppen an der Macht sind, die solidarisch mit der von Gorbatschow ersetzten Breschnew-Führung die Politik der konservativen Linie, der Rückständigkeit und der Stagnation bis unlängst ausgeübt haben, oder die so gar (wie in der Tschechoslowakei) in der Unterdrückung einer an die "Perestrojka" erinnernden Reform an die Macht gelangt sind. Wenn auch diese Gruppen sich heute verbal zur "Perestrojka"-Politik bekennen und gewisse ökonomische Umänderungen durchzuführen beginnen, sind für sie Demokratie und darin enthalten auch die Frage der Menschenrechte etwas, was sie nicht anzusprechen geneigt sind.

Trotzdem hat auch in diesen Ländern das Echo der Reform in der Sowjetunion seinen Widerhall. Die Bestrebungen, durch die volle

Respektierung der Menschenrechte eine Infrastruktur zur Durchsetzung wirklicher demokratischer Reformen zu schaffen, gehen weiter, ja erweitern sich. Wenn ich vom dialektischen Verhältnis zwischen der Entspannung und den Menschenrechten in dieser Phase spreche, dann auch davon, daß Verständnis und positive Antworten des Westens auch die Entspannungsinitiativen Gorbatschows zur Stärkung der Situation der Menschenrechte beitragen können. Eine sachliche Diskussion könnte nicht nur den politischen Grundrechten im Osten, sondern auch gewissen sozialen Rechten im Westen zugute kommen. Die Entspannung selbst kann die Bedeutung dieses Elements noch vertiefen und erweitern. Zur Zeit wird bei uns in der CSSR viel von einer (mit dem Namen von Generalsekretär Jakes verbundenen) Initiative zur Schaffung einer Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der nach barlichen Beziehungen gesprochen, die an der Grenze zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO errichtet werden könnte. Meine Freunde und ich glauben, daß diese Idee im Westen und vor allem in der BRD nicht einfach ignoriert werden darf, sondern als Impuls zu einer sinnvollen Diskussion genutzt werden sollte. Dabei könnte gerade der humanitäre Aspekt und die Frage der Menschenrechte als Kriterium des zu schaffenden Vertrauens ihren richtigen Platz haben - als praktische Illustration und als Resultat der Dialektik von Entspannung und Menschenrechten.

## Sicherheit miteinander teilen

Das gemeinsame Dokument von SED und SPD im Spiegel von Einsichten und Erfahrungen der Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1982-1987

Als Prof.Dr. Otto Reinhold, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, am 27. August 1987 das gemeinsame Dokument von SED und SPD "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" auf einer Pressekonferenz in Berlin/DDR vorstellte, äußerte er sich auch zu der Frage, inwieweit die Grundsätze des Dokumentes über die beiden Parteien hinaus mit Zustimmung rechnen könnten. In NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987 heißt es dazu: "Otto Reinhold verwies auf die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen, mit deren Zielen das gemeinsame Dokument vielfach übereinstimme."(1)

Der Hinweis auf eine vielfache Übereinstimmung zwischen dem Parteien-Dokument und Initiativen der Kirchen zur Friedenssicherung war für alle, die sich mit der Friedensarbeit der Kirchen in der DDR etwas genauer beschäftigt haben, kaum überraschend. Überraschend war allenfalls die Tatsache, daß ein hochrangiger Vertreter der SED diese Übereinstimmung an so hervorgehobener Stelle eigens erwähnte. Umgekehrt macht der Hinweis Reinholds deutlich, warum wesentliche Passagen des Dokumentes in den Ohren vieler Christen in der DDR so klingen, als seien sie von den eigenen Kirchen formuliert und nicht von den Vertretern zweier politischer Parteien. Tatsächlich war die erste Lektüre des Textes im NEUEN DEUTSCHLAND für den kundigen Leser aus dem Bereich kirchlicher Friedensarbeit so etwas wie ein Spaziergang durch vertrautes Gelände. Denn was SED und SPD im Grundsätzlichen als ihre gemeinsame Position beschreiben, entspricht genau dem, was die Kirchen in der DDR seit Anfang der Achtzigerjahre in Wahrnehmung ihrer Friedensverantwortung als ethische Einsicht formuliert, als politische Forderung vertreten und als ihren Beitrag in das ökumenische Friedensgespräch zwischen Kirchen in Ost und West eingebracht haben.

In Bezug auf Ziel und Inhalt von gemeinsamer Sicherheit stellt das Parteien-Dokument eine Bestätigung von Auffassungen und Positionen dar, die der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1982 vorgetragen, auf Synoden und Kirchentagen, in Friedensseminaren und Gemeindeveranstaltungen diskutiert und auch gegen mancherlei anfänglichen "ideologischen" Widerstand verteidigt hat. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Veröffentlichung des gemeinsamen Dokumentes von Christen und Kirchen in der DDR - und nicht nur von diesem - mit ungleich größerer Aufmerksamkeit begleitet und, was seinen Inhalt betrifft, mit stärkerer Zustimmung quittiert worden ist als von den Christen und Kirchen in der Bundesrepublik. Entsprechend groß sind die Hoffnungen von Menschen in der DDR auf Entwicklungen, die den im Dokument beschriebenen gemeinsamen Einsichten folgen und auch im gesellschaftlichen Leben spürbar werden sollen, etwa in Bezug auf die Lern- und Reformfähigkeit des Sozialismus oder auf eine offene Diskussion seiner Vorzüge und Nachteile. Christen und Kirchen erwarten praktische Auswirkungen für das Zusammenleben von Marxisten und Christen in der Gesellschaft. Nach ihrer Meinung könnte das Dokument "eine handhabbare Methode für andere Bereiche bieten: Gemeinsame Überzeugungen feststellen, Unterschiede benennen und nach Richtungen suchen, in denen eine Zusammenarbeit möglich wird."(2) Die Zukunft muß erweisen, ob solche Erwartungen realistisch sind.

In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, die Entwicklung der Diskussion um gemeinsame Sicherheit in den evangelischen Kirchen in der DDR summarisch nachzuzeichnen. Die in dieser Diskussion gefundenen Positionen werden vorgestellt. Das in ihnen zum Ausdruck kommende Verständnis von politischer Wirksamkeit kirchlicher Friedensarbeit wird charakterisiert. Dabei wird auch die gesellschaftliche Bedeutung des Friedenshandelns von Kirchen unter den Bedingungen des realen Sozialismus in der DDR angesprochen.

1. Der Begriff "gemeinsame Sicherheit" wird im Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (Bundessynode) vom September 1982 erstmals erwähnt.(3) Im Anschluß an die Diskussionen dieser Synode zur nuklearen Abschreckung wird der Begriff in der Folgezeit zum Dreh- und Angelpunkt aller friedens- und abrüstungspolitischen Äußerungen der evangelischen

Kirchen in der DDR und zu einem wichtigen strukturierenden Element in der Arbeit ihrer Synoden zur Friedensfrage.

"Gemeinsame Sicherheit" wurde zunächst ausschließlich auf das Ost-West-Verhältnis bezogen. Die sich verschärfende militärische Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag und die parallel dazu verlaufende politische Destabilisierung der Ost-West-Beziehungen seit Ende der Siebzigerjahre bildeten den Rahmen, in dem über gemeinsame Sicherheit als neuen politischen Ansatz nachgedacht wurde. Die Anstöße dazu kamen von außen. Das Hearing des Ökumenischen Rates der Kirchen über Atomwaffen und Abrüstung hatte 1981 in Amsterdam erklärt: "Die Sicherheit in der Welt ist unteilbar. Es kann für niemanden Sicherheit geben, wenn es nicht Sicherheit für alle gibt."<sup>(4)</sup> Und in den Vorschlägen und Empfehlungen des 1982 veröffentlichten Berichtes der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit ("Palme-Bericht") heißt es: "Sicherheit im Kernwaffenzeitalter heißt gemeinsame Sicherheit. Sogar ideologische und politische Gegner haben ein gemeinsames Interesse am Überleben... Die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen vom Streben nach gemeinsamem Nutzen und nicht vom Vorteil für die eigene Seite bestimmt sein. Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit muß an die Stelle der bisherigen Abschreckung durch Hochrüstung treten."<sup>(5)</sup>

Amsterdam-Hearing und Palme-Bericht bilden die Bezugspunkte für eigene Überlegungen zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Damit nahmen die Kirchen in der DDR eine Entwicklung vorweg, die sich in der politischen Diskussion innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages erst 1984/85 vorsichtig abzuzeichnen begann und die jetzt mit der Veröffentlichung des gemeinsamen Dokumentes SED-SPD ihre in der DDR bislang deutlichste öffentliche Bestätigung gefunden hat. Wichtige Konturen dieses Prozesses wurden ab 1984 unter dem Leitmotiv "Neues Denken im Atomzeitalter" in der Sowjetunion sichtbar. In dem gleichnamigen Buch der sowjetischen Autoren Anatoli Gromyko und Wladimir Lomejko wird der Palme-Bericht zitiert und wie folgt rezipiert: "Wahre Sicherheit ist im Atomzeitalter gegenseitige Sicherheit, die darauf beruht, daß jede der Seiten nicht einfach die Interessen der anderen berücksichtigt, sondern Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit trifft und zugleich darauf bedacht ist, der Sicherheit der anderen keinen Schaden zuzufügen."<sup>(6)</sup> Das starke Interesse der Kirchen in der DDR am Konzept der gemeinsamen Sicherheit

wäre jedoch mit einer besonderen ökumenischen und politischen Aufmerksamkeit allein nicht zureichend erklärt. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß die Menschen in der DDR den Bedrohungscharakter der beiden hochgerüsteten Blöcke wie in kaum einem anderen Land Europas unmittelbar erfahren. Die Lage der DDR an der Nahtstelle der beiden Blöcke und die Zunahme der Konfrontation beiderseits der Grenzen durch die Stationierung und Gegenstationierung neuer atomarer Raketen nach dem November 1983 waren für die Kirchen Grund genug, für Abrüstung, Entspannung und den Aufbau blockübergreifender politischer Kooperation einzutreten.

Auf diesem Hintergrund bot der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit den umfassenden politischen Rahmen, in dem die Entwicklung und Erprobung von Alternativen zum Konzept der nuklearen Abschreckung möglich erschien. Die tendenzielle Übereinstimmung zwischen den Ansätzen eines neuen Denkens über Sicherheit im Nuklearzeitalter, der friedensethischen Urteilsbildung innerhalb der Ökumene der christlichen Kirchen und der gewachsenen Sensibilität für die Gefahren der Stationierung in der DDR selbst wirkte sich positiv auf die Diskussion über gemeinsame Sicherheit in den Kirchen aus.

2. Der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit ist in den evangelischen Kirchen in der DDR ab 1982 vor allem auf der Ebene der Bundessynoden erörtert worden. Die Option für gemeinsame Sicherheit im Sinne des Palme-Berichtes stand von Anfang an im Kontext der "Absage an Geist und Logik der Abschreckung", die die Bundessynode 1982 erstmals ausgesprochen hatte.<sup>(7)</sup>

Die Synode hatte diese "Absage", mit der inneren Destabilisierung des Abschreckungssystems begründet. Die Entwicklung neuer, erstschlagsfähiger Waffensysteme und entsprechender Strategien bildete den Hintergrund, vor dem die Synode Abschreckung nicht nur kritisierte, sondern als Mittel der Kriegsverhütung grundsätzlich in Frage stellte. Der Kern dieser "Absage" war, wie bereits das Wort verrät, theologischer Art: "Diese Bedrohung allen Lebens durch eine übersteigerte Rüstung fordert unseren Glauben heraus. Wenn wir sie stillschweigend hinnehmen, geraten wir in Widerspruch zu Gott dem Schöpfer, denn sein Auftrag verpflichtet uns zur Bewahrung der

Schöpfung und schließt das Recht zu ihrer Zerstörung aus. Deshalb geht es hier um Gehorsam oder Ungehorsam gegen Gott."(8)

Allerdings wollte die Synode nicht nur ein theologisch begründetes Nein zur Abschreckung sprechen. Sie wollte auch deutlich machen, welches politische Ja dem bekennenden Nein zu folgen hat, welche politischen Konsequenzen aus der Absage an die Abschreckung zu ziehen sind. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit schien eine mögliche politische Alternative zur Abschreckung zu sein. Es entsprach in seiner Tendenz dem Bemühen der Kirchen, "vernünftige politische Schritte zur Gewinnung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern zu gehen und zu unterstützen."(9) So hat die Synode bereits 1982 eine sehr eindeutige Zustimmung zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit" zu eigen...". Sie "zählt die praktische politische Umsetzung dieses Konzepts zu den wichtigsten politischen Aufgaben der 80er Jahre und unterstützt alle Versuche, die sich auf dieser Linie um friedenspolitische Alternativen zur militärischen Abschreckung bemühen."(10)

Vor aller notwendigen politischen Konkretisierung im einzelnen ist die Option für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit Ausdruck einer grundsätzlichen Abkehr von der Sicherheitsphilosophie der Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln und eine Entscheidung für die Wiedergewinnung des Primats der Politik in den Ost-West-Beziehungen. Die militärische Konfrontation der Blöcke soll durch die Entdeckung und Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Überlebensinteressen abgebaut und langfristig beendet werden. Nach Auffassung der Synode bietet das Konzept der gemeinsamen Sicherheit jenen umfassenden Rahmen, in dem der Ost-West-Konflikt mit politischen Mitteln kontrolliert und hinsichtlich seines Charakters als antagonistischer Systemkonflikt entschärft werden kann. Dies wiederum wird als Voraussetzung für einen gerechten Ausgleich von West und Ost mit der Zweidrittel-Welt betrachtet. Die Frage nach den Möglichkeiten einer Politik praktizierter gemeinsamer Sicherheit wird so zum neuralgischen Punkt, in dem sich die politischen Lösungsansätze für den Ost-West- und den Nord-Süd-Konflikt überschneiden.

Die Bundessynode hat diesen Ansatz mit umfassender Perspektive weiterverfolgt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa hat sie 1983

die Hoffnung bekräftigt, daß die Absage an die Abschreckung "Bewegungsraum für eine Politik erschließt, die uns schrittweise aus den Zwängen des Abschreckungssystem herausführt und ein auf Gerechtigkeit gegründetes System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd möglich macht."(11) Diese Auffassung wird gestützt durch die Beobachtung, daß das Abschreckungssystem in eine pathologisch zu nennende Gefangenschaft des Denkens führt, die keinen Handlungsspielraum für vernünftige politische Alternativen mehr zuläßt. Die Absage an die Abschreckung ist ein Akt öffentlicher Delegitimierung; sie soll befreiend auf die Suche nach Auswegen aus dem Sicherheitsdilemma der Abschreckung wirken. Der Hinweis auf die Gerechtigkeit will klarstellen, daß gemeinsame Sicherheit nur in einem wirklich globalen Zusammenhang realisiert werden kann; sie darf kein Instrument zur Stabilisierung der Vorherrschaft der Reichen in West und Ost auf Kosten der Armen im Süden werden und bestehende Abhängigkeitsverhältnisse nicht zementieren.

Gemeinsame Sicherheit muß weiterhin "in konkrete, politisch realisierbare Schritte" übersetzt werden.(12) Genannt werden unter anderem "Nuclear Freeze" als Voraussetzung für wirkliche Abrüstung, eine völkerrechtliche Ächtung der Atomwaffen, wie sie unmittelbar zuvor von der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gefordert worden war(13), und ein Verzicht auf Stationierung von neuen atomaren Kurzstreckenraketen in der DDR. Darüberhinaus setzt gemeinsame Sicherheit die Möglichkeit voraus, "im Feind oder Gegner den Partner zu entdecken. Der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit muß deshalb in der Friedenserziehung Gestalt gewinnen."(14) Mit dem Hinweis auf den Entfeindungsaspekt von gemeinsamer Sicherheit schlägt die Synode eine Brücke zurück zu den friedenspädagogischen Schwerpunkten kirchlicher Friedensarbeit in den Siebzigerjahren. Wie wichtig gerade dieser Aspekt für die politische Vertrauensbildung ist, macht das gemeinsame Dokument von SED und SPD aufs Neue deutlich.

1984 richtet die Bundessynode an die Regierung der DDR die Bitte, "beharrliche alternative Sicherheitskonzepte auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit zur Geltung zu bringen."(15) Diese Bitte zielt auf eine Konkretisierung des Konzepts durch militärische Maßnahmen, die eindeutig defensiv orientiert sind, Bedrohungsängste auf beiden Seiten vermindern und zu einer größeren gegenseitigen Berechenbarkeit der Gegner führen.

1985 stellt die Synode fest: "Frieden kann nur erreicht werden in einem auf Gerechtigkeit gegründeten Miteinander der Völker und Staaten. Sicherheit gibt es nur dort, wo man sie miteinander teilt."(16) Chancen der Verwirklichung dieses Ansatzes sieht die Synode in Abrüstungsschritten in Teilbereichen, so in der Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa oder in einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und "in kalkulierten einseitigen Initiativen, die geeignet sind Abrüstungsverhandlungen zu fördern und einen Stop der nuklearen Rüstung einzuleiten."(17)

1986 nimmt die Synode das Stichwort "neues Denken" im Anschluß an Gorbatschow positiv auf und wertet es als "ein Zeichen der Hoffnung"(18). In der Überwindung von gewaltsamen Konfliktlösungen, von Freund-Feind-Denken und im Verzicht auf Überlegenheit erkennt sie "eine Nähe zu Weisungen der Bergpredigt, die auf eine Vertiefung der Kooperation von Christen und Nicht-Christen hoffen läßt."(19) Neues Denken muß auch in der Verteidigungspolitik spürbar werden. "Militärische Verteidigung kann u.E. nur noch im maßgebenden Rahmen der "gemeinsamen Sicherheit" konzipiert und realisiert werden. Dazu gehört die Entwicklung alternativer militärischer Sicherheitskonzepte mit erkennbar defensiven Strukturen und der Verzicht auf Offensivfähigkeit bei den konventionellen Waffen..."(20). Viele dieser Anliegen finden sich in gleicher oder ähnlicher Formulierung auch im gemeinsamen SED-SPD-Papier wieder.

3. Die inhaltliche Konkretisierung und Aktzentuierung des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit durch die Bundessynoden zwischen 1982 und 1986 zeigt, daß dieses Thema für die Kirchen in der DDR - jenseits aller Verdächtigungen einer bloßen politischen Akklamation - eine hohe Priorität bekommen hat. "Gemeinsame Sicherheit" ist für die DDR-Kirchen zur wichtigsten friedenspolitischen Position geworden. An einen spezifischen Sachverhalt ist dabei allerdings zu erinnern: die eher marginale Rolle der christlichen Kirchen im realen Sozialismus der DDR. Durch ihre gesellschaftliche Marginalität sind die Kirchen von der Aufgabe entlastet, Rechenschaft über die politischen Mittel und Wege der Umsetzung ihrer Einsichten geben zu müssen. Was die Kirchen in der DDR zur politischen Aufgabe der Friedenssicherung im allgemeinen oder speziell zur gemeinsamen Sicherheit sagen, müssen sie politisch nicht einlösen. Sie können es gar nicht einlösen, weil sie schon auf Grund der klaren Trennung

von Staat und Kirche nicht in den Prozeß der politischen Entscheidungsfindung einbezogen sind. Darin besteht ein wichtiger Unterschied zur Situation der Kirchen in der Bundesrepublik, die in ungleich stärkerem Maße an der öffentlichen politischen Willensbildung beteiligt sind und den einmal erreichten gesellschaftlichen Konsens in wichtigen Fragen, wie z.B. der Sicherheitspolitik, faktisch stützen und mittragen. Der höhere Grad von Vergesellschaftung zwingt die Kirchen in der Bundesrepublik zu größerer gesellschaftlicher Konformität und politischer Rücksichtnahme. Dies ist, so paradox es klingt, infolge der ganz anderen machtpolitischen Ausgangslage für die Kirchen in der DDR nicht der Fall. Sie haben zwar keinen direkten politischen Einfluß, dafür aber eine größere innere Freiheit zum Aufnehmen von innovatorischen Impulsen in der Friedensfrage und zum Aussprechen von Einsichten, deren Richtigkeit nicht allein vom Kriterium unmittelbarer "Politikfähigkeit" abhängig ist. Wenn sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Friedens- und Abrüstungsfragen äußert, spricht er aus der Position einer auch vom Staat akzeptierten Eigenständigkeit seiner Friedensarbeit, die sich in erster Linie theologisch, d.h. vor dem biblischen Friedenszeugnis, zu verantworten hat. Es gehört zu den wichtigen ökumenischen Lernerfahrungen der Kirchen, daß ihre Friedensverantwortung in der Freiheit und Bindung des Evangeliums ihr kritisches Maß findet und nicht in der Bindung an die Freiheiten eines politischen Systems.

Dennoch ist die Frage berechtigt, worin denn die Bedeutung friedenspolitischer Aussagen der Kirchen in der DDR besteht, wenn die Kirchen aus der politischen Haftung für ihre Aussagen von vornherein entlassen sind bzw. niemals in sie einbezogen waren; worin also das politische Gewicht solcher Aussagen liegt.

Der Bund der Evangelischen Kirchen hat sich diese Frage bereits 1981 gestellt. In einer Studie über die "Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst" hat er eine Antwort auf die angeblich mangelnde Realitätstüchtigkeit seiner friedenspolitischen Positionen zu formulieren versucht(21). Auf dem Hintergrund eines traditionell eher unpolitischen Friedensverständnisses in den Kirchen stellt die Studie zunächst fest: "Was politisch wirksam werden soll, muß politisch sachgemäß sein."(22) Aus dieser These spricht das Bemühen, Friedensverantwortung über ihre theologische Legitimation hinaus auch

politisch gesprächsfähig zu praktizieren. Ob aber etwas "politisch sachgemäß" ist, läßt sich nicht einfach vom gegebenen politischen Status quo her ermitteln; vielmehr ist zu fragen, ob das politische Gegebene auch schon das politisch Vernünftige ist. Hierzu sagt die Studie: "Politisch vernünftig ist, was allgemein zugemutet werden kann". Das allgemein Zumutbare aber "ist in den Überlebensfragen von Abrüstung und Sicherheit nicht mehr aufgrund partikularer Zielsetzung zu ermitteln - sonst wäre es nicht "allgemein" - sondern nur noch im Horizont des Überlebens aller. Das Überleben aller in einer zukünftigen gerechten Friedensordnung ist als das allen Zumutbare auch das politisch Vernünftige."<sup>(23)</sup> Wenn das gemeinsame Dokument von SED und SPD einleitend feststellt, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann, und daraus folgert, "Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortbaren Politik geworden"<sup>(24)</sup>, so ist damit ein Grundsatz für politisches Handeln formuliert, der sich auf das gemeinsame Subjekt "Menschheit" bezieht und nicht mehr nur auf einen Teil der Menschheit auf Kosten eines anderen.

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit muß als exemplarische Konkretisierung dieses Grundsatzes verstanden werden. Wenn Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüftet, sondern nur noch miteinander durch politisches Handeln erreicht werden kann, dann ist gemeinsame Sicherheit politisch vernünftig, weil sie die Lebensinteressen aller am besten gewährleisten kann. Für die Kirchen in der DDR folgte daraus, öffentlich für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu votieren zu einem Zeitpunkt, als der Begriff "gemeinsame Sicherheit" in der DDR noch nicht benutzt wurde und politisch noch nicht akzeptiert war. Dieser Begriff mußte auf dem Hintergrund eines ideologisch begründeten, "antagonistischen" Systemgegensatzes merkwürdig unangemessen, ja gefährlich wirken; er unterstellt Gemeinsamkeit mit einem politischen Gegner, der bisher erklärtermaßen als Feind verstanden worden war. Der Marxismus-Leninismus bevorzugte bislang den Begriff "friedliche Koexistenz" im Sinne Lenins als Mittel der nicht-kriegerischen Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Phase des "gesetzmäßigen" Übergangs zum Sozialismus. Die Theorie der friedlichen Koexistenz hatte jedoch im Westen wegen ihrer Verbindung mit dem Klassenkampf-Prinzip stets Furcht und Mißtrauen erzeugt. Erst im Rahmen des von Gorbatschow geforderten "neuen Denkens im Atomzeitalter" setzte sich nach 1984 eine Neu-Auslegung der Koexistenz-Theorie durch. Sie besagt, daß die Sicherung

des Friedens weltweit die Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt ist und nicht, wie bisher, der weltweite Sieg des Sozialismus die Bedingung für dauerhaften Frieden ist. Friedliche Koexistenz wird so zur Rahmenbedingung eines kooperativen Verhältnisses zwischen beiden Weltsystemen, deren ideologischer Gegensatz zwar bestehen bleibt, aber den gemeinsamen Überlebensinteressen untergeordnet wird.

4. Prüft man das Konzept der gemeinsamen Sicherheit auf seine politischen Realisierungschancen, so entdeckt man auf verschiedenen Gebieten praktikable Möglichkeiten: in Bezug auf politische Vertrauensbildung, bei der ökonomischen Zusammenarbeit, bei der militärischen Entflechtung der Blöcke in Mitteleuropa, in der Diskussion über Militärdoktrinen, beim wissenschaftlichen Austausch und in der Wahrnehmung kultureller und vermehrter menschlicher Kontakte. Gemeinsame Sicherheit ist jedoch für die Kirchen in der DDR mehr ein umfassender politischer Ziel-Begriff geblieben als ein konkreter Handlungs-Begriff. Und die Ziel-Utopie gemeinsamer Sicherheit rückte nach der Stationierung und Gegenstationierung neuer Atomraketen nach 1983 zunächst einmal in weite Ferne. Es wurde auch in den Kirchen angezweifelt, ob der Anspruch des Konzeptes in einer Phase zunehmender militärischer Konfrontation zwischen Ost und West politisch überhaupt einlösbar sei. Ein außenpolitischer Experte der DDR beantwortete die Frage nach den Realisierungschancen gemeinsamer Sicherheit noch Anfang 1986 unter Anspielung auf die offizielle Regierungspolitik in den USA mit der lapidaren Feststellung: "Zur gemeinsamen Sicherheit gehören mindestens zwei. Was wollen Sie machen, wenn der eine nicht will?"

Dennoch hängen die politischen Chancen des Konzeptes nicht von einer Weltmacht allein ab. Die mit Gorbatschow in die Ost-West-Beziehungen hineingekommene politische Dynamik arbeitet zweifelsfrei für das Konzept gemeinsamer Sicherheit, auch wenn noch viele Detailfragen gerade in den Abrüstungsgesprächen zwischen Sowjetunion und USA zu klären sind. Für die Kirchen in der DDR bleibt gemeinsame Sicherheit als Ziel-Begriff einer neuen Sicherheitspolitik auch dann aktuell, wenn schnelle Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen auf den verschiedensten Ebenen nicht zu erwarten sind. Die Kirchenbund-Studie von 1981 sagt dazu: "Was (noch) nicht politikfähig ist, muß nicht politisch unvernünftig sein."<sup>(25)</sup> Politisch wirksam werden im Sinne des Konzeptes gemeinsamer Sicherheit können die

Kirchen auch dadurch, daß sie gesellschaftliche Lernprozesse fördern, deren politische Vernunft möglicherweise nicht sofort und nicht von allen als "allgemein zumutbar" erkannt wird. Ein solcher Beitrag ist freilich politisch nicht "meßbar" - und muß es auch nicht sein. Seine Wirkungen zeigen sich eher in langfristigen politischen Klima-Veränderungen als im kurzfristigen politischen "Recht-Behalten".

Gemeinsame Sicherheit liegt für die Kirchen in der Perspektive eines emanzipatorischen Interesses am Frieden, das über den gegebenen politischen Status quo hinaus - und auf einen notwendigen Frieden in Gerechtigkeit hinweist. Kirchen machen sich damit "zum Anwalt langfristiger Vernunft".(26) Sie verlängern die Perspektive des politischen Sachverständigen um die Perspektive des Zielverständigen. Vielleicht werden sie gerade dadurch politisch wirksam, daß sie der politischen Vernunft durch eigenes Voraus-Denken auf die Sprünge helfen. "Hierin liegt der erhoffte innovatorische Impuls der Friedenserziehung, die von einem kritischen Ansatz aus stärker an jenem Frieden interessiert ist, der erst noch gemacht werden muß, als an dem, der geschichtlich schon erreicht ist."(27)

Dennoch darf sich kirchliche Friedensarbeit nicht selbst in eine emanzipatorische Nische einweisen. Sie muß vielmehr alle Bemühungen unterstützen, die dazu beitragen können, das Konzept gemeinsamer Sicherheit als politikfähige Alternative zum Abschreckungssystem zu entwickeln. Die Chancen dafür sind Ende 1987 günstiger als Ende 1983. Schritte zu wirklicher Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West sind möglich, wenn sie politisch gewollt werden. Sie sind möglich, wenn keine Seite durch militärisches Überlegenheitsstreben die zerbrechliche Ausgangsbasis für gemeinsames Handeln zerstört. Die Kirchen können solche Schritte mit ihren Möglichkeiten fördern. Sie erkennen im Konzept der gemeinsamen Sicherheit eine vernünftige Entsprechung zum biblischen Gebot der Feindesliebe.

5. Dieser Überblick wäre unvollständig ohne die Erwähnung von Bemühungen, gemeinsame Sicherheit zum Thema des Friedensgesprächs der Kirchen in den beiden deutschen Staaten zu machen und in den ökumenischen Dialog über die Blockgrenzen hinweg einzubringen.

Die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat im März 1983 eine Studie veröffentlicht, die den Titel trägt: "Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen"(28). Diese bald auch in der Bundesrepublik veröffentlichte und diskutierte Studie beschreibt exemplarisch Möglichkeiten der Sicherheitspartnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten und macht dazu konkrete Vorschläge im militärischen und ökonomischen Bereich. In Aufnahme dieser Vorschläge wurde im Juni 1983 eine von Christen in der DDR und in der Bundesrepublik verfaßte gemeinsame Stellungnahme in den Evangelischen Kirchentag in Hannover eingebracht. In dieser Stellungnahme heißt es u.a.: "Die beiden deutschen Staaten haben eine besondere Friedensverantwortung. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert jetzt, alle Möglichkeiten für die Entwicklung einer neuen Sicherheitspolitik zu nutzen, die dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost- und Westeuropa verpflichtet ist."(29)

Tatsächlich lassen sich die Chancen gemeinsamer Sicherheit im politischen Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander testen. Beide Staaten müssen ein Interesse daran haben, ihre beiderseitige Sicherheit zu optimieren, statt durch Steigerung der militärischen Bedrohung die gemeinsame Unsicherheit zu vergrößern. Die Grundthesen des gemeinsamen Papiers von SED und SPD unterstreichen diese Einschätzung auf eindrucksvolle Weise.

Die Kirchen in den beiden deutschen Staaten haben den politischen Dialog ihrer Regierungen wiederholt unterstützt. Sie haben ihre eigene Aufgabe im Ost-West-Konflikt als "Brückendienst der Versöhnung" beschrieben und erklärt, daß für sie "zu einer künftigen Friedensordnung unabdingbar gehört, daß jede Seite die Existenz der anderen Seite und die Koexistenz mit ihr glaubhaft bejaht, daß jede Seite das Sicherheitsbedürfnis der anderen mitbedenkt (und) daß jede Seite auf die Maximierung der eigenen Macht verzichtet und der Optimierung beiderseitiger Sicherheit dient..."(30) In einem "Wort zum Frieden", das der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges gemeinsam veröffentlicht haben, werden die Alliierten des 2. Weltkrieges direkt angesprochen: "Finden Sie in der gemeinsamen Aufgabe für Frieden und Gerechtigkeit neu zusammen zu

einer Politik der Verständigung ... Folgen Sie der Einsicht, daß Sicherheit heute nur noch in gemeinsamer Sicherheit liegen kann."(31)

Auch in bilateralen Friedensdialogen zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und Kirchen bzw. nationalen Christenräten in Westeuropa war das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mehrfach Gegenstand intensiver Gespräche. Die Möglichkeit, in diesen Gesprächen übereinstimmende Auffassungen zu formulieren, war schon deshalb bedeutsam, weil einige westeuropäische Kirchen in ihrer ethischen Urteilsbildung über das Abschreckungssystem bisher noch nicht zu eindeutigen konsensfähigen Aussagen gefunden haben. Die Dialoge haben die Überzeugung gestärkt, daß eine neue Sicherheitspolitik jenseits der Abschreckung notwendig ist; sie haben die ökumenische Akzeptanz des Konzepts gemeinsamer Sicherheit in Europa spürbar vergrößert.

So heißt es im Bericht der Konsultation zwischen dem Kirchenbund und dem Britischen Kirchenrat vom 14./15. Mai 1984 in Potsdam: "Die Kirchen beider Länder haben sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß echte Schritte zur Beseitigung der Abhängigkeit von Kernwaffen und vom System der Abschreckung unternommen werden... Gemeinsame Sicherheit wird als ein alternatives Sicherheitskonzept gegenüber der Abschreckung verstanden..."(32). Im gemeinsamen Kommuniqué des Niederländischen Kirchenrates und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über den Dialog zur Friedensverantwortung am 8./9. Oktober 1985 in Amersfort wird gesagt: "Unsere Gespräche haben gezeigt, daß uns gemeinsame Vorstellungen über konkrete politische Schritte zur Überwindung der Konfrontation in Europa verbinden. Sie sind bestimmt von der Überzeugung, daß Sicherheit nicht gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander gewonnen werden kann."(33)

Bilaterale Kirchen-Dialoge haben sich besonders in Zeiten wachsender militärischer Aufrüstung und damit einhergehender politischer Sprachlosigkeit zwischen Ost und West als nützliche Instrumente der Vertrauensbildung erwiesen. Der Hinweis von Professor Reinhold auf "die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen" zeigt, daß diesen Gesprächen eine relevante Rolle bei der Suche nach alternativen Sicherheitskonzepten zukommt.

Die im September 1987 in Görlitz durchgeführte Bundessynode hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das zwischen SED und SPD erreichte Arbeitsergebnis auch als Modell für andere Gesprächsebenen und -partner betrachtet. Sie erwartet positive Rückwirkungen auf die Regelung offener Fragen im Zusammenleben von Christen und Marxisten in der DDR und für den Abbau noch bestehender Abgrenzungen zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten. Dazu heißt es u.a.: "Dialog und Öffnung für den Andersdenkenden sind auch innerhalb unserer Gesellschaft eine Chance... Sie werden als eine Form des neuen Denkens erfahren..."(34). Der unmittelbar zuvor unter starker Beteiligung von Christen und kirchlichen Friedensgruppen veranstaltete Olaf-Palme-Friedensmarsch durch die DDR wird von der Synode als ein hoffnungsvolles Beispiel solcher Öffnung verstanden: "Erstmals konnten in diesem Rahmen Inhalte christlichen Friedenszeugnisses in bisher nicht gewohnter Weise öffentlich sichtbar gemacht werden. Die darüber geführten Gespräche helfen den Teilnehmern, andersdenkende Partner neu zu verstehen und Berührungsängste zu überwinden. Die Öffnung füreinander hat gemeinsames Handeln ermöglicht..."(35)

Dieses Beispiel zeigt, daß die wachsende Akzeptanz des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit zwischen Staaten und Blöcken auch eine gewisse Sog-Wirkung auf die innergesellschaftliche Gesprächslage in der DDR ausübt. Es machte in der Tat wenig Sinn, wenn Marxisten und Christen gemeinsam für die politischen Ziele gemeinsamer Sicherheit eintreten und in getrennten Formationen dafür marschieren würden. Gemeinsame Sicherheit ist - nicht zuerst, aber auch nicht zuletzt - eine Einladung an Christen und Marxisten, angesichts der weltgeschichtlich neuen Situation, die ein neues Herangehen an die Fragen der Friedenssicherung verlangt, Verbindendes und Gemeinsames zu entdecken und für beiderseitige ideologische Entkrampfung zu arbeiten. Auch das gehört zu den Perspektiven, die das gemeinsame Dokument von SED und SPD aufgezeigt hat.

Öffnungen nach innen und Abbau von Abgrenzungen nach außen sind zwei Seiten desselben Prozesses. Deshalb bittet die Synode mit Blick auf die Friedensaufgabe der Kirchen in den beiden deutschen Staaten, "im Gespräch mit dem Rat der EKD zu prüfen: Wie können die Kirchen beider deutscher Staaten mit ihren Möglichkeiten dazu beitragen, daß nach der Öffnung zum

Gespräch der Ideologien, nach ersten Schritten zur Abrüstung und im veränderten politischen Klima nach dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland auch andere bestehende Abrenzungen schrittweise überwunden werden?"(36) Abgrenzungen werden als anachronistisch empfunden in einer Situation, in der gemeinsame Aufgaben den ungehinderten Austausch von Menschen erfordern. Nicht nur das Gespräch zwischen den Ideologien, sondern auch das Gespräch zwischen Menschen ist auf neue Weise zu suchen.

Professor Reinhold hat mit seinem Hinweis auf die Friedens- und Dialoginitiativen der Kirchen die Gültigkeit jener Aussagen aus dem Prinzipienkatalog der KSZE-Schlußakte bekräftigt, in denen die Unterzeichnerstaaten bestätigen, "daß Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung dieser Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen"(37). Was die Kirchen in der DDR in Bezug auf die Ziele gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West bis heute formuliert und öffentlich vertreten haben, kann im Lichte des jetzt vorgelegten gemeinsame Ergebnisses von SED und SPD als gutes Beispiel für die "relevante und positive Rolle" gelten, die Kirchen bei der Suche nach zukunftsfähigen Lösungen für die Menschheitsprobleme Abrüstung und Frieden wahrnehmen können.

#### Anmerkungen

- (1) "Neues Deutschland", 28.8.87, S. 2.
- (2) *Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zum Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen, Görlitz, 22.9.1987 (hektograf. Text), S. 1.*
- (3) *"Das eigene Sicherheitsinteresse müssen wir stärker und praktischer als ein Interesse begreifen, das uns mit anderen Völkern und Staaten verbindet, statt uns von ihnen zu trennen. Die Konferenz nimmt daher in diesem Bericht den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit oder der Sicherheitspartnerschaft, wie er bei dem Hearing des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam ausgesprochen ist und von der sogenannten Palme-Kommission thematisiert wurde, auf" Bericht der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen an die 2. Tagung der 4.Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, 24.bis 28.9.1982 in Halle, in: Mitteilungsblatt*

- (4) *des Bundes der Ev.Kirchen in der DDR, Jg. 1982, Nr. 5/6, S. 39. Ökumenischer Rat der Kirchen, Bericht des Öffentlichen Hearings über Atomwaffen und Abrüstung, Amsterdam 1981, in: Kirche und Frieden. Kundgebungen und Erklärungen aus den deutschen Kirchen und der Ökumene (EKD-Texte 3), hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, 1982, S. 203.*
- (5) *Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit "Common Security", Berlin-West 1982, S. 155f.*
- (6) *Anatoli Gromyko; Wladimir Lomejko, Neues Denken im Atomzeitalter, Moskau 1984 (russ.), Berlin 1985, S. 189.*
- (7) *Beschluß der Synode des Bundes, Halle 28.9.1982, in: Mitteilungsblatt a.a.O., Jg. 1982, S. 62f.*
- (8) *ebd. S. 62.*
- (9) *ebd. S. 62.*
- (10) *ebd. S. 62.*
- (11) *Beschluß der Synode des Bundes, Potsdam 19.9.1983, in: Mitteilungsblatt a.a.O, Jg. 1983, S. 79.*
- (12) *ebd. S. 79.*
- (13) *Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit der 6.Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, in: Bericht aus Vancouver, Frankfurt/M. 1983, S. 167.*
- (14) *Beschluß der Synode des Bundes 1983, ebd. S. 79.*
- (15) *Beschluß der Synode des Bundes, Greifswald 25.9.1984, in: Mitteilungsblatt a.a.O. Jg. 1984, S. 103.*
- (16) *Beschluß der Synode des Bundes, Dresden 24.9.1985, in: Mitteilungsblatt a.a.O. Jg. 1985, S. 60.*
- (17) *ebd. S. 60.*
- (18) *Beschluß der Synode des Bundes, Erfurt 23.9.1986 (hektogr. Text), S. 2.*
- (19) *ebd. S. 2.*
- (20) *ebd. S. 2.*
- (21) *Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst. Hg. vom Bund der Ev.Kirchen in der DDR, Berlin, März 1982 (unveröffentlichter hektogr. Text f.d. innerkirchlichen Dienstgebrauch).*
- (22) *Grundfragen, S. 10.*
- (23) *Grundfragen, S. 12.*

- (24) *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: "Neues Deutschland", 28.8.1987, S. 3.*
- (25) *Grundfragen, S. 13.*
- (26) *Propst Heino Falcke, Erfurt, in einem Votum vor der Synode des Bundes, Erfurt 20.9.1986.*
- (27) *Grundfragen, S. 13.*
- (28) *Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgabe der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen, hg. von der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR, Reihe Beiträge, März 1983 (hektogr. Text); eine Veröffentlichung in der BRD erfolgte durch Aktion Stühnezeichen/Friedensdienste, Berlin-West 1983.*
- (29) *Für eine neue Sicherheitspolitik in Europa. Erklärung von Christen aus der DDR und der BRD anlässlich des 20. Deutschen Ev. Kirchentages in Hannover, Juni 1983, in: EPD-Dokumentation 30/1983, S. 83, Frankfurt/M. 1983.S.34*
- (30) *Arbeitsbericht über die Konsultationen des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR und der Ev. Kirche in Deutschland zur Friedensverantwortung der Kirchen in beiden deutschen Staaten, August 1982, in: Kirche und Frieden, a.a.O. S. 15 (Anm.4). in: EPD-Dokumentation 14/1985, S. 4.*
- (31) *Bericht der Konsultation (hektogr. Text), S. 2.*
- (32) *Kommuniqué über den Dialog zu Fragen der Friedensverantwortung. Presseinformation Nr. 38 des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR vom 10.10. 1985.*
- (33) *Beschluß der Synode des Bundes, Görlitz 22.9.1987 (hektograf. Text), S. 2.*
- (34) *ebd. S. 1.*
- (35) *ebd. S. 1.*
- (36) *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1.8.1975, Prinzip IX, in: Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa. Dokumente, Berlin 1976, S. 136.00*